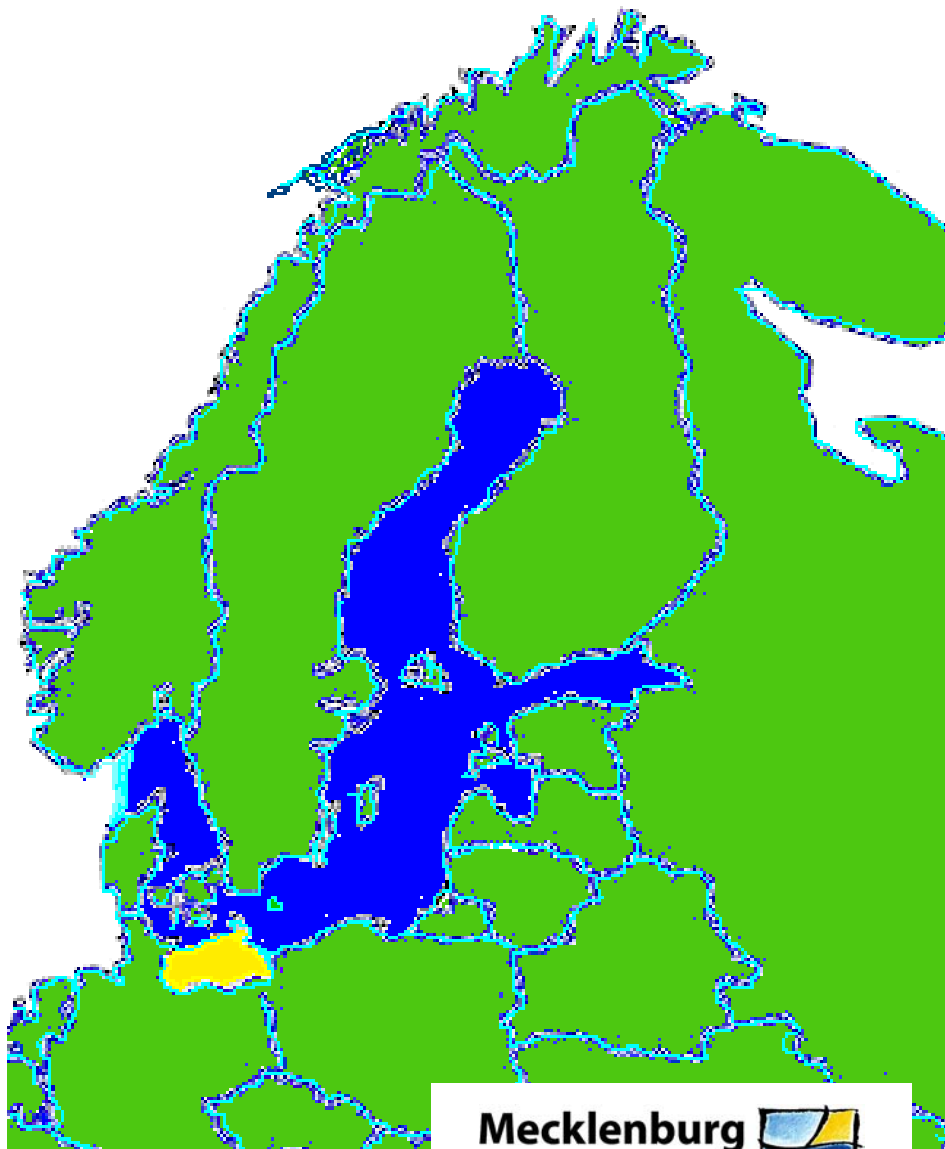


Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit

für den Zeitraum 2005/2006



**Mecklenburg
Vorpommern** 

Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2005/2006

TEIL 1: ZUSAMMENARBEIT IM OSTSEERAUM	5
A. Multilateraler Bereich	5
I. Bereichsübergreifende Strukturen	5
1. Gipfeltreffen der Regierungschefs des Ostseeraums	5
2. Rat der Ostseestaaten	5
3. Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas - Ostseekommission.....	5
4. Konferenz der Subregionen des Ostseeraums - BSSSC.....	6
II. Bereichsspezifische Strukturen	7
1. Helsinki-Kommission	7
2. Konferenz der Raumordnungsminister und VASAB.....	9
3. Task Force on Organized Crime in the Baltic Sea Region.....	10
4. Baltic Sea Forum und Baltic Development Forum	10
III. Weitere Entwicklungen	11
1. Verkehr und Hafenwirtschaft	11
2. Tourismus	15
3. Technologie	16
4. Forst- und Agrarwirtschaft, Holzindustrie.....	18
5. Justiz und Inneres.....	18
6. Schulen und Hochschulen.....	19
7. Außerhochschulische Forschung	22
8. Kultur und politische Bildung	23
9. Jugend, Sport und Familie.....	25
10. Eutrophierung.....	29
11. Kommunale Ebene	32
B. Europäische Union	34
I. EU-Förderinstrumente	34
1. INTERREG III A	34
2. INTERREG III B	35
3. INTERREG III C.....	38
II. Nördliche Dimension	39
III. Grenzübergänge und Grenzübertrittsstellen	41
C. Bilateraler Bereich	42
I. Polen	42
1. Partnerschaften.....	42
2. Wirtschaft und Tourismus.....	43
3. Polizei und Justiz	45
4. Schulen und Hochschulen.....	47
5. Politische Bildung.....	48
6. Arbeit und Raumordnung	49
7. Finanzverwaltung.....	50
8. Umwelt.....	51
9. Jugend, Gesundheit und Soziales.....	53
10. Forst- und Agrarbereich.....	57
11. Kultur.....	57

II. Dänemark	58
III. Schweden.....	60
1. Partnerschaft.....	60
2. Wirtschaft und Tourismus.....	60
3. Weitere Kooperationsbereiche	62
IV. Finnland.....	63
1. Partnerschaft.....	63
2. Wirtschaft	64
3. Weitere Kooperationsbereiche	64
V. Norwegen	64
VI. Russland	65
1. Partnerschaft.....	65
2. Wirtschaft	66
3. Weitere Kooperationsbereiche	67
VII. Estland.....	67
VIII. Lettland.....	69
IX. Litauen.....	69
TEIL 2: MARITIME SICHERHEIT	71
A. Ausgangslage.....	71
B. Entwicklungen bei HELCOM / Andere Ostseegremien	72
C. Entwicklungen auf EU-Ebene	73
D. Aktivitäten auf nationaler Ebene	74
I. Havariekommando / Maritimes Lagezentrum	74
II. Abwehr von Terrorismus auf Schiffen / in Hafenanlagen	76
III. Weitere Maßnahmen	76
E. Initiativen / Aktivitäten Mecklenburg-Vorpommerns.....	79
F. Neue Anknüpfungspunkte zur maritimen Sicherheit.....	79
<i>Fazit und Ausblick.....</i>	81
Anlage: Tabelle zum Außenhandel Mecklenburg-Vorpommerns mit den Ostseeanrainern.....	85

Einleitung:

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 12. März 2003 einen Antrag (Drs. 4/281 vom 6. März 2003) angenommen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird „den Landtag gemäß Artikel 39 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern jährlich, jeweils bis zum 31. Mai, über die laufenden und geplanten Aktivitäten der Landesregierung sowie Entwicklungen auf allen Gebieten der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu unterrichten.“

Darüber hinaus hat der Landtag am 8. Oktober 2003 einen Antrag (Drs. 4/840 vom 2. Oktober 2003) angenommen, in dem die Landesregierung u.a. gebeten wird, auf Grundlage des o.g. Beschlusses „insbesondere auch jeweils auf die Entwicklungen und geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der maritimen Sicherheit auf den unterschiedlichen Ebenen einzugehen“.

Zudem hat der Landtag am 9. November 2005 einen Antrag (Drs. 4/1914 vom 26. Oktober 2005) angenommen, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, im Rahmen des o.g. Berichts „insbesondere auch jeweils auf die Entwicklungen und geplanten Maßnahmen zur Verbesserung des Meeresschutzes sowie der maritimen Sicherheit auf den unterschiedlichen Ebenen einzugehen sowie auch über die Umsetzung der in den Resolutionen enthaltenen Forderungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene zu informieren.“

Schließlich hat der Landtag am 9. November 2005 einen Antrag (Drs. 4/1913 vom 26. Oktober 2005) angenommen, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, „sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des III. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Forderungen einzusetzen und den Landtag hierüber zu unterrichten.“

Den Landtagsbeschlüssen wird mit dem vorliegenden Jahresbericht für den Zeitraum 2005/2006 entsprochen. Der unter Federführung der Staatskanzlei erstellte erste Berichtsteil gibt die wesentlichen Entwicklungen im Ostseeraum und Aktivitäten der Landesregierung wieder. Der unter Federführung des Umweltministeriums erstellte zweite Berichtsteil beschreibt die entsprechenden Entwicklungen und Maßnahmen im Bereich der maritimen Sicherheit.

Der Bericht beruht auf dem Kenntnisstand, den die Landesregierung bis Anfang Mai 2006 gewonnen hat. Angesichts der Vielfalt der in den Bereichen Ostseekooperation und maritime Sicherheit mittlerweile wirksamen Gremien, Institutionen, Initiativen und vor allem einzelnen Projekten können die nachfolgenden Ausführungen naturgemäß keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

TEIL 1: ZUSAMMENARBEIT IM OSTSEERAUM

A. Multilateraler Bereich

I. Bereichsübergreifende Strukturen

1. Gipfeltreffen der Regierungschefs des Ostseeraums

Die Gipfeltreffen der Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Ostseerats finden seit 1996 in zweijährigem Rhythmus statt. Dabei wird der übergreifende politische Rahmen für die Zusammenarbeit der Ostseeanrainer festgelegt, verantwortlich für die Umsetzung der Beschlüsse ist der Rat der Ostseestaaten (Ostseerat - CBSS). Das sechste Gipfeltreffen der Regierungschefs wird am 7./8. Juni 2006 in Reykjavik (Island) stattfinden. Als Schwerpunkte des Gipfeltreffens sind vier Themenkomplexe vorgesehen: die Zukunft der Zusammenarbeit im Ostseeraum (u.a. Nördliche Dimension, Netzwerkbildung mit Nordischem Rat und Barents-Arktischem Rat), der Bereich Umwelt (u.a. nachhaltige Entwicklung und maritime Sicherheit), humanitäre und zivilgesellschaftliche Werte (inklusive Organisierte Kriminalität, Jugend, Gesundheit, EuroFakultät, Children at Risk, Menschenhandel) sowie Wirtschaft (strategisches Wachstum/ökonomische Zusammenarbeit/Energie).

2. Rat der Ostseestaaten

Im Juli 2005 hat Island die Präsidentschaft im Ostseerat für ein Jahr von Polen übernommen. Im gleichen Zeitraum koordiniert Mecklenburg-Vorpommern die ostseepolitischen Anliegen der drei norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein, Freie und Hansestadt Hamburg sowie Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Bund. Auf der allgemeinpolitischen Ebene arbeitet die Staatskanzlei eng mit dem Auswärtigen Amt zur Abstimmung von Bundes- und Länderinteressen zusammen. Das Wirtschaftsministerium ist während dieser Zeit Vertreter der Länder im Rahmen der deutschen Delegation in der Ostseerats-Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aufgrund der hohen Reisekosten hat das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2005 das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit der Wahrnehmung der Länderinteressen beauftragt.

Die Prioritäten der isländischen Ostseeratspräsidentschaft erfassen u.a. die Themen erneuerbare Energien und nachhaltige Energienutzung, maritimer Umweltschutz und Strahlensicherheit, interregionale Kooperation mit nordeuropäischen und europäischen Regionalverbänden und intensivere Einbeziehung der Ukraine. Der Schutz von Kindern soll über verschiedene Arbeitsfelder der Working Group for Cooperation on Children at Risk verstärkt werden. Im Verhältnis zwischen Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz ist geplant, ein „Memorandum of Understanding“ zu entwickeln, das die künftige Kooperation festschreibt. Zudem soll die Wirtschaftsarbeitsgruppe des Ostseerates während der isländischen und der nachfolgenden schwedischen Präsidentschaft neue Impulse erhalten. Die Ostseeratspräsidentschaft wird ab Juli 2006 von Schweden übernommen. Schweden kündigte bereits weitere eigene Arbeitsschwerpunkte insbesondere beim Thema Eutrophierung der Ostsee und bei der Einbeziehung von Weißrussland/Ukraine in die Zusammenarbeit an. Ende Mai/Anfang Juni 2006 werden die weiteren Prioritäten der schwedischen Ostseeratspräsidentschaft offiziell vorgestellt werden.

3. Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas - Ostseekommission

Am 27. Mai 2005 fand in Turku (Finnland) die jährliche Generalversammlung der Ostseekommission (Baltic Sea Commission - BSC) der Konferenz der peripheren Küstenregionen in Europa (KPKR) statt. Aus inhaltlicher Sicht verabschiedete die BSC-Generalversammlung eine sich an die letztjährige Resolution der Generalversammlung von Schwerin anschließende aktualisierte Resolution zum Thema „European Territorial Co-

Operation“. Neben den organisationsrelevanten Berichten und Präsentationen – u.a. von der neuen BSC-Mitgliedsregion Blekinge (Schweden), zum Baltic21-Prozess und zum „Europe of the Sea“-Projekt – stellte die BSC-Transport-Arbeitsgruppe die Planungen für ein den gesamten Ostseeraum erfassendes Verkehrs- und Infrastrukturprojekt vor.

An das Thema Verkehr knüpfte auch das von der KPKR-Ostseekommission zusammen mit dem Regionalrat von Südwest-Finnland vor der Generalversammlung organisierte Seminar zum Thema „Motorways of the Baltic Sea and Nature Conservation“ am 26. Mai 2005 an. Die Vorträge der Redner beinhalteten überwiegend regionalspezifische Präsentationen von verschiedenen konkreten Möglichkeiten für „Motorways“, die Redner der Internationalen Organisationen betonten bereichsspezifische Aspekte wie Ökologie (HELCOM) und Verkehrsverbindungen (Baltic Gateway). Mehrfach wurde unter Verweis auf das enorm steigende Volumen an russischen Öltransporten in der Ostsee die Notwendigkeit einer Einbindung von Russland in den Gesamtprozess unterstrichen. Außerdem stellte eine Vertreterin des finnischen Transport- und Informationsministeriums die von Ostseeanrainern außer Russland gegründete Baltic Sea Motorways Task Force vor, bei der auch die Europäische Kommission Mitglied ist. Aus Mecklenburg-Vorpommern nahm u.a. vor dem Hintergrund der partnerschaftlichen Verbindung des Landes zur Region Südwest-Finnland der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium als Redner am Seminar teil. Der Vortrag wies vor allem auf die Bedeutung und die Möglichkeiten einer weitergehenden Vernetzung der Frachtwege auf den europäischen Meeren zur Erreichung eines optimalen Zugangs zu den europäischen Märkten hin. Als Beispiel für eine Drehscheibenfunktion Mecklenburg-Vorpommerns wurde die logistische Transportkette von Finnland auf dem Seeweg nach Rostock und weiter über die Schiene nach Norditalien oder Südfrankreich erläutert.

Die Entwicklung des Verkehrs im Ostseeraum bleibt weiterhin einer der Schwerpunkte der BSC. Inzwischen wurde das auf der zehnten Generalversammlung vorgestellte Vorhaben für ein den gesamten Ostseeraum erfassendes Verkehrs- und Infrastrukturprojekt als INTERREG III B-Projekt unter dem Titel „Inter Baltic“ und unter Beteiligung der Hochschule Wismar genehmigt (siehe dazu auch unten B. I. 2.). Die Transport-Arbeitsgruppe der BSC restrukturiert sich gegenwärtig und wird in enger Kooperation mit dem Projekt „InterBaltic“ weitere Analysen und Handlungsbedarfe beim Thema Verkehr im Ostseeraum erarbeiten.

Die elfte Generalversammlung der Ostseekommission wird am 2. Juni 2006 in Karlskrona/Blekinge (Schweden) stattfinden. Da sowohl BSC-Präsidentschaft als auch Sekretariatsträgerschaft turnusgemäß Mitte 2006 auslaufen, werden entsprechende Wahlen und Beschlüsse auf der anstehenden Generalversammlung notwendig. Auch in diesem Jahr wird sich das vorgeschaltete Seminar mit dem Thema Verkehr befassen und auf die Verbesserung des nachhaltigen Zugangs zum und im Ostseeraum eingehen. Der Fokus soll sich dabei auf den südlichen Ostseeraum inklusive der deutschen Einzugsgebiete richten.

4. Konferenz der Subregionen des Ostseeraums - BSSSC

Die 13. Konferenz des Kooperationsverbundes der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation – BSSSC) vom 20. bis 22. Oktober 2005 in Stettin stand unter dem Generalthema „Growth, Innovation & Competitiveness – Key Challenges for the Baltic Sea Region“. Inhaltlich befassten sich die zahlreichen Vorträge mit einigen Teilbereichen der Verwirklichung der Lissabonner Strategie auf regionaler Ebene. Ebenso wie in der Konferenzresolution wurden aber auch bei den Redebeiträgen die Themen der Weiterführung INTERREG III B-Ostsee und Nördliche Dimension, Europäische Meerespolitik und Jugend im Ostseeraum aufgegriffen. Im Bereich der Jugendpolitik stand die Arbeitsaufnahme der neu gegründeten Arbeitsgruppe Jugendpolitik (Vertreter staatlicher Stellen) sowie des Jugendnetzwerkes (Jugendvertreter) im Vordergrund. Diese Gremien setzen sich aus je einem Vertreter aus den Ostseeanrainern zusammen. Die Vertretung für die drei norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und

Mecklenburg-Vorpommern in der Arbeitsgruppe „Jugendpolitik“ wird durch das Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen.

Die nächste BSSSC-Jahreskonferenz wird am 22. September 2006 in Kiel ausgerichtet. Sie soll im unmittelbaren Anschluss an die dortige Regionalkonferenz zur Europäischen Meerespolitik am 20./21. September stattfinden und wird thematisch an das Teilgebiet Transport/Infrastruktur anknüpfen. Nach Auslaufen der Präsidentschaft der Region Skåne (Schweden) in 2006 werden zudem entsprechende innerorganisatorische Veränderungen im Vordergrund stehen.

II. Bereichsspezifische Strukturen

1. Helsinki-Kommission

Das Helsinki-Übereinkommen zum Schutz der Ostsee (HELCOM) regelt seit 1974 völkerrechtlich verbindlich für alle Ostseeanrainerstaaten gemeinsame Maßnahmen und Aktivitäten im Umwelt- und Naturschutz für die Ostsee und deren Wassereinzugsgebiet. Dazu sind der Konventionstext und seine Anhänge in innerstaatliches Recht umzusetzen, während die HELCOM-Richtlinien lediglich Empfehlungscharakter besitzen. Die nationale Verantwortung für die Arbeiten zur Umweltpolitik im Rahmen des Helsinki-Übereinkommens liegt bei der Bundesregierung; die Federführung liegt beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Das Land Mecklenburg-Vorpommern arbeitet im Rahmen der deutschen Delegationen sowohl aktiv fachlich bei Sitzungen der verschiedenen Arbeitsgruppen der Helsinki-Kommission als auch politisch eingebunden durch das BMU im Rahmen des Bund/Länder-Ausschusses Nord- und Ostsee (BLANO) mit. Die Federführung im Land Mecklenburg-Vorpommern liegt beim Umweltministerium. HELCOM hat sich im Jahre 2005 mehrere Prioritäten für die Arbeit der nächsten Jahre gesetzt. Die spezifische Arbeit von HELCOM zu diesen übergeordneten Problemfeldern des Ostseeschutzes wird in den mehreren Arbeitsgruppen erbracht.

Nach dem Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens und Polens zur EU im Jahre 2004 steht der weitaus größte Teil der Ostsee und ihres Einzugsgebietes unter dem Schutz der EU-Umweltpolitik. Am 24. Oktober 2005 stellte die EU-Kommission nunmehr ihre thematische Strategie zur Meeresumwelt vor. Gleichzeitig legte die Kommission einen Richtlinienvorschlag „zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt“ vor. Die Meeresumweltstrategie soll zukünftig als die umweltpolitische Säule der integrierten und nachhaltigen Meerespolitik der EU weiterentwickelt werden (siehe zur Europäischen Meerespolitik den Europabericht der Landesregierung 2005/2006). HELCOM soll eine an die Ökoregion „Ostsee“ angepasste Umsetzung der Meeresschutzstrategie als Mittler zwischen EU und den Ostseeanrainern vorantreiben und u.a. ein Ostseeaktionsprogramm organisieren. Gleichzeitig muss die Russische Föderation als Nicht-EU-Mitglied bei der Umsetzung der Strategie in der Ostsee eingebunden werden. HELCOM kommt auch deshalb in der Eigenschaft als eine außerhalb der EU-Strukturen existierende Institution weiterhin eine eigenständige Rolle zu.

- Prioritäten 2005:

Zur Bewältigung des größten Problems der Ostsee, der Eutrophierung (Überdüngung), sollen insbesondere Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft bei den westlichen Anrainerstaaten durchgesetzt werden, die auch im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erfolgen müssen. Außerdem müssen in den östlichen Anrainerstaaten weitere technische Verbesserungen bei der Industrie und in der Abwassertechnik gemäß den EU-Vorschriften zur Nährstofflimitierung erfolgen. Ein weiteres Reduktionspotenzial besitzen die hochsubventionierten Emissionen aus dem Landtransport rund um die Ostsee (zum Arbeitsschwerpunkt „Eutrophierung“ (gemäß Drs. 4/1914 des

Landtages vom 26. November 2005) können ergänzende Sachinformationen auch der Darstellung unter A. III. 10. entnommen werden).

Im Bereich der Reduktion von Einträgen gefährlicher Stoffe müssen weiterhin die speziell für die Ostsee besonders gefährlichen Stoffe identifiziert werden. Der Eintrag der prioritär gefährlichen Stoffe aus industriellen und kommunalen Abwässern sowie aus der Schifffahrt muss im Zuge einer stringenten Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie durch Modernisierungsmaßnahmen vor allem bei den östlichen Staaten des Ostseeraums reduziert und eingestellt werden.

Zur Verbesserung des Umweltschutzes im Seeverkehr ist in erster Linie an die weitere Umsetzung der HELCOM-Kopenhagen-Erklärung aus dem Jahre 2001 zur maritimen Verkehrssicherheit und Notfallvorsorge im Ostseegebiet sowie der gemeinsamen Implementierung der neuen IMO-Bestimmungen (z.B. Ostsee-PSSA „Particular Sensitive Sea Area“, Tiefwassertankerroute) gedacht. Weitere Aspekte der HELCOM-Arbeit zur Schiffssicherheit sowie zur Schadstoffunfallbekämpfung (Notfallvorsorge – Arbeitsgruppe HELCOM RESPONSE) werden gesondert im zweiten Teil dieses Berichtes behandelt. Daneben gehört auch die Durchführung der Baltischen Strategie zur Abfall-, Öl- und Abwasserentsorgung von Schiffen und zur Einführung von Hafenauffanganlagen im Rahmen des no-special-fee-Systems zum seeverkehrlichen Umweltschutz (siehe dazu unten Arbeitsgruppe HELCOM MARITIME). Neu hinzugekommen sind die Arbeiten zur gemeinsamen Umsetzung der Internationalen Ballastwasser-Konvention, die das Risiko eines weiteren Eindringens fremder Arten in die Ostsee verringern soll.

Außerdem sollen zum Schutz und zur Erhaltung der Meeres- und Küstenbiodiversität bedrohte Tier- und Pflanzenarten in und an der Ostsee identifiziert werden. Ein System von reinen Meeresschutzgebieten soll im Zusammenhang mit der Identifikation und Einführung der Natura 2000-Gebietskulisse der EU geschaffen werden und das bereits bestehende System der Baltic Sea Protected Areas (BSPAs) für Küstengebiete im Sinn eines integrierten Schutzes bedrohter Ostsee-Arten innerhalb ihrer noch erhaltenen Biotope vervollständigen. Ein Ziel dieser Aktivität ist es auch, den Wiederaufbau kommerzieller Fischbestände zu unterstützen.

- HELCOM-Arbeitsgruppen:

Unter den sich ändernden Rahmenbedingungen bewegt sich die HELCOM Monitoring and Assessment Group (HELCOM MONAS) von dem derzeitigen sektor- und artenbezogenen Ansatz hin zu einem umfassenden Ökosystemansatz, für den sogenannte „Ökologische Qualitätsziele“ entwickelt wurden. Die Arbeitsgrundlage von HELCOM beruht auf Monitoring- und Assessment-Programmen zum Eintrag von Stoffen, zum Zustand der Ökosysteme und der Habitate sowie zur Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen. Um das Erreichen der ökologischen Qualitätsziele abschätzen zu können, werden Indikatoren für den Grad des Vollzugs sowie Überwachungsprogramme zur Datenerhebung als Grundlage für die Indikatoren benötigt. Die Prozeduren des existierenden HELCOM Monitorings und Assessments werden überarbeitet, um die notwendige Datenlieferung zu Belastungen der Ostsee aus dem Einzugsgebiet und ihren Auswirkungen auf die Meeresumwelt gewährleisten zu können. Dabei werden wissenschaftliche und technologische Innovationen einbezogen. Ferner werden im Jahre 2006 die Überwachungsprogramme mit denen der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der geplanten europaweiten und globalen Assessment-Prozesse in Einklang gebracht. Das themenbezogene Berichtswesen wird auf verschiedenen zeitlichen und räumlichen Skalen erfolgen. HELCOM stellt bereits jetzt mehr als 20 sogenannte Indikatoren-Faktenblätter zum aktuellen Zustand der Ostsee auf seiner Homepage (www.helcom.fi) zur Verfügung, die mindestens einmal jährlich aktualisiert werden und der schnellen Information von Öffentlichkeit und Politik dienen sollen.

Die Arbeitsgruppe HELCOM LAND widmet sich in erster Linie der Bekämpfung der Eutrophierung und der Einträge gefährlicher Stoffe. Dazu werden in Form eines Modellierungsprojektes politische Maßnahme-Szenarien (z.B. Implementierung von EU-Politik) geprüft, inwieweit sie ein effektives Absenken der Eutrophierung durch eine Reduktion der diffusen Einträge von Nährstoffen aus der Landwirtschaft und aus der Industrie (Stickstoff über die Luft) gewährleisten können. Daraus sollen kosteneffiziente Maßnahmevorschläge für die Ostseeanrainer entwickelt werden, die die Beste Verfügbare Technik (BAT) und Beste Umweltpraxis (BEP) gewährleisten sollen. Außerdem werden Lösungswege für das Absenken der Stickstoff-Zufuhr über die Luftverschmutzung ermittelt. Wichtig ist auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Staaten im Ostseeinzugsgebiet, die nicht HELCOM-Vertragsstaaten sind (u.a. Weissrussland, Tschechien). HELCOM LAND erarbeitet auch Maßnahmen zum Meeresschutz im Zusammenhang mit Offshore-Installationen. Außerdem ist die Arbeitsgruppe jetzt mit der Abarbeitung des Ostseeaktionsprogramms zur Schließung der noch existierenden „HOT SPOTS“ beauftragt worden.

Die Arbeitsgruppe HELCOM HABITAT beschäftigt sich mit Naturschutz und Küstenzonen-Management in und an der Ostsee. Das Netz der Baltic Sea Protected Areas (BSPAs) wird zur Zeit im Rahmen eines Projektes bezüglich seines Managements und seiner ökologischen Kohärenz kritisch evaluiert. Dies geschieht insbesondere im Zusammenhang mit der Ausweisung von NATURA 2000-Gebieten durch die EU und einem geplanten gemeinsamen Netz von marinen Schutzgebieten (MPAs) der Oslo-Paris-Kommission zum Schutz von Nordsee und Nordatlantik (OSPAR) und HELCOM. Dabei wird auch über Möglichkeiten zur Förderung einer nachhaltigen und umweltschonenden Bewirtschaftung der Fischereiresourcen in der Ostsee und insbesondere in FFH-Gebieten nachgedacht. Zudem ist eine Liste bedrohter Tier- und Pflanzenarten in und an der Ostsee in Vorbereitung.

Die Maritime Arbeitsgruppe (HELCOM MARITIME) erarbeitet Maßnahmen, die der Prävention vor Verschmutzungen jeglicher Art dienen, inklusive vorsätzlicher operationeller Einleitungen durch Schiffs- und Bootsverkehr sowie im Havariefall (siehe dazu Teil II des Berichts). Eine weitere HELCOM-Aktivität im Schiffverkehrssektor ist die Entwicklung eines Aktionsplanes zur gemeinsamen Implementierung der Internationalen Ballastwasser-Konvention zur Kontrolle und zum Management von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen. Spezielle Strategien zur Reduktion von Schiffsabgasen (SO_x, NO_x, CO₂) im Ostseeraum sollen evaluiert werden. Ferner soll der Informationsaustausch über Offshore-Aktivitäten der Anrainerstaaten in dieser Arbeitsgruppe geleistet werden. Die Baltische Strategie für Hafenauffanganlagen zur Schiffsentsorgung und das sogenannte „no-special-fee“-System werden über Ölrückstände hinaus auch auf Abfälle und Abwässer von Schiffen und Booten ausgedehnt und müssen in den Ostseehäfen implementiert werden. Im Zusammenspiel mit stärkeren Kontrollen soll damit der überwiegend illegalen Entsorgung auf See Einhalt geboten werden.

Mit dem INTERREG III B Projekt AGORA – Network Sustainable Tourism Development in the Baltic Sea Region ist das Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern als Partner an dem Aufbau eines Netzwerkes „Nachhaltiger Tourismus im Ostseeraum“ im Rahmen der Baltic 21 beteiligt. Das Projekt wurde offiziell am 08. September 2005 in Greifswald im Beisein des Staatssekretärs im Umweltministerium gestartet. An diesem Projekt arbeiten 44 Partner aus allen Ostseeanrainerstaaten mit. Die Federführung liegt bei der Universität Greifswald. Als besonders herausragendes Beispiel führt das Projekt den Titel „Baltic 21 Lighthouse Project“.

2. Konferenz der Raumordnungsminister und VASAB

Die auf der 5. Konferenz der Raumordnungsminister der Ostseeanrainerstaaten am 21. September 2001 in Wismar angenommene „Erklärung von Wismar“ und das Aktionsprogramm VASAB 2010+ bilden die Grundlage für die raumordnerische

Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Zusammenarbeit wird durch den in der Regel zweimal im Jahr tagenden Ausschuss für Raumentwicklung der Ostseeanrainerstaaten (Committee on Spatial Development - CSD), zunehmend aber auch außerhalb dieser Kooperationsbeziehungen durch Finanzierungsinstrumente wie INTERREG III B gestaltet. Derzeit hat Polen den Vorsitz der CSD inne. Die 6. Konferenz der Raumordnungsminister fand am 19. September 2005 in Danzig statt.

Wesentliches Ergebnis der Konferenz war, dass die Minister in der „Erklärung von Danzig“ übereinkamen, eine langfristige Strategie für die Raumentwicklung im Ostseeraum zu erarbeiten. Dies steht im Einklang mit dem Beschluss des Rates der Ostseestaaten vom Juni 2006. Bei der Verabschiedung des Programms für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B Ostseeraum ist es seinerzeit gelungen, die gemeinsam im Rahmen der VASAB-Kooperation vereinbarten Grundsätze dort zu verankern. Eine vergleichbare fachliche Mitarbeit spielt auch bei der Vorbereitung des Folgeprogramms für die nächste Periode der EU-Strukturfonds ab 2007 eine bedeutende Rolle.

3. Task Force on Organized Crime in the Baltic Sea Region

Zur Verbesserung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Ostseeraum wurde auf einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten im Jahr 1996 in Visby (Schweden) die „Task Force on Organized Crime in the Baltic Sea Region (BSTF)“ gegründet, deren Mandat zwischenzeitlich bis zum 31. Dezember 2008 verlängert wurde. Die Ausgestaltung der praktischen Zusammenarbeit erfolgt durch das Operative Committee (OPC). Hier sind Experten aller beteiligten Länder von Polizei, Zoll und Grenzschutz vertreten. Für Deutschland wirken das Bundeskriminalamt, das Zollkriminalamt, das Bundespolizeipräsidium Nord sowie die Landeskriminalämter Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein mit. Dem OPC sind einzelne Expertengruppen unterstellt, die u.a. Projekte, operative Maßnahmen sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchführen. Diese Kooperation hat sich in den vergangenen Jahren etabliert. Seit dem Jahr 2001 stehen die Durchführung gemeinsamer Auswerteprojekte bzw. fallbezogene, auswertegestützte Operativmaßnahmen im Vordergrund.

4. Baltic Sea Forum und Baltic Development Forum

Am 3. Juni 2005 fand in Wismar die Veranstaltung „Ostseedialog“ des Baltic Sea Forums e.V. (BSF) statt. Als Gastredner sprach der Präsident der Hauptverwaltung Hamburg der Deutschen Bundesbank. Seitens der Landesregierung nahm der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern teil. Das BSF mit Hauptsitz in Hamburg ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein, der sich für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit in der Ostseeregion einsetzt. Das Forum wurde 1992 in Helsinki als deutsch-finnischer Verein unter dem Namen Pro Baltica gegründet und unterstützt die Kooperation mit dem Baltikum sowie der gesamten Ostseeregion. Darüber hinaus fördert der Verein die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland sowie den Aufbau der Süd-Nord-Verbindungen zwischen der Ostsee und dem Mittelmeer. Das Land Mecklenburg-Vorpommern arbeitet mit den BSF anlassbezogen zusammen.

Das Baltic Development Forum (BDF) sieht sein Vorbild im Weltwirtschaftsforum von Davos und versucht, dessen Ansatz auf die regionale Ebene des Ostseeraumes herunterzubrechen. Die Organisation besteht aus einem interaktiven Netzwerk von mehr als 2.000 Entscheidungsträgern aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien. Das BDF richtet jährlich ein „Gipfeltreffen“ aus, das hochrangigen Teilnehmern einen Rahmen zur Erörterung von Wirtschaftsfragen und zur Entwicklung neuer Regionalstrategien in einer Art Private Public Partnership bietet. Das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern beteiligte sich im Berichtszeitraum an der Arbeitsgruppe „Growth beyond metropolises“ des BDF und nahm u.a. im Mai 2005 an einer Sitzung der Arbeitsgruppe in Kiel teil.

III. Weitere Entwicklungen

1. Verkehr und Hafenwirtschaft

Der Ostseeraum gehört zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftsregionen. Er ist durch starke internationale Verflechtungen und einen hohen Anteil innovativer Unternehmen gekennzeichnet. Durch die Osterweiterung der EU verbesserten sich die Rahmenbedingungen weiter. Diese Entwicklung und die Funktion als „Brücke nach Russland“ werden voraussichtlich zu weiterem Wachstum führen. Damit kann die Lage Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum zu einem wichtigen Standortvorteil im Wettbewerb der Regionen werden (vgl. dazu auch Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern vom 3. Mai 2005). Die Entwicklung der Häfen des Landes zu bedeutenden Verkehrsschnittstellen im Ostseeraum wird in entscheidendem Maße ermöglicht durch die Förderung der Anpassung seewärtiger Hafenzufahrten an nautische und wirtschaftliche Anforderungen der Schifffahrt, Ausbauvorhaben bei landseitigen Hafenanbindungen sowie Anpassung der Hafeninfrastrukturanlagen an sich verändernde Marktanforderungen durch das Land, den Bund und die EU. Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Häfen wurde auch in der laufenden Legislaturperiode weiter gestärkt.

- Häfen:

Im Bereich der seewärtigen Hafenzufahrten wurde der hafen- und werftbedingte Ausbau der Ostansteuerung Stralsund von 6,90 m auf 7,50 m Wassertiefe Ende 2005 abgeschlossen. Die Freigabe des vertieften Fahrwassers soll bis Ende März 2006 erfolgen. Die Vertiefung der Zufahrt zum Hafen Lubmin auf 7,0 m wird mit Ende der Eisperiode 2006 fertiggestellt. Die Vertiefung ist erforderlich, um hafenwirtschaftliche Aktivitäten zu ermöglichen. Demnächst wird die Hafenzufahrt Greifswald-Ladebow an die im Hafen bereits hergestellte Wassertiefe von 6,90 m Wassertiefe angepasst, um den Zulauf ökonomischerer Schiffseinheiten zu ermöglichen. Handlungsbedarf besteht zur zeitnahen Durchführung von Unterhaltungsbaggerungen in der Nordzufahrt Stralsund sowie in den Fahrinnen der Boddengewässer. Zielgerichtete Kontakte zwischen Land und Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) verlaufen erfolgversprechend. Künftige Schwerpunkte bei seewärtigen Hafenzufahrten werden der hafen- und werftbedingte Ausbau des Fahrwassers im Nördlichen Peenestrom von 6,50 m auf 7,50 m Wassertiefe und der hafen- und werftbedingte Ausbau des Fahrwassers Wismarbucht von 9,50 m auf bis zu 11,50 m sein. Die notwendige Studie wird kurzfristig vergeben.

Bei den landseitigen Hafenanbindungen war der Bau der im Dezember 2005 fertiggestellten A 20 das wichtigste Straßenprojekt zur Verbesserung der Hinterlandanbindungen der hiesigen Häfen. Vor allem die Fährreeder rechnen mit einem weiteren Schub für den Fährverkehr über Rostock und Sassnitz/Mukran durch die A 20. Diese Lebensader der Hafenwirtschaft wird mit der im Bau befindlichen zweiten Strelasundquerung und dem Ausbau der B 96 auf Rügen, dem Lückenschluss der A 241 zwischen Wismar und Schwerin sowie dem künftigen Bau der A 14 zwischen Schwerin und Magdeburg fortentwickelt. Die Gleisanbindungen der Häfen werden vor allem in qualitativer Hinsicht verbessert durch den Ausbau der Schienenstrecken Rostock – Neustrelitz – Berlin und Stralsund – Pasewalk – Berlin für Höchstgeschwindigkeiten von 160 km/h und Achslasten, die auch schwere Güterzüge zulassen (siehe ergänzend die Darstellung des Landverkehrs unten).

Für die Hafeninfrastruktur wurden im Zeitraum von 2002 bis 2005 Zuschüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, aus EFRE und aus Finanzhilfen des Bundes für Seehafeninvestitionen in Höhe von rd. 50 Mio. € für Hafeninfrastrukturmaßnahmen bewilligt. Das dadurch ermöglichte direkte Investitionsvolumen beträgt rd. 65 Mio. €. Im o.a. Zeitraum wurden u.a.

- im Seehafen Wismar ein Forstproduktentterminal seiner Bestimmung übergeben,
- im Seehafen Rostock neue Liegeplätze errichtet, maritime Gewerbeflächen für hafenauffine Industrieansiedlungen (z.B. Liebherr) geschaffen,
- im Fährhafen Sassnitz/Mukran maritime Gewerbeflächen für hafenauffine Ansiedlungen (z.B. Fischverarbeitungszentrum Euro Baltic) geschaffen,
- im Hafen Greifswald-Ladebow ein Tankanleger in Betrieb genommen,
- das „Warnemünde Cruise Center“ (WCC) errichtet.

Aktuelle Schwerpunkte der Hafeninfrastrukturentwicklung:

- Ausbau des Terminals für den kombinierten Ladungsverkehr (1. BA) im Seehafen Rostock, umfangreiche Modernisierung der Gleisanlagen, Erweiterung des Liegeplatzes 60 für RoRo-Verkehre mit dem Baltikum und Russland,
- Ausbau des WCC,
- Elektrifizierung der Einfahrtgleise in den Seehafen Wismar,
- Erweiterung des Südhafens Stralsund und Erschließung des maritimen Gewerbegebietes Franzeshöhe,
- Kapazitätserweiterung des Industriebahnhofs Ueckermünde-Berndshof.

Künftige Schwerpunkte:

- Erweiterung des Seehafens Wismar um weitere Liegeplätze,
- Erweiterung der Kapazitäten im Seehafen Rostock für Fähr- und kombinierten Ladungsverkehr, Verkehrslogistik und Erschließung weiterer Ansiedlungsflächen.

- Seeverkehr:

Die Häfen des Landes sind aufgrund des Ausbaus der Verkehrs- und Hafeninfrastruktur sowie des Engagements der privaten Unternehmen in den Häfen für den Wettbewerb gut aufgestellt. Über zahlreiche Linienverbindungen sind die Häfen bei hoher Abfahrtsfrequenz mit allen Ostseeanrainern einschl. Norwegen verbunden. Im Jahr 2005 wurden 19,3 Mio. Tonnen im Seeverkehr mit diesen Ländern umgeschlagen. Das sind 75,1 % des gesamten Seegüterumschlages (25,7 Mio. Tonnen) der hiesigen Häfen. Mit rd. 10 Mio. Nettotonnen hatte der Fährverkehr einen Anteil von 38,9 % am gesamten Seegüterumschlag. 3,5 Mio. Passagiere nutzten die Fährverbindungen über die Ostsee. Im gesamten Passagierverkehr über See wurden im Jahr 2005 ca. 3,6 Mio. Passagiere in den Häfen des Landes erfasst.

Die Entwicklung des Seegüterverkehrs (in Tonnen) in den o.a. Verkehrsrelationen verlief in den vergangenen fünf Jahren wie folgt:

Seegüterverkehr (in Tonnen)					
	2001	2002	2003	2004	2005
Dänemark	1.700.049	1.528.693	1.600.377	1.743.552	2.098.869
Schweden	8.630.837	8.694.881	8.645.679	9.327.925	10.053.391
Finnland	1.363.542	1.674.021	1.786.491	2.145.878	2.155.599
Russland (Ostsee)	1.640.967	1.699.809	1.338.279	1.629.902	1.703.309
balt. Staaten	2.548.244	2.153.229	2.082.710	2.000.215	1.510.418
Polen	677.550	998.112	732.429	497.343	365.145
Norwegen	1.938.997	2.008.644	1.844.468	1.633.001	1.445.712
Gesamt	18.500.186	18.757.389	18.030.433	18.977.816	19.332.443

Darüber hinaus hat sich Warnemünde in der Kreuzfahrtsaison 2005 mit 97 Anläufen von 29 Kreuzlinern mit 124.500 Passagieren sowie 24 Passagierwechseln zum wichtigsten deutschen Kreuzfahrthafen entwickelt. Für die diesjährige Kreuzfahrtsaison liegen bislang Anmeldungen für ca. 140 Anläufe von 36 Kreuzlinern mit rund 150.000 Passagieren vor

(Stand April 2006, vgl. auch <http://www.rostock-port.de/>). Sassnitz/Mukran wird in diesem Jahr erstmals von 20 Kreuzlinern angelaufen.

Faire und transparente Wettbewerbsbedingungen sind für Seehäfen unerlässlich. Zur Stärkung der Häfen im internationalen Wettbewerb fordert deshalb Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den anderen deutschen Küstenländern vom Bund, dass er sich auf EU-Ebene für harmonisierte ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen bei Trassenentgelten, der Lkw-Maut, im Wettbewerb zwischen See- und Straßenverkehr zwischen Deutschland und dem Baltikum/Russland einsetzt und auf nationaler Ebene die Mineralölsteuer im Hafenumschlag absenkt. Aktuell sehen sich in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein Reedereien und Häfen gegenüber dem Landverkehr mit den baltischen Staaten und Russland einer gravierenden Wettbewerbsverzerrung ausgesetzt. Reeder und Hafenbetreiber beklagen einen Rückgang der über See transportierten RoRo-Gütermenge um bis zu 50%. Ursachen hierfür sind mangelnde Kontrollen hinsichtlich Dieselfreimengen, Lenkzeiten, Ladungsgewichten und Fahrzeugsicherheit an den neuen EU-Außengrenzen sowie außerordentlich niedrige Dieselpreise in Weißrussland und der Ukraine (unter 50ct/l). Vor diesem Hintergrund hat die Küstenwirtschaftsministerkonferenz am 30. Juni 2005 den Bund aufgefordert, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für den Lkw-Verkehr abzubauen.

Diese wettbewerbsverzerrenden Rahmenbedingungen wirken auch den Bemühungen entgegen, „Motorways of the Sea“ (MoS) - Projekte in der Ostseeregion zu entwickeln und umzusetzen. Der Aufbau und die Betreuung effizienter, regelmäßiger Dienste mit hoher Abfahrtsfrequenz hängt von ordnungspolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ab. Die Landesregierung setzt sich, wie zuvor erwähnt, mit Unterstützung von Bund und EU für die Schaffung der erforderlichen Verkehrs- und Hafeninfrastrukturen ein. Die Häfen des Landes verfügen über günstige infrastrukturelle Rahmenbedingungen für MoS-Projekte im Ostseeraum. Hafen-, Reederei- und Logistikunternehmen sowie Verlader müssen darauf aufbauend die Initiative bei der Entwicklung von MoS-Projekten ergreifen, letztendlich entscheidet die Wirtschaft nach ökonomischen Gesichtspunkten, welchen Weg die Ladung nimmt. Die Förderung von MoS-Projekten im Rahmen der Transeuropäischen Netze (TEN-T) bzw. des EU-Programms „Marco Polo“ mit dem Ziel, steigende Transportbedürfnisse in zunehmendem Maße über See abzuwickeln, wird von der Landesregierung grundsätzlich begrüßt. Angesichts eines im Ostseeraum bestehenden dichten Netzes attraktiver leistungsfähiger Liniendienste ist in Brüssel jedoch darauf zu achten, dass existierende Dienste nicht durch die Förderung neuer MoS-Linien im Wettbewerb bedrängt werden. Sowohl der Hafen Rostock mit dem Hafen Hanko (Finnland) als auch der Hafen Sassnitz/Mukran mit dem Hafen Turku (Finnland) konzipieren mit Reedern und weiteren Partnern aus der Logistikkette MoS-Projekte für den multimodalen Gütertransport zwischen Nordost- und Südeuropa. Die EU-Kommission hat 2005 das Rostock-Hanko-Projekt zunächst als nicht förderfähig angesehen. Die Hafen-Entwicklungsgesellschaft Rostock mbH wird mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums in 2006 einen neuen Förderantrag stellen.

Die deutliche Ablehnung des Vorschlags einer EU-Richtlinie über den Marktzugang zu Hafendiensten (Port Package II) durch das Europäische Parlament am 18. Januar 2006 mit 532 von 677 Stimmen wird von der Landesregierung als eine Entscheidung für die Unternehmen der Hafenwirtschaft, der Logistikbranche sowie für die Beschäftigten begrüßt. Der Bundesrat hat auf gemeinsame Initiative der deutschen Küstenländer (Beschluss vom 18. Februar 2005) die Bundesregierung aufgefordert, das Port Package II im Beratungsverfahren auf EU-Ebene abzulehnen, der Bund hat sich entsprechend verhalten. Im Vorfeld der o.g. Abstimmung im Europäischen Parlament haben die deutschen Küstenländer in einer gemeinsamen Stellungnahme erneut das Port Package II abgelehnt. Die Küstenländer und das Bundesverkehrsministerium sind der Auffassung, dass mit den im Port Package II vorgeschlagenen Maßnahmen die von der EU-Kommission angestrebte Wettbewerbs- und Qualitätssteigerung in den EU-Häfen nicht erreicht würden. Die

Umsetzung von Port Package II würde vielmehr erhebliche negative Auswirkungen auf das bestehende effiziente deutsche Hafensystem zur Folge gehabt haben, das sich als bedarfsgerecht, unternehmerfreundlich und flexibel erwiesen hat. Der Bestandsschutz bestehender Verträge wäre nicht gewährleistet, die Amortisation kostenintensiver Hafeninvestitionen aufgrund nicht ausreichender Geltungsdauer von Genehmigungen/Verträgen erschwert, die Sicherheit und Qualität der Hafendarbeit aufgrund der vorgesehenen Selbstabfertigung im Sinne der Richtlinie durch Reeder nicht gewährleistet, qualifizierte Hafendarbeitsplätze wären stark gefährdet worden. Im Bereich der ladungsbezogenen Dienste existiert bereits ein starker Wettbewerb, weshalb die Küstenländer gemeinsam mit dem Bund anstatt eines Port Package III eine Transparenzrichtlinie fordern, die gemeinschaftliche Leitlinien für staatliche Beihilfen für Hafenunternehmen zum Inhalt hat. Mecklenburg-Vorpommern wird gemeinsam mit den anderen Küstenländern den Bund darin unterstützen.

Das Anliegen der Europäischen Kommission, eine „Integrierte Europäische Meerespolitik“ zum Schutz der Meere zu entwickeln, wird aus schiffahrts- und hafenpolitischer Sicht grundsätzlich begrüßt. Eine EU-Meerespolitik muss ökonomische, ökologische und soziale Ziele ausgewogen berücksichtigen. Bei der Festlegung maritimer Umweltstandards muss sie jedoch auch beachten, dass Schifffahrt auf dem Weltmarkt stattfindet. Von daher ist aus Wettbewerbsgründen auf EU- und weltweit harmonisierte Standards zu achten. Vor diesem Hintergrund fordern das Land Mecklenburg-Vorpommern und die anderen deutschen Küstenländer in ihrem gemeinsamen Positionspapier „Für eine integrative Europäische Meerespolitik“ vom August 2005, dass die EU im Sinne einer nachhaltigen europäischen Entwicklung ein hohes Interesse an einer stärkeren Nutzung der Meere als Verkehrswege haben sollte. Ausbau und Schutz von Verkehrswegen über See sind angesichts der geographischen Gegebenheiten Europas und der zu erwartenden Zunahme der Verkehrsströme unverzichtbar. Damit alle Hafenstandorte gleichgewichtig an der zukünftigen Europäischen Meerespolitik partizipieren können, müssen ihre seewärtigen Zufahrten als Teil des europäischen Meeresraumes definiert und ihre Nutzung durch notwendige Maßnahmen (Fahrwasseranpassungen oder Baggerungen) langfristig gesichert werden können (siehe zu den grundlegenden Entwicklungen der Europäischen Meerespolitik auch den Europabericht der Landesregierung für den Zeitraum 2005/2006).

Die deutsch-dänische Scandlines AG, die in der Ostsee Fähr- und RoRo-Verkehre abwickelt, ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, das sich seit Jahren auf Wachstumskurs befindet. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Landesregierung gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Deutschen Bahn AG (DB AG) bereits seit langem für die unternehmerische Verstetigung der wirtschaftlich erfolgreichen Reederei am Standort Rostock-Warnemünde ein. Die Landesregierung hat hinsichtlich der Privatisierung von Scandlines ein außerordentliches Interesse daran, dass BMVBS und DB AG ihre Zusagen auf Erhalt der Scandlines-Standorte Rostock und Sassnitz/Mukran sowie der Arbeitsplätze einhalten. Dazu bedarf es nach Ansicht der Landesregierung eines strategischen Investors.

- Landverkehr:

Im Bereich Schienenverkehr wird das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr.1 mit dem Ausbau der Eisenbahnhauptstrecke zwischen Stralsund entlang der Ostseeküste nach Hamburg und nach Lübeck für Geschwindigkeiten von 160 km/h in 2006 in einem weiteren Abschnitt zwischen Ventschow und Blankenberg ausgebaut. Eine zeitliche Festlegung zum Abschluss des gesamten Verkehrsprojektes wird durch die DB AG nicht getroffen. An den Eisenbahn-Hauptstrecken zwischen Berlin und Rostock, Berlin und Stralsund sowie zwischen Schwerin und Rostock werden weiterhin abschnittsweise Bauarbeiten zur Streckenerüchtigung durchgeführt. Ab Dezember 2006 soll zwischen Berlin und Rostock wieder der Fernverkehr aufgenommen werden, wenn auch zunächst nur eingeschränkt. Auch hier ergeben sich zeitliche Verzögerungen gegenüber ursprünglichen Planungen der

DB AG. Auf den übrigen für den Ostseeraum wichtigen Hauptstrecken (u.a. auf der Strecke nach Stettin) soll ein Ausbau für Geschwindigkeiten bis 120 km/h erfolgen. Die Beschleunigung von Nebenbahnstrecken auf 80 bzw. 100 km/h ist geplant.

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1990 wesentliche Fortschritte erzielt. Der Ausbau wird kontinuierlich fortgesetzt. Im Dezember 2005 wurde das letzte Teilstück der A 20 fertig gestellt; damit ist die A 20 auf ganzer Länge von der A 1 bei Lübeck bis zur A 11 nahe der Grenze zu Polen durchgängig befahrbar. Der Weiterbau der A 241 Schwerin – Wismar geht voran, noch 2006 wird der nördliche Abschnitt vom Autobahnkreuz Wismar an der A 20 bis zur Anschlussstelle Jesendorf unter Verkehr gehen. Die Arbeiten am Lückenschluss zwischen den Anschlussstellen Jesendorf und Schwerin-Nord werden im kommenden Jahr beginnen. Für die vorgesehene A 14 von der A 24 bis nach Magdeburg wird derzeit in den drei beteiligten Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt die Entwurfsplanung durchgeführt. Anschließend beginnt das Planfeststellungsverfahren. Der Bau der Rügenbrücke über Ziegelgraben und Strelasund im Zuge der B 96n ist das aktuell größte Brückenbauvorhaben in Deutschland. Die Bauarbeiten schreiten – für jeden sichtbar – zügig voran. Mit der für 2007 vorgesehenen Fertigstellung wird sich die Erreichbarkeit der Insel Rügen spürbar verbessern. Die Tourismuswirtschaft und der Fährhafen Sassnitz werden hiervon profitieren.

2. Tourismus

Bei den Übernachtungen der Gäste aus dem Ostseeraum setzt sich die positive Tendenz der letzten Jahre weiter fort. Im Jahr 2005 wurden 1,9% mehr Übernachtungen (272.908) als 2004 gebucht. Mehr als die Hälfte aller ausländischen Touristen (51%) in Mecklenburg-Vorpommern kamen aus den Ostseeanrainerstaaten, daraus generierten sich 42,2% aller Ausländerübernachtungen. Die Zahl der Gästeankünfte aus dem Ostseeraum ging im zweiten Jahr hintereinander leicht um 1,4% zurück. Dies ist einem Rückgang der Ankünfte (-7,8%) und Übernachtungen (-2,7%) schwedischer Gäste geschuldet. Mit über 77.000 Ankünften und fast 141.000 Übernachtungen bilden Besucher aus Schweden allerdings nach wie vor die größte ausländische Gästegruppe (siehe dazu auch die Erläuterungen unten unter C. III. Schweden).

Durch eine steigende Beteiligung von Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen des Landes an internationalen Tourismusprojekten im Ostseeraum in den letzten Jahren wird ein für Mecklenburg-Vorpommern wichtiger Wissenstransfer sowie die Bildung von Netzwerken im Ostseeraum ermöglicht. Dazu wurde und wird in der Hauptsache die Gemeinschaftsinitiative INTERREG genutzt. Dabei werden sowohl grenzüberschreitende Tourismusprojekte innerhalb der Euroregion Pomerania (INTERREG III A) als auch transnationale Projekte (INTERREG III B) zwischen den Ostseeanrainern sowie interregionale Projekte (INTERREG III C) unterstützt. Die weitere Entwicklung der touristischen Infrastruktur, die Entwicklung und Vermarktung neuer touristischer Produkte, die Tourismusentwicklung im Rahmen nachhaltiger Regionalentwicklung und die Netzwerkbildung sind dabei Schwerpunkte.

An INTERREG III B-Projekten beteiligen sich eine Vielzahl von Institutionen, Verbänden und Unternehmen des Landes, auch unabhängig von einer Beteiligung der Landesregierung.

Tourismusrelevante INTERREG III B – Projekte mit Beteiligung von Institutionen, Verbänden, Unternehmen aus MV	
Projekt	Internetseite
Four Corners	www.four-corners.org
Rural Development Connection	www.INTERREG-rdc.com
Baltic+	www.balticplus.se
High Quality Tourism 2	www.region-seenplatte.de
Baltic Welcome Center	www.spatial.baltic.net *

VIKINGS – Destination Viking-Baltic Sea	www.destinationviking.com
Ancient Times in the Baltic Sea Region	www.ancienttimes.net
AGORA	www.agora-tourism.net
Baltic Sea Breeze (BSB)	www.balticseabreeze.org
Baltic Cruise Project 2004-2007	www.cruisebaltic.com
Baltic Sea Cycling Project	www.balticseacycling.com
EuRoB (European Route of Brick Gothik)	www.eurob.org
SuPortNet II	www.planco.de/suportnet , www.suportnet.org
Castle Tomorrow	www.spatial.baltic.net *
Baltic Fort Route	www.spatial.baltic.net *
MARITOUR (Maritime Tourism Marketing in the Baltic Sea Region)	www.spatial.baltic.net *
Lagomar (Natural and cultural heritage in the southern baltic sea - challenges and perspectives for regional development)	www.lagomar.de

* Projekte mit diesem Link verfügen derzeit über keine eigene Homepage

3. Technologie

Der Wirtschaftsstandort, die Entwicklung einzelner Unternehmen, aber auch ganzer Regionen und ein großer Teil der Arbeitsplätze wird von den anwendungsbereiten Ergebnissen aus der Wissenschaft und Forschung beeinflusst. Mecklenburg-Vorpommern will sich zum Technologiestandort profilieren und setzt dabei auf Zukunftstechnologien. Die begonnene Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainerstaaten im Bereich der modernen Technologien, der Biotechnologie und der Medizintechnik wird kontinuierlich intensiviert. Hervorzuheben ist dabei die Entwicklung der BioCon Valley® GmbH und der ScanBalt™-Initiative.

Seit Gründung der BioCon Valley GmbH im Jahre 2001 sind die Aktivitäten in den verschiedenen Sparten und Unternehmensbereichen der Gesundheitswirtschaft wie Biomedizin, Biotechnologie, Medizintechnik, Ernährungswissenschaft u.ä. wesentlich enger miteinander verzahnt worden. Seit März 2004 wurde in Ergänzung hierzu unter dem Dach der BioCon Valley GmbH ein Projektbüro zur Entwicklung und Förderung der Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet. Diese Maßnahme gilt zunächst der Weiterentwicklung, Vernetzung und Realisierung der Projekte und Konzepte im eigenen Land.

Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich mit der BioCon Valley GmbH weiterhin aktiv an ScanBalt. Die ScanBalt-Initiative ist ein Netzwerk von Netzwerken, zu dem sich Biotechnologie-Netzwerke der Nordischen und Baltischen Staaten, aus Norddeutschland, Polen und St. Petersburg, insgesamt aus 11 Nationen, zusammengeschlossen haben. Das Einzugsgebiet von ScanBalt erfasst geographisch einen starken Raum mit über 60 Universitäten, mehr als 870 Life Science Firmen mit insgesamt über 60.000 Beschäftigten und 85 Millionen Einwohnern. Die Anregung zum Zusammenschluss erfolgte auf dem 1. Baltic Biotech Forum am 9. November 2001 in Teschow bei Teterow. Die eigentliche Gründung der ScanBalt-Initiative als Zusammenschluss der Bioregionen im Ostseeraum erfolgte im Januar 2002 in Kopenhagen. Am 25. August 2004 wurde in Turku (Finnland) die ScanBalt fmba als rechtlich eigenständige, gemeinnützige Vereinigung mit Sitz in Kopenhagen gegründet. Der Vereinigung gehören mittlerweile 35 Mitglieder an, aus Deutschland sind neben Mecklenburg-Vorpommern die Regionen Hamburg/Schleswig-Holstein, Berlin und Bremen vertreten. Außerdem ist das Steinbeis-Transferzentrum Rostock Mitglied. Der Geschäftsführer der BioCon Valley GmbH ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der ScanBalt-Initiative und Mitglied des Exekutivkomitees, er leitete im Jahr 2004 die Arbeitsgruppe, die einen Organisationsvorschlag zur zukünftigen rechtlichen Struktur der ScanBalt-Initiative ausarbeitete. Der Aufsichtsratsvorsitzende der BioCon Valley GmbH ist Mitglied der Arbeitsgruppe, die sich mit dem Konzept zum Aufbau eines ScanBalt Campus als übergreifende Kooperationsplattform für die Universitäten im Ostseeraum

befasst. Ein Mitarbeiter der BioCon Valley GmbH ist in einer weiteren Arbeitsgruppe zum Aufbau eines Internet-Portals aktiv.

Das von der BioCon Valley GmbH federführend koordinierte Projekt "ScanBalt Competence Region - a model case to enhance European competitiveness in life sciences, genomics and biotechnology for health on a global scale" ist inzwischen gestartet. Der Vertrag zum Vorhaben wurde im August 2004 unterzeichnet. Das Projekt hat eine Laufzeit von 2,5 Jahren und umfasst ein Volumen von ca. 800.000 EUR (davon 75% EU-Förderung). Es wurden Projektsitzungen in Vilnius (Litauen) im Oktober 2004, Oslo im Januar und November 2005 sowie in Kopenhagen im Juni 2005 abgehalten. Am 7. April, 22. Juni und 2. November fanden in Kopenhagen bzw. Oslo Sitzungen des sog. „Expert Council“ statt, zu dem BioCon Valley eingeladen hatte. Eine erste Bestandsaufnahme der Life Science-Aktivitäten im Ostseeraum (anhand der Partnerregionen) wurde vorgenommen, die Auswertung wurde am 31. Januar 2006 präsentiert. Außerdem wird zur Zeit eine Bedarfsanalyse der Situation in Polen, den Baltischen Staaten und der Region St. Petersburg durchgeführt.

Nachdem sich ScanBalt rechtlich eigenständig organisiert hat, wurden die Aktivitäten zum ScanBalt Campus intensiviert. Der ScanBalt Campus (ehemals ScanBalt Akademie) soll als gemeinsame Plattform für Aus- und Weiterbildung im Bereich der Life Sciences im Ostseeraum als Verbundvorhaben der Hochschulen und Unternehmen aufgebaut werden. Mit der Idee des ScanBalt Campus befasste sich auch auf dem 4. ScanBalt Forum (3./4.11.05) in Oslo ein Workshop. Es zeigte sich, dass das Thema von allen Regionen, insbesondere auch von unseren Nachbarregionen in Hamburg und Schleswig-Holstein mit hohem Interesse verfolgt wird. Der von der ScanBalt fmba gestellte INTERREG III-Förderantrag wurde positiv evaluiert, das Kick off-Meeting zum Projekt fand im Juni 2005 in Lund statt. BioCon Valley koordiniert in diesem Vorhaben das Arbeitspaket „Internet-Plattform“. Das Projekt hat eine Laufzeit von 18 Monaten.

Der Vorsitzende der ScanBalt fmba hat im November 2005 die Universitäten Greifswald und Rostock besucht, die hohes Interesse an einer Mitwirkung im ScanBalt-Verbund und im Vorhaben ScanBalt Campus äußerten. Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern hat ScanBalt die Eröffnung eines ScanBalt Campus liaison office an der Universität Rostock angeboten. Die Ausgestaltung des Angebots befindet sich zur Zeit in Verhandlung.

ScanBalt wurde außerdem vom Nordic Innovation Council angesprochen, ob ScanBalt nicht die ideale Plattform für die Etablierung eines ERA (European Research Area) darstellen könnte. Dieses EU-Instrument zielt darauf ab, in thematisch definierten Bereichen Fördermittel von EU und Teilnehmerländern bereit zu stellen. Die Anregung für ein ScanBalt ERA wird vom ScanBalt-Vorsitz sehr positiv gesehen und soll in den nächsten Wochen konkret aufgegriffen werden.

Weitere Aktivitäten von BioCon Valley/ScanBalt im Berichtszeitraum waren u.a.

- Beteiligung am „Open Day of the Regions“, 10. – 13. Oktober 2005 (federführend: Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel),
- Teilnahme am Baltic Development Forum, Stockholm, 16. – 18. Oktober 2005,
- Treffen des Executive Committees in Hamburg am 30./31. Januar 2006 in Hamburg sowie geplant am 31. Mai 2006 in Kalmar (Schweden),
- Organisation von Regionalforen durch BioCon Valley für ScanBalt in St. Petersburg am 8. Oktober 2005, Tallinn (Estland) am 23. Januar 2006, Riga (Lettland) am 13. Februar 2006, Danzig (Polen) am 21. März 2006 und Vilnius (Litauen) am 31. März 2006.

4. Forst- und Agrarwirtschaft, Holzindustrie

Vom 27. bis 29. April 2005 fand in Warnemünde im Rahmen des EU-Projektes CrossBo unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers Mecklenburg-Vorpommern eine Kontakt- und Kooperationsbörse der europäischen Holzindustrie statt. Dieses Projekt, das unter der Leitung des Euro Info Centres in Västerås/Schweden stand, ist aus einem von sechs erfolgreichen Projektvorschlägen hervorgegangen, die aus über 70 Anträgen zum Aufruf „Entwicklung von pan-europäischen Geschäftsbeziehungen im Rahmen der EU-Erweiterung“ der EU-Generaldirektion „Erweiterung“ ausgewählt wurden. Es ist eines der größten durch die Europäische Kommission geförderten Projekte im Rahmen der gegenwärtigen Phase der EU-Erweiterung. Im Rahmen einer internationalen Kooperationsbörse und organisierter Kontaktgespräche erhielten die Teilnehmer die Möglichkeit, gezielt Geschäftspartner zu finden. Aus 13 EU-Ländern, Russland und der Ukraine reisten über 200 Teilnehmer an; aus Mecklenburg-Vorpommern waren 15 Unternehmen vertreten.

Am 7./8. Oktober 2005 fand in Estland unter Beteiligung von Experten aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern eine internationale Konferenz zur „Rolle der Landwirtschaft im Energiesektor“ statt. Die internationale Tagung wurde durch das federführende estnische Landwirtschaftsministerium gemeinsam mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt organisiert. Teilnehmer waren ca. 100 Vertreter von Regierungen, insbesondere aus den Landwirtschaftsministerien, Wissenschaftler und Industrie- und Wirtschaftsvertreter der Ostseeanrainerstaaten Estland, Deutschland, Dänemark, Polen, Litauen, Lettland, Schweden und Finnland sowie Vertreter der Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) und der EU. Im Oktober 2006 ist eine Folgekonferenz vorgesehen, die unter der Federführung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet wird.

Es bestehen traditionell vielfältige Kontakte zwischen den norddeutschen Bundesländern und Dänemark. Darauf aufbauend wurde Anfang des Jahres 2006 das erste Deutsch-Dänische Forstkolloquium in Randbøl (Dänemark) durchgeführt. Es ist vorgesehen, auch in den kommenden Jahren in dieser Form den Informationsaustausch zum Bereich Forst- und Holzwirtschaft fortzusetzen.

5. Justiz und Inneres

Das Justizministerium beabsichtigt, auch im Jahr 2006 im Rahmen des Hospitationsprogramms der Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) Hospitationen von Richtern und Staatsanwälten durchzuführen.

Der Generalstaatsanwalt besuchte das Internationale Forum der Staatsanwälte der Bundesrepublik Deutschland, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, der Republik Polen, der Republik Österreich, der Slowenischen Republik und der Ungarischen Republik in der Zeit vom 5. bis 7. September 2005 in Dresden.

An dem durch den Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern organisierten Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 10. bis 12. Juni 2005 in Zinnowitz nahm die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus mit Vertretern u.a. aus Estland, Lettland, Litauen, Polen teil.

Ein Schwerpunkt der polizeilichen Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum findet außerhalb der o.g. Task-Force on Organised Crime (siehe dazu oben A.II.3.) in der bilateralen polizeilichen Kooperation sowohl mit skandinavischen Staaten/Regionen wie Schweden und Dänemark, als auch im Osten mit Polen und Litauen statt. Für die Zusammenarbeit im Grenzgebiet mit Dänemark und Polen existieren

Regierungsabkommen für die Zusammenarbeit im Polizeibereich, bei Unglücksfällen und im Katastrophenschutz. Die Zusammenarbeit hinsichtlich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist in mehreren bilateralen Abkommen mit allen Ostseeanrainerstaaten geregelt (siehe dazu unten Abschnitt C. Bilateraler Bereich).

Das Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen im Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern realisiert mit dem GPS-basierten Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS®) für das Gebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern einen modernen und hochverfügbaren geodätischen Raumbezug für satellitengestützte Vermessungs- und Positionierungsaufgaben unterschiedlichster Genauigkeitsanforderungen. Mecklenburg-Vorpommern ist sehr daran interessiert, die SAPOS-Dienste auch für den Bereich der Ostsee nutzbar zu machen. Hierfür ist eine Vernetzung der Satellitenreferenzstationen des Landes mit denen Dänemarks und Polens erforderlich. Eine Einbeziehung Schleswig-Holsteins in die Kooperation mit Dänemark wird angestrebt. Entsprechende Aktivitäten sind angelaufen.

6. Schulen und Hochschulen

Auf der Grundlage der Absprache zwischen Bund und Ländern über die Entsendung von Deutsch-Lehrkräften zur Förderung der deutschen Sprache in den Staaten Mittel- und Osteuropas werden vom Land Mecklenburg-Vorpommern Lehrkräfte nach Litauen, Estland und Polen sowie in die GUS entsandt. Landesprogrammlehrkräfte sind zur Unterrichtung der deutschen Sprache in Abiturklassen sowie zur Fortbildung von Deutschlehrern meist an den Gymnasien bzw. Prüfungszentren der jeweiligen Länder tätig. Im Schuljahr 2005/2006 waren in Litauen eine Lehrkraft, in Polen fünf Lehrkräfte, in Estland zwei Lehrkräfte und in Russland ebenfalls zwei Lehrkräfte im Einsatz.

Zusammenarbeit mit Ostseeanrainerstaaten im schulischen Bereich (Stand 4/2006)						
	Schulpartnerschaften (Stand 10/05)	COMENIUS 1 ²⁾ (Schul-/Fremdsprachen-/Schulentwicklungsprojekte)	COMENIUS-Assistenten ³⁾ (Schuljahr 05/06)		Schulbesuche in MV ⁴⁾	Schüleraustausch 2005 in Anzahl der Schüler / (Fördersumme), weitere Austausche ohne Förderung
			aus ... in MV	aus MV in ...		
Estland	2	2	1			27 (3.129,23 €)
Litauen	7	2				56 (4.826,55 €)
Lettland	4	4				
Dänemark	22	4	1			
Schweden	43	4		1	1	
Norwegen	5	2		1		
Finnland	4	2		1		
Polen	67	10	1	1		294 (9.010,89 €)
Russland	7	n.a. ⁵⁾	n.a. ⁵⁾			71 (7.312,56 €)

²⁾ COMENIUS 1 Schulprojekte sind europäische Bildungsprojekte, die im Rahmen von Schulpartnerschaften von Schulen aus mindestens drei teilnahmeberechtigten Staaten bearbeitet werden. COMENIUS ist eine Aktion des EU-Programms SOKRATES.

³⁾ COMENIUS-Assistenten sind Studierende moderner Fremdsprachen, die im Land der Zielsprache im schulischen Fremdsprachenunterricht assistieren. Interkulturelle Erziehung und europäische Dimension im Unterricht sowie die Vervollkommnung der eigenen sprachlichen Kompetenz sind Programmziele. COMENIUS 2.2.b ist eine Aktion des EU-Programms SOKRATES.

⁴⁾ koordiniert durch BM, weitere Aufenthalte nicht bekannt

⁵⁾ n.a. – nicht antragsberechtigt

Im Hochschulbereich wurde im Februar 2005 das Liaison Office Mecklenburg-Vorpommern in Riga (Lettland) eingerichtet (siehe zu den Aufgaben des Liaison Office die Darstellungen im vorangegangenen Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2004/2005). Das Liaison Office initiiert bzw. begleitete folgende Aktivitäten:

- Zunächst erfolgte der Aufbau von Kontakten zu allen Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sowie zu allen baltischen Hochschulen. Dadurch wurde es möglich, alle sechs Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der Bildungsmesse vom 2. bis 5. März 2005 in Riga zu vertreten. Auch bei der Bildungsmesse „Schule 2006“ werden die Hochschulen vom Liaison Office präsentiert.
- Da für die Arbeit des Liaison Office nicht nur Kontakte zu Bildungseinrichtungen sondern auch u.a. zu sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungseinrichtungen von Bedeutung sind, wurden auch Treffen mit Vertretern aus dem Innovation Relay Center (IRC) LATVIA und aus dem Research Mobility Center Latvia durchgeführt sowie Kontakte mit National Contact Points (Arbeit an Projekten der EU Rahmenprogramme) in allen drei baltischen Ländern aufgenommen.
- Durch die Vermittlung und unmittelbare Unterstützung des Liaison Office wurde es möglich, vom 1. bis 14. August 2005 eine Sommerschule für Informationstechnik an der Technischen Universität Vilnius (Litauen) zu organisieren. Diese Sommerschule war der Auftakt zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Rostock und Gedimynas/Vilnius.
- Es wurde eine ERASMUS-SOCRATES-Vereinbarung über die Studenten- und Dozentenmobilität unterzeichnet. Durch die finanzielle Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) wird im Jahr 2006 ebenfalls eine Sommerschule für Informationstechnik in Vilnius organisiert. Auch 2006 wird das Liaison Office Mecklenburg-Vorpommern in Riga seine Unterstützung dabei leisten.
- Durch die Vermittlung des Liaison Office wurden für die Universität Rostock zur Durchführung eines Projekts im Bereich Grundschulausbildung die Pädagogische Universität Vilnius und die Universität Klaipeda (Litauen) als Partneruniversitäten gewonnen. Die Pädagogische Akademie Liepaja (Lettland) hat Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Hochschule für Musik und Theater Rostock bekundet. Eine SOCRATES-Vereinbarung zwischen diesen Bildungseinrichtungen soll 2006 unterzeichnet werden.
- Das Liaison Office hat eine Forschungs Kooperation zwischen der Landwirtschaftsuniversität Kaunas und der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock angebahnt.
- Im Oktober 2005 konnten die bereits langfristig bestehenden Partnerschaften der Universität Greifswald mit Hochschulen im Baltikum sowohl auf bilateraler Ebene als auch bei den SOCRATES-Austauschprogrammen durch die Präsentationsveranstaltung der Hochschulen aus Mecklenburg Vorpommern in Vilnius und Kaunas (Litauen) vertieft werden. Die Präsentation wurde von der Universität Greifswald geleitet, wobei die organisatorische Vorbereitung durch das Liaison Office unterstützt wurde. Im Rahmen der Präsentation konnten ebenfalls neue Wissenschaftlerkontakte hergestellt und die Werbung neuer Studenten intensiviert werden.
- Das Liaison Office informiert und berät außerdem über Studienmöglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern.

Zu den Aufbauzielen des Liaison Office für 2006 gehören in erster Linie die Pflege von bestehenden Kontakten sowie deren weiterer Ausbau. Für die Arbeit mit der Hochschule Wismar ergeben sich Schwerpunkte einer Kooperation zwischen Hochschulen aus dem Baltikum im Bereich Lebenslanges Lernen/Fortbildung für Ingenieure und in der Ingenieurausbildung. Das Liaison Office wird sich um den Ausbau dieser Partnerbeziehungen in diesen Bereichen bemühen. Auf der Arbeitsliste des Liaison Office stehen auch die Unterstützung der Fachhochschule Stralsund beim weiteren Ausbau der Partnerbeziehungen mit Lettland im Rahmen des Studienganges Baltic Management Studies

(Doppelhochschulabschluss) und die Vermittlung neuer Kooperationen für die Universität Rostock im Bereich Informationstechnik. 2006 soll das zweite Treffen des IRC (International Research Council) stattfinden. Das Liaison Office wird die Organisation des Treffens übernehmen.

Die Universität Greifswald ist Mitglied im Baltic University Programme – einem regionalen Hochschulnetzwerk, dem ca. 180 Hochschulen aus 14 Ländern des Ostseeraumes und der angrenzenden Regionen angehören. Die beteiligten Partnerstaaten sind Weißrussland, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Litauen, Polen, Russland, Schweden, die Tschechische Republik, Norwegen, die Slowakei und die Ukraine. Das Netzwerk wird von der schwedischen Universität Uppsala koordiniert. Ziel des Baltic University Programmes ist die Förderung der Funktionen, die Hochschulen bei einer demokratischen, friedlichen und nachhaltigen Entwicklung einnehmen. Im Rahmen des Baltic University Programme werden unter Anwendung moderner Lehrmethoden in Kombination mit traditioneller Hochschullehre Studiengänge entwickelt und angeboten sowie gemeinsame Forschungsprojekte realisiert. Deren Themen sind von Bedeutung für die gesamte Ostseeregion, wobei der internationalen Zusammenarbeit eine zentrale Bedeutung beigemessen wird. Die Aktivitäten des Baltic University Programme konzentrieren sich auf verschiedene Aspekte der nachhaltigen Entwicklung der Region. Derzeit hat das Baltic University Programme ca. 8.500 Studierende. An diesem Hochschulnetzwerk haben bereits ca. 1.500 Wissenschaftler mitgewirkt, wobei die meisten auf dem Gebiet der Umweltwissenschaften, aber auch der Lebens- und Sozialwissenschaften tätig sind.

Der bereits im Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2004/2005 genannte geisteswissenschaftliche Wettbewerb „Mare Balticum: Eine europäische Zukunftsregion in Vergangenheit und Gegenwart“ wird zunächst bis Ende 2006 fortgeführt. In Kooperation mit den Ostseeanrainerstaaten errichtet die Universität Greifswald ein Graduiertenkolleg „Kontaktzone Mare Balticum: Fremdheit und Integration im Ostseeraum“.

Die Hochschule Neubrandenburg kooperiert mit der Universität Pensa (Russland) im Rahmen eines Doppelabschlussprogramms. Zu den bereits im Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit 2004/2005 genannten Doppelabschlussprogrammen der Fachhochschule Stralsund tritt ein weiteres hinzu: Am 24. März 2006 wird das Double Degree Abkommen mit der Partnerhochschule University of Management and Economics (Litauen) in Stralsund abgeschlossen.

Im Rahmen einer zwischen der Hochschule Wismar und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Dezember 2004 geschlossenen Zielvereinbarung nach § 15 Abs. 4 Landeshochschulgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LHG M-V) wurde an der Hochschule Wismar ein EUROPEAN HEADQUARTER (EHQ) des UNESCO International Centre for Engineering Education (UICEE) eingerichtet. Die Aufgaben des EHQ bestehen vorrangig im Initiieren, Bündeln und Koordinieren von Aktivitäten für eine effektive, zukunftsorientierte und international ausgerichtete Ingenieurausbildung mit Schwerpunkt Europa/Baltischer Raum/ehemalige Sowjetunion. Im Jahr 2005 wurden folgende Aktivitäten durch das EHQ initiiert bzw. begleitet:

- Kontakt zum Baltic Office der Landesregierung (Vorstellung einer Projektidee, Suche nach baltischen Partnern),
- Einreichung eines Projektvorschlages aus dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm zum Thema „Frauen und Wissenschaft im Ingenieurwesen“ (unter den 14 Partnern sind drei Partner aus dem baltischen Raum, Polen: Technical University of Tarnow, Czestochowa University of Technology, Litauen: Technical University of Vilnius),
- Einreichung eines Projektvorschlages im Rahmen des TEMPUS Programms (Partner sind Czestochowa University of Technology, Polen; Technische Universität Kiew, Ukraine, Hochschule Wismar und andere europäische und internationale Universitäten)

- Teilnahme an der „1st Baltic Sea Conference“ (Konferenzthema: Unternehmertum und Erneuerbare Energien),
- Teilnahme am „9th Baltic Region Seminar on Engineering Education“ in Gdynia im Juni 2005 (Präsentation des UICEE-European Headquarters, Publikation in den Konferenzproceedings),
- 10. Schweriner Wissenschaftstage in Schwerin (Moderation des Programnteils zur Internationalisierung der Ingenieurausbildung, Repräsentanten der Universität Riga hielten eine Präsentation zum Thema „Ingenieurausbildung für die Wirtschaft in kleineren Ländern“).

Für das Jahr 2006 sind u. a. die nachstehenden Aktivitäten geplant:

- Vorbereitung und Durchführung des 10. Baltic Region Seminars on Engineering Education (Location: Universität Stettin, Polen, das UICEE-EHQ organisiert und koordiniert diese Veranstaltung in Kooperation mit der Universität Stettin und der Host Institution des UICEE an der Monash-University, Australien),
- Meeting mit Repräsentanten der EU-Kommission zur Vorstellung der Strategie und der Philosophie des UICEE-EHQ (geplant für Mitte 2006, Einbeziehung der regionalen Aspekte im Rahmen der Baltic Region),
- Meeting der Satellite Center des UICEE - Mit der Etablierung von Satellite Centern an Partnereinrichtungen wird der Erfahrungsaustausch durch fachspezifische Themen intensiviert sowie Lehre und Forschung effizient verknüpft. Der europäische Mehrwert kommt in dieser Kooperationsstruktur besonders zum Tragen. Zur Strategieplanung und Gewinnung neuer Mitglieder wird das UICEE-EHQ Ende 2006 ein europäisches Seminar organisieren, welches die bestehenden Kräfte und Erfahrungen im Bereich der Ingenieurausbildung bündelt und neue Strategien zur kohärenten Entwicklung im Bereich der Ingenieurwissenschaften erarbeitet. Hierbei liegt die Betonung auf „Unterstützung der neuen Beitrittsländer in Ost- und Zentraleuropa“. Zu dieser Veranstaltung werden verstärkt Partneruniversitäten aus Polen, den Baltischen Ländern und Russland eingeladen.

7. Außerhochschulische Forschung

Gerade im Bereich der Forschung außerhalb von Hochschulen hat Mecklenburg-Vorpommern mit seinen insgesamt zehn Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der Hermann-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL, so genannte Blaue-Liste-Institute) sowie der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) erfolgreiche und zum Teil schon sehr langjährige Kooperationsbeziehungen mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Ostseeraum aufzuweisen.

Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), Teilinstitut Greifswald, kooperiert im Bereich der Plasma- und Fusionsforschung u.a. mit Einrichtungen in Russland (Moskau, St. Petersburg, Nizhny Novgorod), in Finnland (Helsinki), Dänemark und Schweden. Das Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock betreibt seit dem Jahr 2000 eine so genannte International Max-Planck-Research-School, in die u.a. die Universität Süd-Dänemark, die finnische Universität Joensuu, die Universität Oslo sowie die polnische Warsaw School of Economics mit eingebunden sind.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Neustrelitz mit seinem Deutschen Fernerkundungsdatenzentrum sowie seinem Institut für Kommunikation und Navigation unterhält in den Bereichen Satellitenkommunikation und -technologie Kooperationsbeziehungen zum schwedischen Lund Space Weather Center, zur Swedish Space Corporation in Sturup/Malmö, zum Geophysikalischen Observatorium im norwegischen Tromsø sowie zum finnischen Meteorologischen Institut in Helsinki.

Das Leibniz-Institut für Atmosphärenforschung (IAP) in Kühlungsborn unterhält gemeinsam mit norwegischen Wissenschaftseinrichtungen, u.a. der Universität Oslo, in Nordnorwegen eine Forschungsstation, von der aus weltweit einmalig eine bodengebundene radar- bzw. laserinduzierte und mit Höhenforschungsraketen durchgeführte Erforschung der Atmosphäre parallel möglich ist. Daneben kooperiert das IAP mit den schwedischen Universitäten in Stockholm (Erforschung der oberen Atmosphäre) und Göteborg (Radarbeobachtungen, Studentenaustausch).

Das Leibniz-Institut für Niedertemperaturplasmaphysik (INP) in Greifswald ist Mitinitiator des technologisch ausgerichteten Forschungsnetzwerkes Baltic Plasma Net, an dem u.a. die Universitäten in Stettin, Riga (Lettland) und St. Petersburg sowie polnische Technologiezentren in Köslin und Stettin beteiligt sind.

Das Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) verfolgt seit nunmehr über 30 Jahren ein stark international ausgerichtetes Ostseemonitoring als Basis für seine wissenschaftliche Tätigkeit, in die u.a. die Universitäten in Danzig (Polen), St. Petersburg, Helsinki und Stockholm eingebunden sind. Gemeinsam mit diesen Einrichtungen ist das IOW auch in den beiden europäischen Exzellenz-Netzwerken der Meeresforschung (MarBEF – Marine Biodiversity and Ecosystem Functioning und EUR-OCEANS) zur Analyse, Bewertung und Modellierung der Entwicklung von maritimen Ökosystemen vertreten.

Das seit Januar 2006 um das ehemalige Institute for Applied Chemistry (ACA) Berlin-Adlershof erweiterte Leibniz-Institut für Katalyse an der Universität Rostock ist Partner des IDECAT Network of Excellence, in das auch Einrichtungen der Katalysforschung in Schweden und Finnland integriert sind. Mit der Riga Technical University sowie mit der schwedischen Universität Uppsala bestehen intensive Forschungsk Kooperationen im Bereich der homogenen Katalyse.

8. Kultur und politische Bildung

Die Förderung von Aktivitäten im Ostseeraum ist Förderschwerpunkt im Bereich Internationale kulturelle Beziehungen und genre- und schwerpunktvernetzende Projekte. Das Land unterstützt im Rahmen der Kulturförderung z.B. folgende Vorhaben:

- Kaschubischer Tag,
- Deutsch-Polnisches Tollensesee-Pleinair,
- Theaterfestival Kontrapunkte (Bröllin),
- Kunst aus dem Nachbarland Polen (Schwerin),
- Bildende Künstler aus den Ostseeanrainern stellen aus (Schwerin),
- Performance dance (Stralsund),
- Kulturkontakte in der Grenzregion – Zeitreise (Neustrelitz),
- Deutsch-Polnisches Bildhauerpleinair (Lubmin),
- Nordischer Klang (Greifswald),
- Heringsdorf goes fashion (Heringsdorf),
- Ostseebiennale der Klangkunst 2006 (Wismar, Rostock, Stralsund),
- Filmwoche in Norwegen,
- Usedomer Musikfestival,
- Internationales Jugendjazzfestival (Rügen),
- Theater-Performance und Musikgruppen aus Westpommern präsentieren sich auf dem MS Stubnitz (Rostock),
- Kulturelle Film- und Medienpräsentation in Polen.

Das von der Stiftung Kulturfonds in Liquidation dem Land Mecklenburg-Vorpommern übergebene Künstlerhaus Lukas in Ahrenshoop wurde am 29. Januar 2006 nach vorübergehender Schließung und Erarbeitung einer neuen Konzeption feierlich wieder eröffnet. Das Künstlerhaus arbeitet in Trägerschaft des Vereins „Künstlerhaus Ahrenshoop“ und erhält eine Landesförderung aus den Zinserträgen der Stiftung. Besonderer Wert wird

auf die internationale Ausrichtung des Künstlerhauses gelegt, Stipendiaten insbesondere aus den Ostseeanrainerstaaten erhalten die Möglichkeit für einen künstlerischen Studienaufenthalt. In 2006 werden Künstlerinnen und Künstler aus Finnland, Schweden, Polen, Russland, Litauen und Deutschland in Ahrenshoop weilen. Zusammenarbeit und Künstleraustausch konnten mit der schwedischen Stadt Visby/Gotland und mit der russischen Stadt Kaliningrad vereinbart werden, wonach schwedische und russische Künstler/innen nach Ahrenshoop kommen und deutsche Künstler/innen (Mecklenburg-Vorpommern) sich eine Zeit lang in Visby (Schweden) und Kaliningrad (Russland) aufhalten können.

Das Deutsche Archäologische Institut beim Auswärtigen Amt und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz haben eine Kommission zur Erforschung von Sammlungen archäologischer Funde und Unterlagen aus dem nordöstlichen Mitteleuropa gegründet, zu dem auch der südliche und östliche Ostseeraum gehören. Das Archäologische Landesmuseum Mecklenburg-Vorpommern entsendet einen Vertreter in diese Kommission.

Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege, ist Partner im Projekt ACCU-Accessibility to cultural heritage (Culture 2000-Projekt). Weitere Partner kommen aus Finnland, Schweden, Griechenland und Großbritannien. Eine erste Konferenz mit Teilnehmern aus zehn EU-Staaten, vor allem aus dem Ostseeraum, hat vom 12. bis 14. Mai 2005 in Schwerin stattgefunden (www.nba.fi/projects/accu). Das Teilprojekt aus Mecklenburg-Vorpommern zur Integration sehbehinderter Jugendlicher in Führungs- und Unterrichtssysteme zum Dom Schwerin und zum frühmittelalterlichen Slawenkult im Freilichtmuseum Groß Raden wird mit großer Medienresonanz begleitet.

Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege, ist Partner in einem Culture 2000-Projekt zur Luftbildarchäologie „European Landscapes: Past, Present and Future“. An diesem Projekt unter der Leitung von English Heritage (englische Denkmalschutzbehörde) nehmen Partner aus neun europäischen Staaten teil, darunter Litauen und Polen (www.muzarp.poznan.pl/EuLandscapes/).

Das Archäologische Landesmuseum Mecklenburg-Vorpommern hat zusammen mit seiner Partnereinrichtung in Schleswig-Holstein eine dreitägige Tagung vom 10. bis 12. März 2005 in Schleswig zum Thema „Black Archaeology“, also dem Thema Raubgrabung und illegalem Handel mit archäologischem Kulturerbe, durchgeführt, an der Partner aus Russland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Finnland und Dänemark teilgenommen haben. Die Gruppe hat einen Bericht vorgelegt, den die Monitoring Group dem Ostseerat zur weiteren Befassung zugeleitet hat (www.baltic-heritage.net).

Im September 2005 hat unter der Leitung des niederländischen Nationalarchivs das für eine Dauer von zwei Jahren ausgelegte "Baltic Connections"-Projekt unter Teilnahme des Landesarchivs Schwerin begonnen. An ihm beteiligen sich neben den Niederlanden Archive aus Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Russland und Schweden sowie Deutschland. Das Landesarchiv Hannover hat von norddeutscher Seite aus die Koordination der Beiträge übernommen. Das Projekt beschäftigt sich mit der Erstellung einer internationalen Spezialbeständeübersicht zum Ostseeraum, in der für den Zeitraum von 1450 bis 1800 relevante Archivbestände zu den Themen Schifffahrt und Seehandel in einer Datenbank zusammengetragen werden. Dabei sollen z.B. diesen Themen untergeordnete Teilaspekte wie Finanzierung, Gesetzgebung, Diplomatie, Fischfang, Schiffbau oder Piraterie berücksichtigt werden. Die Datenbank soll nach Abschluss des Projekts über das Internet allgemein für die Forschung zugänglich gemacht werden (<http://www.balticconnections.net>). Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Fachbereich Landesarchiv, steuert zu dem Projekt auf Grundlage seiner bestehenden Beständeübersicht und unter Auswertung der Findbücher Daten zu den Beständen bei, die die geforderten Kriterien erfüllen. Die Abfolge

bei der Auswahl der Bestände wird dabei von der Ergiebigkeit für das Projekt, dem Erschließungszustand und der Bedeutung innerhalb des Gesamtbestandes des Archivs bestimmt. Als erster Bestand wird daher "2.12-2/20 Handel und Schifffahrt zur See und auf mecklenburgischen Wasserstraßen" zur Zeit ausgewertet.

Der 2002 von der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern begonnene Seminarzyklus von vier Seminaren zum Thema „Auseinandersetzung mit Diktaturen“ wurde im Jahr 2005 erstmalig in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Ausbildung (L.I.S.A.) und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ durchgeführt. Durch den Fond „Erinnerung und Zukunft“ wurde die Einladung von ausländischen Teilnehmern aus Polen, Estland und Lettland ermöglicht. Kernpunkt des Seminars war es, inhaltlich und methodisch an verschiedenen Beispielen den Teilnehmer/innen durch interaktive Arbeitsformen erfahrbar zu machen, wie die Themen Nationalsozialismus und Kommunismus in Abgrenzung voneinander und im Vergleich zueinander mit Schülern in motivierender Weise bearbeitet und kontrovers diskutiert werden können. Im Kontext der postkommunistischen Geschichtsaufarbeitung wurde mit Lehrerinnen und Lehrern aus Polen und dem Baltikum über ihre Erfahrungen im Umgang mit Okkupation und Verfolgung unter den Bedingungen der kommunistischen Diktatur in ihren Heimatländern diskutiert.

9. Jugend, Sport und Familie

- Jugend:

Das Jugendforum der Ostseeanrainerstaaten (Baltic Youth Forum) vernetzt regionale Jugendorganisationen. Der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern (LJR) ist aktiver Partner dieses Netzwerks. Das Baltic Youth Forum tagte vom 6. bis 10. Oktober 2005 in Mözen (Schleswig-Holstein). Im Rahmen dieses Netzwerks pflegt der LJR durch gemeinsame Konferenzen sowie durch Jugend- und Fachkräfteaustausch bei Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern bzw. in den Partnerländern Kontakte zu Polen, Finnland, Schweden, Lettland, Estland und Russland (Region Kaliningrad).

Unter anderem entsendet der LJR jährlich Jugendliche und Multiplikatoren der Jugendarbeit zu Studienaufenthalten sowie Freiwillige in Projekte der europäischen Freiwilligendienste nach Finnland. Dazu werden Fördermittel des Programms „Jugend für Europa“ genutzt. Im Berichtszeitraum entsandte der LJR fünf Ehren- und Hauptamtliche zu einem Studienbesuch sowie weitere fünf Ehren- und Hauptamtliche zum Jugendleiter-Training in die Partnerprovinz Westfinland (nach Kokkola). Acht finnische Jugendliche beteiligten sich an einem EU-Projekt im Juli 2005 in Mecklenburg-Vorpommern.

Der LJR fördert durch Angebote zur Fortbildung und Qualifizierung die Befähigung von Verbänden und Trägern zur Aufnahme internationaler Kontakte. Am Fachtag des LJR am 12. Mai 2005 nahmen Verbände, Träger und Initiativen mit großer Resonanz die angebotenen Workshops zu Fördermodalitäten und Praxisbeispielen auf.

Im Jahr 2005 wurden aus Mitteln des Landesjugendplans in Höhe von 31.192 Euro zahlreiche Projekte der Jugendarbeit mit Partnern im Ostseeraum gefördert, an denen insgesamt 621 Jugendliche (372 aus M-V und 249 aus Partnerregionen) teilnahmen.

Förderung von internationalen Jugendbegegnungen mit Ostseeanrainerstaaten im Jahr 2005 aus Landesmitteln					
Träger/Ort	Bewilligung, in €	Bezeichnung	Datum 2005	Veranstaltungs-ort	Teiln. MV/Ausl.
AWO Reise gGmbH MV, Kröpelin	1.200,00	deutsch-estnische Jugendbegegnung	26.6-5.7.	Kühlungsborn	20/14
Arbeitsgemeinschaft Ev. Jugend M-V, Schwerin	1.936,16	Int. Jugendbegegnung SEPP III / Workcamp	15.-25.7.	Tartumaa/EST	14/14
Internationale Jugend- und Gemeinschaftsdienste, Wismar	806,44	Vorbereitungstreffen für "SEPP" in Vara/Estland	23.-26.5.	Vara/EST	7/5
Internationale Jugend- und Gemeinschaftsdienste, Wismar	330,00	Vorbereitungstreffen für "SEPP" / Workcamp	15.-19.12.	Wismar	7/6
Internationaler Bund e.V., Güstrow	945,00	Kinder- und Jugendaustausch D - Lettland	26.7.-2.8.	Bad Doberan	14/18
Internationaler Bund e.V., Güstrow	1.938,00	Kinder- und Jugendaustausch D - Lettland	11.-20.7.	Daugavpils/LV	13/18
Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, Klein Dammerow	2.040,00	Dt.-lettische Begegnung mit jungen Künstlern	24.11.-2.12.	MV	3/17
Jugendbund Dt. Regenbogen in der DJO, Ribnitz-Damgarten	1.687,50	Dt.-lettische Jugendbegegnung	3.-12.7.	Ribnitz-Damgarten	20/25
Förderverein der Jugendhilfe "Likedeeler", Rostock	1.237,50	Bilat. Workshop "Kunst an Bord u. a. d. Küste"	22.-31.7.	Rostock	10/-
Rostocker Freizeitzentrum e.V., Rostock	798,00	Dt.-lettisches Fachkräftetreffen	26.-30.5.	Riga	5/-
Rostocker Freizeitzentrum e.V., Rostock	1026,00	Dt.-lettischer Workshop für Jugendgruppenleiter	14.-25.7.	Riga	8/-
Jugend-Musikkorps Rostock e.V., Rostock	2.000,00	Dt.-lettische Jugendbegegnung	25.7.-2.8.	Riga	36/-
Montagschor Rostock e.V., Rostock	1.254,00	Dt.-lettische Jugendbegegnung	30.6.-8.7.	Riga	11/-
Arbeiter-Samariter-Bund Anklam	962,00	Int. Jugendbegegnung Litauen / Deutschland	7.-17.7.	Jubarkas/LT	11/12
Jugendbund Dt. Regenbogen in der DJO, Ribnitz-Damgarten	1.687,50	Deutsch-litauische Jugendbegegnung	12.-21.7.	Ribnitz-Damgarten	20/25
Jugendbund Dt. Regenbogen in der DJO, Ribnitz-Damgarten	1.450,00	Deutsch-litauische Jugendbegegnung	27.7.-7.8.	Panevezys/LT	25/25
Arbeitsgemeinschaft Ev. Jugend M-V, Schwerin	800,00	Jugendbegegnung mit Schweden	27.6.-4.7.	Österbymo/Schweden	14/8
Arbeitsgemeinschaft Ev. Jugend M-V, Schwerin	1.240,00	Jugendbegegnung mit Schweden	4.-8.7.	Sandhem/Schweden	28/17
Pfadfinderbund M-V e.V., Greifswald	2.000,00	Wild Fjords under Sail	28.1.-13.2	Katterat/NOR	19/-
Pfadfinderbund M-V e.V., Greifswald	1.000,00	Norwegenbegegnung 2005	27.8.-12.9.	Tromsö - Trondheim	9/-
Arbeitsgemeinschaft Ev. Jugend M-V, Schwerin	2.040,00	Norwegenbegegnung 2005	28.06.-6.7.	Bystad/NOR	15/-
Arbeitsgemeinschaft Ev. Jugend M-V, Schwerin	-	Norwegisch-deutsche Jugendbegegnung	10.-17.10.	Degernes/NOR	14/11
Arbeitsgemeinschaft Ev. Jugend M-V, Schwerin	1.400,00	Begegnungstour in Finnland	24.7.-4.8.	Finnland	25/-
Arbeitsgemeinschaft Ev. Jugend M-V, Schwerin	266,66	Deutsch-polnische Jugendbegegnung	26.6.-3.7.	Leba/Polen	6/14
BUND Jugend Schwerin	200,00	dt.-poln. Filmprojekt - Vorbereitungstreffen	18.-20.12.	Rostock	8/5
BUND Jugend Schwerin	122,20	dt.-poln. Filmprojekt - Vorbereitungstreffen	10.-11.2.	Stettin	8/5
Edith-Stein-Haus Parchim	825,00	IV. Internationales Jugendmediencamp	11.-22.7.	Parchim	2/10
Gesamt	31.191,96				

Das Jugendevent Prora 06 dient durch seine über Mecklenburg-Vorpommern hinausreichende Dimension den Zielen der europäischen Jugendpolitik in Bezug auf die Förderung des Europabewusstseins und der Mobilität der jungen Generation. Vom 30. Juni bis 2. Juli 2006 werden nach bisherigem Stand neben ca. 600 polnischen Jugendlichen auch Gäste aus Schweden, Estland und Lettland teilnehmen. Im Aktionsfeld „Geschichte und Politik“ wird das Jugendevent Gelegenheit bieten, das Thema der Europäischen Verfassung zu diskutieren. Dazu sind unter Beteiligung der Jugendorganisationen der Parteien verschiedene Veranstaltungen mit Europaabgeordneten des Landes Mecklenburg-Vorpommern geplant. Sie entsprechen der Intention des „Plans D“ der Europäischen Kommission (Demokratie, Dialog und Diskussion in der Phase der Reflexion über den Entwurf eines Verfassungsvertrages der EU). Aufgrund der Teilnahme von Jugendlichen mehrerer Ostseeanrainerstaaten wurde über die Euroregion Pomerania ein Antrag zur Förderung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des EU-Förderprogramms INTERREG III A gestellt (Gesamtvolumen etwa 90.000 EUR). Im Zusammenhang mit den vorgesehenen Veranstaltungen zur Europäischen Verfassung wird eine finanzielle Unterstützung aus dem Fonds der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit in europapolitischen Themenbereichen angestrebt. Hier ist eine maximale Fördersumme von 30.000 EUR möglich.

Entsprechend des Beschlusses des Parlamentsforums „Südliche Ostsee“, das vom 18. bis 20. September 2005 in Binz stattfand, können Jugendliche aus den beteiligten Regionen an einem Hospitationsprogramm in den Regionalparlamenten teilnehmen. Die Beteiligung Jugendlicher aus Mecklenburg-Vorpommern wird durch den Landesjugendring M-V koordiniert. Jeweils eine Woche haben zwei junge Hospitanten aus Mecklenburg-Vorpommern im Austausch mit Jugendlichen aus Westpommern und der Region Kaliningrad im Schweriner Landtag sowie im Sejmik von Westpommern und im Regionalparlament von Kaliningrad den „politischen Alltag“ miterlebt. Die jungen Hospitanten der projektbeteiligten Regionen Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Westpommern, Pommern, Schweden und Russland (Kaliningrad) werden am IV. Parlamentsforum „Südliche Ostsee“ im Mai 2006 in Schleswig-Holstein teilnehmen.

- Sport:

Die Internationalen Jugendsportspiele Baltic Sea Youth Games werden im Abstand von zwei Jahren von regionalen Sportorganisationen des Ostseeraums ausgerichtet. An den IV. Baltic Sea Youth Games, die vom 1.- 3. Juli 2005 in Stettin stattfanden, nahmen 170 Sportlerinnen und Sportler aus Mecklenburg-Vorpommern in 13 Sportarten teil. Insgesamt vertraten 1614 Athletinnen und Athleten Lettland, Litauen, Weißrussland, Russland (Kaliningrad), Polen, Estland, Schweden und Deutschland (Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg). Wettbewerbe wurden in den Sportarten Basketball, Leichtathletik, Handball, Schwimmen, Tanzen, Boxen, Radsport, Judo, Fußball, Ringen, Rudern, Gewichtheben und Tischtennis ausgeschrieben. Die Teilnahme der Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern wurde mit Sportfördermittel des Landes in Höhe von ca. 10.000 EURO über den Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e.V. unterstützt.

2007 wird Mecklenburg-Vorpommern (Neubrandenburg) Gastgeber der Internationalen Jugendsportspiele sein. Zur Vorbereitung der internationalen Jugendsportspiele sowie zur Abstimmung einer internationalen Zusammenarbeit im Sport rief der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e.V. eine Kalenderkonferenz ins Leben, die ein- bis zweimal jährlich stattfindet. Teilnehmer der Konferenz kommen aus den Ländern Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Russland (Gebiet Kaliningrad), Weißrussland, Polen sowie Deutschland (Mecklenburg-Vorpommern). Im Jahr 2005 wurden zwei Konferenzen durchgeführt (in Stettin und in Schwerin).

Neben den zweijährigen Jugendsportspielen werden zahlreiche einzelne Kontakte im Ostseeraum im Bereich Jugend und Sport aus Landesmitteln gefördert:

Kontakte im Ostseeraum im Bereich Jugend und Sport gefördert aus Landesmitteln				
Maßnahme, Ort, Datum	Veranstalter/ Ausrichter	Höhe d. Zu- wendung	Teiln./ Betreuer	Sportart/ Disziplin
Internationales Seniorenhandballturnier mit Sportlern aus Stettin/Polen, Rostock, 16.-21.6.2005	Hochschulsportgemeinschaft Universität Rostock e.V.	1.000,00 €	18/2	Handball
Volkssportliche Vergleiche im Volleyball, Tennis und Tischtennis mit Sportlern des Politechnikums Danzig/PL, 22.-30.8.2005	Hochschulsportgemeinschaft Universität Rostock e.V.	1.120,00 €	18/2	Volleyball Tennis Tischtennis
2. Internationaler Städtewettkampf Wismar – Aalborg (Dänemark), Wismar 07.-10.7. 2005	StadtSportBund Wismar e. V.	2.400,00 €	DEN: 85/15 M-V: 150/50	Fuß-, Hand-, Volleyball, Schwimmen, Segeln, Schießen
Internationaler Sportkontakt in Verbindung mit einem internationalen Schießsportwettkampf, Vilnius/Litauen, 14.-16.1.2005	Landesschützenverband M-V e. V.	666,40 €	6/2 M-V	Schießsport
Internationaler Sportkontakt mit Vergleichswettkämpfen im Judo mit dem estnischen Partnerverein „Aitado“, Schwerin, 15.-22.6.2005	Polizei-Sport-Verein Schwerin e.V. / Abteilung Judo	1.456,00 €	17/3	Judo
Internationaler Sportkontakt mit Vergleichswettkämpfen zwischen Nachwuchsmannschaften aus M-V und Region Südschweden, Malmö/Schweden, 16.-18.8.2005	Landesfußballverband M-V e.V.	2.772,00 €	36/4	Fußball
Internationale Sportbegegnung zwischen dem Lübbeener Sportverein „Concordia“ und dem MLKS „Tucholanka“ aus Polen, Tuchola/Polen, 17.-21.6.2005	Lübbeener Sportverein „Concordia“	900,00 €	16/2	Kegeln LA Fußball
Förderung internationaler Sportkontakte im Rahmen der Teilnahme an den internationalen Horslunde-Spiele 2005, Horslunde/Dänemark, 23.-26.6.2005	Kreishandball-Verband Wismar-Nordwestmecklenburg e. V.	1.000,00 €	91/9	Handball Fußball
Internationale Sportbegegnung zwischen Post Sportverein Ludwigslust von 1950 e. V. und dem poln. Partnerverein „Gens“ aus Kolberg, Ludwigslust, 9.-14.10.2005	Post Sportverein Ludwigslust von 1950 e. V.	780,00 €	11/1	Schach
Teilnahme Delegation der Sportjugend des KSB Rügen am X. Dt-Poln. Jugendfestival 2005 in Stargard / Polen, 16.-18.9.2005	KSB Rügen Sportjugend	672,00 €	25/1	Volleyball Fußball
Int. Sportkontakt mit Vergleichswettkämpfen im Handball mit poln. Partnerverein Pogon Stettin in Posen/Polen, 10.-13.11.2005	Hochschulsportgemeinschaft Universität Rostock e.V.	930,00 €	18/2	Handball
Int. Sportkontakt mit Vergleichswettkämpfen zwischen dem SV „Fortschritt“ Neustadt-Glewe und dem poln. Partnerverein Gubin, Neustadt-Glewe, 25.-27.11.2005	SV „Fortschritt“ Neustadt-Glewe e. V.	598,00 €	21/2	Boxen
Ausbau sportlicher Vereinsbeziehungen zum schwed. Partnerverein BK Häcken Göteborg und Teilnahme am 31. Gothia-Cup 2005, Göteborg, 17.-23.07.2005	Straßenfußball-Liga-Rostock e. V.	641,48 €	15/1	Fußball

- Familie:

Die familienpolitische Schwerpunktsetzung der Landesregierung ermöglicht Vereinen und Verbänden, grenzüberschreitende Kontakte aufzubauen und zu pflegen. Partnerschaften bestehen insbesondere zu Polen, aber auch zu weiteren Ostseeanrainerstaaten. Gemeinsame Veranstaltungen, in denen neben der Diskussion von Gemeinsamkeiten und

Unterschieden diesseits und jenseits der Grenzen auch familiäre und persönliche Kontakte geknüpft werden, fördern die gegenseitige Verständigung und Toleranz. Kontakte zu Polen, Estland und Dänemark bestehen auch in einigen Familienzentren in Mecklenburg-Vorpommern.

Ein besonderer Ort der Begegnung und des Austausches ist die Kolping-Familienferienstätte in Gorschendorf-Salem am Kummerower See. Diese Einrichtung mit ihrer zweisprachigen Ausschilderung aller Räume ist zu einer festen Heimat für deutsch-polnische Begegnungen geworden. Zwischen Kolping-Ortsgruppen aus Mecklenburg-Vorpommern und Polen finden regelmäßig Familienaustausche und Familienfreizeiten mit Bildungscharakter statt. Dabei werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede diskutiert, kulturelle Aspekte beleuchtet und familiäre Kontakte gepflegt.

Die Familienferienstätte „Naturfreundehaus Ostseebad Zinnowitz“ ist Mitglied im deutsch-polnischen Frauenforum und unterstützt dieses Forum finanziell und logistisch. Das deutsch-polnische Frauenforum hilft Not leidenden Familien durch Bereitstellung von Lebensmitteln und Kleidung und sonstige unterstützende Maßnahmen, ihren Lebensalltag zu meistern und sich wieder in die Gesellschaft integrieren zu können. Enge Kontakte pflegt die Familienferienstätte „Naturfreundehaus“ zu einem polnischen Kinderheim in Lubin auf der Insel Wolin. Dort wird Waisenkindern und Kindern aus zerrütteten Familien ein Zuhause gegeben. Beide Einrichtungen organisieren Kinderfeste und Aktionen, die im Ergebnis insbesondere den bedürftigen Kindern in der Partnereinrichtung in Lubin zu Gute kommen. Mit Partnern in Schweden organisiert das „Naturfreundehaus“ in Kooperation mit örtlichen Bildungsträgern Schüler- und Praktikantenaustausche.

10. Eutrophierung

Das größte ökologische Problem der Ostsee ist die Eutrophierung (Überdüngung). In Ergänzung zur umweltspezifischen Arbeit durch HELCOM selbst (siehe dazu oben unter A.II.3) findet die Bekämpfung des Problems auch besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung auf allgemeiner Ebene des Ostseerats sowie der Ostseeparlamentarierkonferenz. Die 14. Ostseeparlamentarierkonferenz (29. bis 30. August 2005, Vilnius/Litauen) hat zur wissenschaftlichen und politischen Erörterung des Themas eine Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ eingesetzt. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern, der in dieser Arbeitsgruppe vertreten ist, wird dabei nach entsprechender Anfrage durch die Landesregierung fachlich begleitet.

Mit „Eutrophierung“ wird der Prozess der natürlich oder anthropogen verursachten Überdüngung bezeichnet, d.h. es gelangen mehr Pflanzennährstoffe (Phosphor- und Stickstoffverbindungen, Silikate) in das jeweilige Gewässersystem, als wieder exportiert werden. Dieses führt zu einer Anreicherung von Nährstoffen im Gewässer und sukzessive zu einem vermehrten Algen- und Pflanzenwachstum.

- Erscheinungsformen:

Die spezielle Problematik in der Ostsee liegt in ihrem geringen Wasseraustausch mit der Nordsee und den Weltmeeren und in ihrer kaskadenförmigen Beckenstruktur begründet. In der Folge verbleibt das Ostseewasser für lange Zeit (Jahre bis Jahrzehnte) in den tiefen Bereichen und wird dort mit Nährstoffen schneller und dauerhafter als in anderen Seegebieten angereichert. Die gesamte Ostsee gilt ausnahmslos als eutrophiert. Besonders betroffen sind die flachen Bodden, Haffe, Sunde sowie der Finnische Meerbusen und der Golf von Riga. Hervorzuheben ist auch die Bottnische See hinsichtlich des Eintrags von organischer Substanz (Zellstofffabriken). In Mecklenburg-Vorpommern sind die Darß-Zingster-Boddenkette, die Rügenschon Bodden und das Stettiner Haff besonders betroffen. In diesen inneren Küstengewässern wirken sich zusätzlich enorme Mengen remobilisierbarer Nährstoffe in den schlammigen Sedimenten negativ aus. Allerdings gelten diese Gewässer

als natürlich eutrophiert, da sie schon ohne menschliches Zutun als Nährstofffilter für die freie Ostsee funktionierten. Seit den 70er Jahren wurden sie jedoch aus anthropogenen Quellen derartig überbelastet, dass sie heute als polytroph eingestuft werden.

Die gesteigerte Verfügbarkeit von Nährstoffen führt zunächst zu einem vermehrten Pflanzenwachstum in der Ostsee. Dieses betrifft in erster Linie Planktonalgen, die aufgrund ihrer schnellen Vermehrung ausgeprägte saisonale Algenblüten und -teppiche bilden können. Als besonders schwerwiegend müssen toxische Algen, u.a. bestimmte Blaualgen (Cyanobakterien), eingestuft werden. Wenn die Algenblüten oder -teppiche aufgrund der zu ihrem Wachstum nicht mehr ausreichenden Lebensbedingungen absterben, sinken sie zu Boden und werden von sauerstoffverbrauchenden Bakterien zersetzt. Dieses führt unter Umständen zu Sauerstoffmangel im Bodenwasser, zum Massensterben bodenlebender Organismen und zu sogenannten toten Zonen, in denen dann aufgrund der Abbauprozesse giftiger Schwefelwasserstoff entsteht. Die betroffenen Gebiete (insbesondere in den zentralen Becken) haben sich in der Ostsee während der letzten Jahrzehnte ausgedehnt. Neben der Eutrophierung gilt dabei aber auch der periodisch und klimaabhängige verminderte Salzwassereinstrom aus der Nordsee als Ursache. In Folge des Sauerstoffmangels und bestimmter Wassertransportphänomene verschlechtern sich u.a. die Lebens- und Fortpflanzungsbedingungen für bestimmte Fischarten, deren Verbreitung dadurch eingeschränkt wird. Vereinzelt werden auch Fischsterben beobachtet.

Weiterhin führt die Eutrophierung zu einer Verschiebung des Artenspektrums auf allen Ebenen des Ökosystems: Phytoplankton-Zooplankton-Fische etc.

- Wirtschaftliche Folgen:

Die Hauptleidtragenden der Eutrophierung sind die Branchen Tourismus und Fischerei sowie die Bevölkerung des Ostseeraums generell. Die volkswirtschaftlichen Schäden können derzeit nicht beziffert werden. Wie oben dargelegt, wird die Eutrophierung auf verschiedenen Ebenen wahrgenommen und ruft finanzielle Einbußen hervor. Touristen und Einheimische werden von fädigen und schleimigen bis hin zu giftigen Algen an den Küsten (Schweden, Finnland, Baltikum) abgeschreckt, weil sie entweder den ästhetischen oder sogar den hygienischen Ansprüchen nicht genügen. Die Bestände des Brotfisches der Ostseefischer, der Dorsch, sind auch aufgrund der toten Zonen stark rückläufig. Das nun vom Plankton dominierte Ökosystem hat zu einer Verschiebung des Fischereispektrums von langlebigen Hochpreis-Raubfischen (Dorsch, Hecht) hin zu Niedrigpreisfischarten wie Hering und Sprott geführt.

- Aktuelle Ursachen:

Ursachen für die Eutrophierung der Ostsee liegen in den verschiedenen Eintragungspfaden von Phosphor- und Stickstoffverbindungen aus dem Einzugsgebiet der Ostsee. Dabei ist zunächst einmal zwischen dem Luft- und dem Wasserpfad sowie zwischen Punktquellen (u.a. industrielle und kommunale Abwassereinleitungen) und diffusen Quellen (z.B. Forst- und Landwirtschaft, Luft) zu unterscheiden.

Die Stickstoff- und Phosphoreinträge über die Festlandsabflüsse (insbesondere die 7 großen Flüsse: Newa, Weichsel, Nemunas, Daugava, Oder, Götaälv und Kemijoki) und die Atmosphäre stellen die Hauptquellen der Nährstoffbelastung und der damit verbundenen Eutrophierung der Ostsee dar. Dabei spielt im Gebiet der osteuropäischen Länder die Einleitung von Abwasser aus den Kommunen und der Industrie und in den westeuropäischen Ländern die intensive landwirtschaftliche Nutzung die entscheidende Rolle.

Entsprechend der von HELCOM im Jahr 2000 innerhalb der „Fourth Baltic Sea Pollution Load Compilation – PLC-4“ durchgeführten Bilanzierung wurden 822.000 t/a Stickstoff und

41.200 t/a Phosphor aus punktuellen und diffusen Quellen in die Oberflächengewässer im gesamten Ostsee-Einzugsgebiet der HELCOM-Vertragsstaaten eingetragen. Der Hauptteil der Stickstoff- (59%) und Phosphoremissionen (54%) stammt aus diffusen Quellen, vorwiegend aus landwirtschaftlich genutzten Flächen, so dass zur Senkung der Nährstoffemissionen in die Oberflächengewässer im Ostsee-Einzugsgebiet wirksame Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zu ergreifen sind. Die natürliche Hintergrundfracht umfasst einen Anteil von 32% für Stickstoff; die restlichen 10% der Stickstoffemissionen werden durch Punktquellen im Ostsee-Einzugsgebiet verursacht. Für Phosphor liegt der Anteil der natürlichen Hintergrundfracht bei 27% und der Anteil der Punktquellen bei 20%. Obwohl die Punktquellen im allgemeinen den geringsten Anteil der Emissionen in die Oberflächengewässer darstellen, betragen sie jedoch in Polen und Russland noch zwischen 14 und 18% für Stickstoff und zwischen 19 und 29% in Dänemark, Lettland und Polen für Phosphor. In Russland kommen ungefähr die Hälfte der Phosphoreinleitungen aus Industrie und Kommunen. Daraus wird ersichtlich, dass vor allem in den baltischen Staaten, Polen und Russland Maßnahmen im Bereich der Punktquellen ein wirksames Instrument zur Reduzierung der Nährstoffemissionen in die Oberflächengewässer im Ostsee-Einzugsgebiet wären.

Im Rahmen von PLC-4 wurden auch die Nährstoffeinträge über die in die Ostsee einmündenden Flüsse, unbeobachtete Küsteneinzugsgebiete und direkte Abwassereinleitungen ermittelt. So wurden im Untersuchungsjahr 2000 insgesamt 745.000 t Stickstoff (Gesamt-N) und 34.600 t Phosphor (Gesamt-P) in die Ostsee eingetragen. Das entspricht einem flächenspezifischen Eintrag von 440 Kg/km² Stickstoff und 21 Kg/km² Phosphor. Der höchste flächenspezifische Stickstoff- und Phosphoreintrag erfolgt in der westlichen Ostsee (Deutschland/Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Polen) und im Kattegatt (Dänemark), somit Regionen, in denen es im Sommer periodisch zu Sauerstoffmangel aufgrund der Überdüngung kommt. Ca. 77% der Fracht stammt aus den Ostseezuflüssen. Der Anteil von Schadstofffrachten aus unbeobachteten Einzugsgebieten liegt bei 10-17%, und der Anteil aus kommunalen Kläranlagen und Industriebetrieben, die direkt in die Ostsee entwässern, liegt unter 10%.

Über den Luftpfad gelangen ca. 25% der Stickstoffeinträge in die Ostsee. Diese stammen in erster Linie aus der Nutzung fossiler Brennstoffe durch den Verkehrssektor (Straßenverkehr, Schifffahrt) innerhalb und außerhalb der Ostsee-Einzugsgebietes. Die Phosphoreinträge aus der Luft sind in diesem Zusammenhang vernachlässigbar gering.

- politische Maßnahmen:

Die ersten Anstrengungen zur Reduktion der Nährstoffeinträge in die Ostsee unternahmen die HELCOM-Staaten im Rahmen einer unverbindlichen politischen Deklaration im Jahre 1987. Danach sollten die Einträge jedes Vertragsstaates im Jahre 1995 auf 50% der Einträge des Jahres 1985 reduziert werden. Für Phosphor wurde dieses Ziel weitgehend erreicht. Dazu trug die Umstellung auf phosphatfreie Waschmittel, die Modernisierung (Phosphatfällung) der Kläranlagen sowie die Stilllegung bzw. Modernisierung von Industrieanlagen im Einzugsgebiet der Ostsee nach den politischen Veränderungen um 1989/90 bei (HELCOM HOT-SPOT-Programm zur Schließung von Punktquellen im Ostsee-Einzugsgebiet). Die notwendigen Finanzmittel wurden größtenteils von der EU (einschlägige EG-Richtlinien zu Abwasser, Stand der Technik), der Weltbank und in den westlichen Ländern zusätzlich aus Eigenmitteln aufgebracht. Anders stellt sich die Lage beim Stickstoffeintrag dar. Hier gab es kurz nach der politischen Wende zunächst einen Rückgang aufgrund der verminderten landwirtschaftlichen Produktion und industriellen Verbrennung. Die Modernisierung der Klärwerke (EG-Richtlinien) wirkte sich ebenfalls positiv aus. Insgesamt war bis 1995 ein Rückgang bei den Stickstoffeinträgen von ca. 20-30% zu verzeichnen. Inzwischen steigen diese jedoch wieder leicht an, was mit der Intensivierung der Landwirtschaft (Gemeinsame Agrarpolitik) und dem höheren Verkehrsaufkommen in den EU-Beitrittsstaaten in Zusammenhang gebracht wird.

Die Verminderung der Einträge hatte nur in unmittelbarer Küstennähe positive Effekte bei den Nährstoffkonzentrationen im Wasser. Aufgrund der vorangegangenen langjährigen Überdüngung und der Altlasten in den Sedimenten waren keine positiven Effekte in der Ostsee selber festzustellen. Es ist generell davon auszugehen, dass zukünftige Maßnahmen zur Reduktion von Einträgen sich aufgrund des oben beschriebenen geringen Wasseraustausches in weiten Bereichen der Ostsee erst sehr viel später (20-30 Jahre) positiv auswirken werden.

Die Mitgliedsstaaten der EU sind mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie beschäftigt, die auch eine Wiederherstellung des guten ökologischen Zustands der Küstengewässer (eine Seemeile seewärts von der Basislinie) bis 2015 verlangt. Zur Erreichung dieses Ziels werden derzeit Maßnahmenstrategien entworfen, die sich in den west- und mitteleuropäischen Staaten insbesondere auch auf den Sektor Landwirtschaft beziehen werden, während in Osteuropa die Schließung von industriellen und kommunalen Punktquellen weiterhin oben auf der Agenda steht. Über die Erfolgsaussichten kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Hier ist vor allem eine Annäherung der unterschiedlichen Interessenslagen zwischen Ober- und Unterliegern in den großen Flussgebietseinheiten sowie zwischen den Sektoren Landwirtschaft und Gewässerschutz vonnöten.

Die EU-Kommission (GD Umwelt) hat im Herbst 2005 ihre Marine Umweltschutzstrategie und einen daran anknüpfenden Richtlinienvorschlag vorgelegt (thematische Strategie zur Meeresumwelt vom 24.10.2005, KOM (2005) 505), die einer Ausdehnung der EG-WRRL auf die hohe See in abgeschwächter Form gleichkommt. Die Bundesregierung (BMU) arbeitet an einem nationalen Beitrag in Form einer nationalen Meeresstrategie, die wiederum in der Ostseeregion als nationaler Beitrag eines von HELCOM vorgesehenen Ostseeaktionsprogramms vorgesehen ist. Parallel dazu wird von der GD Maritime Wirtschaft und Fischerei der EU das Grünbuch zur Maritimen Politik entworfen, deren Ziel ein integrativer horizontaler Politikansatz im maritimen Bereich ist und die verschiedenen bisher getrennten vertikalen EU-Politiken wie z.B. die zur Landwirtschaft, Fischerei, Meeresschutzes, Naturschutz und Chemikalien im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zusammenführen soll. Beide Initiativen unterliegen zur Zeit sowohl national als auch international widerstrebenden Interessen und diversen Vorbehalten sowie einem erheblichen Abstimmungsbedarf.

11. Kommunale Ebene

Neben der Mitgliedschaft Rügens in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania und den damit verbundenen Aktivitäten sowie den projektbezogenen Zusammenarbeiten (z.B. im Rahmen der INTERREG III B-Projekte BALTIC+, MARITOUR, SuPortNet) sind besonders zwei bereits seit Jahren etablierte und bewährte Kooperationen auf kommunaler Ebene zu nennen, die Bezüge zur Ostseekooperation der Landesregierung aufweisen und daher in Teilbereichen miteinander abgestimmt werden. Dabei handelt es sich um die Projekte „B7“ und „Vier Ecken“.

Rügen ist seit 1993 Teil der B7-Kooperation (Baltic Seven Islands), in der die sieben größten Ostseeinseln Gotland (Schweden), Öland (Schweden), Åland (autonome finnische Region), Bornholm (Dänemark), Hiiumaa (Estland), Saaremaa (Estland) und Rügen (Deutschland) zusammenarbeiten. Diese eigenfinanzierte Partnerschaft hat das Ziel, gemeinsame inselspezifische Interessen national und international zu vertreten und bildet den Rahmen für zahlreiche Kooperationsprojekte oder themenbezogene Konferenzen. Eine jährlich rotierende Präsidentschaft sowie zwei aktive Arbeitsgruppen (People to People, Umwelt) sorgen dafür, dass die Partnerschaft der Inseln auch von der Bevölkerung der Inseln wahrgenommen und aktiv getragen wird. Das Spektrum reicht von konkreten Künstler-, Bildungs- oder Umweltprojekten über kontinuierlich stattfindende Events (B7-Games, B7-

Youth Camp) bis hin zur Vertretung inselfpezifischer Interessen gegenüber Land, Bund und EU. Im Jahr 2004 hatte die Insel Rügen die Präsidentschaft der B7 inne. Besondere Schwerpunkte dieses Jahres waren die „Conference on Maritime Safety“ in Trelleborg am 13./14. Mai, in deren Ergebnis die „Trelleborg Declaration“ von den drei Organisationen B7, Euroregion Baltic (www.eurobalt.org/) und Sydsam (Schweden) unterzeichnet wurde. In diesem Sinne wurde auch die unter Federführung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im März 2005 organisierte Konferenz zur Maritimen Sicherheit bei dem Ausschuss der Regionen in Brüssel unterstützt. Weitere Schlüsselaktivitäten der Rügener Präsidentschaft 2004 waren die internationale „Conference on Nature Conservation & Sustainable Tourism in the Baltic Sea Region“ auf der Insel Vilm (Internationale Naturschutzakademie des Bundesamtes für Naturschutz) sowie das B7 Security Meeting in Bergen auf Rügen im September 2004.

Die Insel Gotland (Schweden) übernahm die Präsidentschaft der B7 für das Jahr 2005. Neben einem Treffen mit Mitgliedern des Ausschusses der Regionen und Mitgliedern des Europäischen Parlamentes in Brüssel wurde die Zusammenarbeit mit anderen Ostseeorganisationen intensiviert (Besuch der Union of the Baltic Cities [UBC] in Danzig/Polen im September 2005, Beteiligung an zahlreichen Konferenzen anderer NGO's im Ostseeraum). Im Juni 2005 wurde eine sehr gut besuchte Bildungskonferenz auf Gotland durchgeführt, in deren Folge transnationale Bildungsprojekte entwickelt wurden. Auf der viel beachteten Jahreskonferenz in Visby wurde die Arbeit der B7 vom anwesenden ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Carlsson als bedeutender Beitrag zur demokratischen Entwicklung des Ostseeraumes gewürdigt. Das Präsidentschaftsjahr der Åland-Inseln (autonome finnische Region) steht 2006 unter dem Motto „Environment – Energy – Economy“. Fragen der Energieversorgung werden mit Experten aus dem Ostseeraum vornehmlich bei einer Energie-Konferenz in Mariehamn im Juni 2006 diskutiert. Im März 2006 erfolgte wiederum ein Besuch bei EU-Einrichtungen in Brüssel, um aktuelle Fragestellungen der Ostseeinseln zu erörtern.

Gemeinsam mit der Insel Bornholm (Dänemark), der Region Südostskåne (Schweden) und der Stadt Swinemünde (Polen) arbeitet der Landkreis Rügen auch in der Kooperation „Vier Ecken der Südlichen Ostsee“ mit. Hierbei handelt es sich um eine durch den Kreistag als Partnerschaft beschlossene Zusammenarbeit. Sie zeichnet sich durch sehr konkrete Aktivitäten unter Einbeziehung einer breiten Bevölkerung aus. Neben der wirtschaftlichen, kulturellen und touristischen Kooperation dieser Regionen steht die Zusammenarbeit der Jugend im Vordergrund. In den letzten zwei Jahren wurde die Entwicklung einer gemeinsamen Jugendpolitik forciert, bei der Gymnasiasten der Regionen in einem Jugendparlament zusammenarbeiten. Diskussionsschwerpunkte waren hierbei die Bildungspolitik, Probleme der Verkehrsinfrastruktur aber auch Themen des täglichen Lebens wie Freizeitgestaltung und Gesundheits- und Umweltfragen. Eine Arbeitsgruppe, die während der bisherigen Zusammenarbeit besondere Beachtung fand, stand unter dem Motto „Kulturelles Verständnis“. Es ist den Jugendlichen von großer Wichtigkeit, die Nachbarregionen kennen und verstehen zu lernen. Im Rahmen eines Schulnetzwerkes, dem insgesamt zehn Gymnasien angehören, fanden gemeinsame Austauschprojekte zu den Themen Sport, Wissenschaft, Kultur und regionales Erbe statt. Durch diese Zusammenarbeit wurde ein Beitrag zur Integration der Jugend in den Europäischen Entwicklungsprozess geleistet. Es ist geplant, diese Jugendkooperation auch ab 2006 weiterzuführen. Als weitere Aktivitäten sind 2005/06 für Mitte Juli die Vier Ecken Regatta zwischen den vier Regionen, für September/Oktober die Kulturwochen der Vier Ecken in jeder der vier Regionen, verschiedene Workshops zu den Themen Wirtschaftsentwicklung, Hafenkooperation, Künstlerzusammenarbeit, Theaterworkshop, die Entwicklung von touristischen Reisepaketten, eine gemeinsame touristische Marketingstrategie sowie Präsentationen im Internet.

Die Vier Ecken haben in einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie die Ziele der zukünftigen Zusammenarbeit beschlossen und diese bereits mit konkret geplanten Projektinhalten

unterlegt. Diese Strategie bildet die Grundlage für die Beantragung eines grenzüberschreitenden Projektes in der kommenden EU-Förderperiode.

B. Europäische Union

I. EU-Förderinstrumente

1. INTERREG III A

Mit dem Beitritt Polens zur EU am 1. Mai 2004 ist die Grundlage der Zusammenarbeit im Förderzeitraum 2000 bis 2006 das von der EU-Kommission am 3. Dezember 2004 genehmigte Gemeinsame Regionalprogramm INTERREG III A der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg (Landkreis Uckermark/Barnim) und Polen (Wojewodschaft Westpommern). Die Hauptverantwortung zur Umsetzung des Gemeinsamen Regionalen Programms liegt beim Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern. Hier wurden die Gemeinsame Verwaltungsbehörde INTERREG III A, das Gemeinsame Technische Sekretariat, die Gemeinsame Zahlstelle sowie die Unabhängige Stelle eingerichtet.

Das Fördergebiet im Rahmen des Regionalprogramms umfasst auf deutscher Seite in Mecklenburg-Vorpommern die Landkreise Ostvorpommern, Uecker-Randow, Nordvorpommern und Rügen sowie die kreisfreien Städte Stralsund und Greifswald, in Brandenburg die Landkreise Uckermark und Barnim und auf der polnischen Seite die Landkreise Police, Gryfino, Kamien Pomorski, Gryfice, Goleniow, Stargard Szczecinski, Pyrczyce Mysliborz, Choszno, Lobez, Drawsko, Bialogard, Kolobrzeg, Kreis Koszalin, Slawno, Szczecinek, Swidwin und Walcz sowie die Städte Stettin, Swinemünde und Koszalin.

Auf der Basis des genehmigten Programms wurde ebenfalls von einer deutsch-polnischen Arbeitsgruppe eine Ergänzung zur Programmplanung zum Regionalen Programm INTERREG III A des deutsch-polnischen Grenzraums im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg und Polen (Wojewodschaft Westpommern) erarbeitet, der EU-Kommission am 26. Januar 2005 zur Kenntnisnahme eingereicht und von der EU-Kommission mit Schreiben vom 17. März 2005 angenommen. Zur weiteren Umsetzung der Programmdokumente wurde eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Brandenburg und den polnischen Partnern erarbeitet. Diese befindet sich gegenwärtig noch im Abstimmungsverfahren. Außerdem erfolgt eine Erweiterung des INTERREG III A-Dienstleistungsvertrages mit dem Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern um den polnischen Teil. Für Mecklenburg-Vorpommern stehen bzw. standen von 2000-2006 an EU-Mitteln für INTERREG III A insgesamt 50,4 Mio. EUR (mit Brandenburg und Polen sind es 118,2 Mio. EUR) zur Verfügung. Allein auf dem Territorium von Mecklenburg-Vorpommern wurden seit 2000 154 Projekte mit EU-Mitteln in Höhe von ca. 44,8 Mio. EUR gefördert. Zu den größeren Projekten zählten dabei u.a. die "Umgestaltung des Tierparks Ueckermünde zum Umweltbildungszentrum" (1,0 Mio. EUR), die "Jugendbegegnungsstätte Mittelalterzentrum Torgelow" (1,0 Mio. EUR), das "Telemedizinische Netzwerk zur Unterstützung der Tumerversorgung in der Euroregion POMERANIA" (1,6 Mio. EUR) und der "Bau einer Jugendbegegnungsstätte GOLM" (0,8 Mio. EUR). Dabei erlangen neben den geldintensiven Infrastrukturprojekten Projekte wie die "Weiterführung der Deutsch-Polnischen Unternehmerforen", die "Erweiterung des Deutsch-Polnischen Gymnasiums Löcknitz" und die "Grenzübergreifende Grundwasserbewirtschaftung Ost-Usedom/Swinemünde" besondere Bedeutung. Einzelne Projekte werden unten unter Abschnitt C. I. dieses Berichts dargestellt.

Das Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit INTERREG A wird in der Förderperiode 2007-2013 im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ weitergeführt. Zukünftig werden innerhalb der Ausrichtung A durch eine Einbeziehung der seegrenzenüberschreitenden Zusammenarbeit bis zu einer Entfernung von 150 km nicht

mehr nur die an Polen grenzenden Landkreise, sondern darüber hinaus alle unmittelbar an der Ostsee gelegenen Landkreise und kreisfreien Städte in die Gebietskulisse fallen und damit grundsätzlich förderfähig sein.

Es besteht Einvernehmen der Ländervertreter Sachsens, Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns sowie der jeweiligen Partnerwojewodschaften, dass es auch in Zukunft im deutsch-polnischen Grenzraum drei eigenständige gemeinsame deutsch-polnische Regionalprogramme im Rahmen von INTERREG A geben sollte. Hierfür sprechen u.a. die Erfordernisse aus der Wahrung der regionalen Identität und die Notwendigkeit, einen vertretbaren Koordinierungsaufwand zu gewährleisten.

2. INTERREG III B

Die transnationale Zusammenarbeit wird in der Förderperiode 2000-2006 durch die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B als dem einzigen nennenswerten Förderinstrument in diesem Bereich unterstützt. Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich seit Beginn aktiv an dieser Initiative im Ostseeraum (Vorgängerprogramm: INTERREG II C) und ist mit mehreren Projekten auch am entsprechenden Programm im CADSES-Raum (Mittel- und Südosteuropa; „Central, Adriatic, Danubian and South-Eastern European Space“) beteiligt. Durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU können Partner aus diesen Ländern gleichberechtigt an INTERREG III B-Projekten teilnehmen, was bisher nicht der Fall war. Die verfügbaren Mittel werden entsprechend aufgestockt. Seit 2005 ist eine gemeinsame Beantragung von Projekten unter INTERREG III B und TACIS CBC möglich. Der letzte Aufruf zum Einreichen von Projekten fand im Ostsee- und CADSES-Raum im Herbst 2005 statt, bis Ende 2007 werden die letzten Projekte abgeschlossen.

Das Gemeinsame Sekretariat (Joint Secretariat) für INTERREG III B Ostseeraum befindet sich zusammen mit der Verwaltungsbehörde und der Zahlstelle in Rostock, eine Zweigstelle befindet sich in Riga (Lettland). Bis Ende 2005 wurden über 100 Projekte genehmigt. Im CADSES-Raum wurden im Rahmen von drei Projektrunden bislang über 90 Projekte genehmigt.

Zum Fördergebiet von INTERREG III B (Ostsee) gehören Dänemark, Deutschland (alle norddeutschen Bundesländer und Stadtstaaten einschließlich Berlin und Brandenburg, in Niedersachsen nur der Regierungsbezirk Lüneburg als NUTS II-Gebiet), Finnland, Schweden und Norwegen sowie die Beitrittsstaaten Estland, Lettland, Litauen und Polen. In Weißrussland sind die vier Oblasts Brest, Grodno, Minsk und Vitebsk einbezogen. Die russischen Gebiete umfassen St. Petersburg und den umgebenden Leningrader Oblast, die Oblasts Kaliningrad, Murmansk, Nowgorod und Pskov sowie die Republik Karelien. Der CADSES-Raum umfasst das östliche Mitteleuropa, Südosteuropa und die Küstenregionen der Adria. Das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern als Oberste Landesplanungsbehörde hat für eine Reihe von Projekten im Rahmen von INTERREG III B im Ostseeraum die Federführung übernommen (Lead Partner) oder ist als Partner beteiligt.

Ende 2005 wurde unter dem Titel „SEBco“ ein Nachfolgeprojekt zu „South Baltic Arc“ genehmigt. Unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung werden 2006 und 2007 Partner aus Mecklenburg-Vorpommern, dem nördlichen Polen, Kaliningrad, Litauen und Lettland zusammenarbeiten. Themen sind eine verbesserte Stadt-Umland-Zusammenarbeit, die Planung von Gewerbezugsstandorten, die Reaktivierung von Nebenbahnen und der Aufbau transnationaler Wertschöpfungsketten durch kleine und mittlere Unternehmen.

Nach einer Laufzeit von gut drei Jahren wurde das INTERREG III B Ostseeraum-Projekt BaltCoast, für das das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung die Federführung

übernommen hatte, im September 2005 erfolgreich abgeschlossen. Im Rahmen des Projektes ist es gelungen, transnationale Kernempfehlungen zur Rolle der Raumplanung im Rahmen von Integriertem Küstenzonenmanagement (IKZM) und Ausweitung der Raumplanung auf See zu erarbeiten. Die Empfehlungen haben bereits Eingang gefunden in die 6. VASAB Ministerkonferenz, die am 19. September 2005 in Danzig stattgefunden hat. Im Rahmen von Baltic 21 sollen die Ergebnisse von BaltCoast ebenfalls beraten werden. Darüber hinaus haben sie Eingang in die nationale IKZM-Strategie, die z.Z. unter Federführung des BMU erarbeitet wird, gefunden. Aber auch in anderen europäischen Teilräumen wird die Raumplanung als geeignetes Instrument zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung von Küste und Meer angesehen. Aufgrund des großen Interesses von Experten aus der Schwarzmeer- und Adria-Region sollen die Erfahrungen aus BaltCoast im Rahmen eines weiteren Projektes, dessen Genehmigung Ende März 2006 erwartet wird, in diese Regionen getragen und weiterentwickelt werden.

Im Februar 2006 wurde das Projekt „Baltic Gateway“ abgeschlossen, das vor allem die Stärkung des Fähr- und Frachtschiffverkehrs im südlichen Ostseeraum zum Ziel hatte. Dazu wurde ein Maßnahmenplan („Quick Start Programme“) verabschiedet. Das Folgeprojekt „Baltic Gateway PLUS“ wird die technische Machbarkeit und Finanzierbarkeit ausgewählter Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur untersuchen; dazu gehört auch die Verkehrsverbindung Berlin – Kopenhagen über Rostock und Gedser.

Neben den o. g. Projekten ist das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung als Partner an den Projekten „EuRoB II“ (Europäische Route der Backsteingotik), „COMMIN“ (Zusammenarbeit von Raumplanern), „A.S.A.P.“ (Effiziente Verwaltungsstrukturen für dünnbesiedelte Regionen), „LogOn Baltic“ (Regionalentwicklung durch effizientere Logistik) und „BEEN“ (energieeffiziente Gebäudesanierung) beteiligt. Das Projekt „LogOn Baltic“ wird auch vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur gefördert mit dem Ziel der Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation im Ostseeraum durch die Verbesserung der Logistikinfrastruktur und der IT-Kompetenz. Insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen sollen von den Serviceprodukten im Bereich Exporttätigkeit im Ostseeraum profitieren. Lead Partner ist die Turku School of Economics and Business Administration (Finnland), beteiligt ist desweiteren die Hochschule Wismar. Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege, ist Partner im genannten Projekt „EuRoB II“ und dafür verantwortlich, Strukturen für eine langfristige und nachhaltige Vermarktung sowie eine Institutionalisierung eines Kommunikationsbüros (einschließlich Finanzierung ohne Subsidien) zu entwickeln (www.eurob.org).

Dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei obliegt im Rahmen von INTERREG III B die Federführung für das Projekt „Rural Development Connection“ (Tourismus im ländlichen Raum). Dieses Projekt bildet die Nachfolge des 2001 abgeschlossenen INTERREG II C-Projekts „Beitrag zur Raumentwicklung in benachteiligten ländlichen Gebieten durch lokale, regionale und transnationale Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen für den Tourismus“. Transnationaler Projektkoordinator ist der Verein „Landurlaub Mecklenburg-Vorpommern e.V.“. Insgesamt sind 37 Projektpartner aus Mecklenburg-Vorpommern, Dänemark, Schweden und Polen (zeitlich begrenzt) beteiligt. Für das Projekt stehen 2,8 Mio. EUR zur Verfügung. Auf Mecklenburg-Vorpommern entfällt davon mit 976.000 EUR rund ein Drittel, das Land beteiligt sich mit 219.000 EUR. Das Projekt hat das Ziel, die ländliche touristische Infrastruktur zu verbessern und neue und innovative Produkte im Landtourismus zu schaffen. So sollen die Lebens- und Einkommensbedingungen für die Bevölkerung im ländlichen Raum verbessert und damit die ländlichen Gebiete im Ostseeraum insgesamt gestärkt und stabilisiert werden. Im südschwedischen Skåne wird ein Netzwerk zur Stärkung des Natur- bzw. Ökotourismus aufgebaut und in einem gemeinsamen "Handicap-Katalog" wurde eine Übersicht über rollstuhlgerechte Hotels und Pensionen in den Partnerregionen zusammengestellt. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei setzt darüber hinaus das

Projekt „Offene pommersche Dorfkirchen“ über das INTERREG III B-Projekt „Rural Development Connection“ um. Das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung unterstützt die Kirchenführerausbildung. Partner sind weiterhin der Verein „Landurlaub Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ als Projektkoordinator, die Pommersche Evangelische Kirche, die Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V., der Regionale Planungsverband Vorpommern, die Landkreise Nordvorpommern, Ostvorpommern und die Uecker-Randow Euroregion Pomerania, der Christliches Jugenddorfwerk Deutschland e.V. (CJD) Wolgast sowie das IHK Bildungszentrum in Stralsund. Für die neue Förderperiode 2007-2013 ist geplant, neue Projekte zum Thema ländliche Entwicklung/Landtourismus, z.B. über das Nachfolgeprogramm des INTERREG einzureichen. Mögliche Partnerländer, zu denen auch Landurlaub Mecklenburg-Vorpommern e.V. bereits Kontakte hat und die bereits ihr Interesse signalisiert haben, sind Schweden, Lettland, Litauen und Estland. Dieser Kreis kann noch erweitert werden, sobald Inhalte und Details der neuen Förderprogramme bekannt sind. Die Bekanntmachung der Neuausrichtung der Förderprogramme soll im Laufe des Jahres 2006 erfolgen.

In Mecklenburg-Vorpommern beteiligen sich unabhängig von den genannten Ministerien weitere Partner an verschiedenen INTERREG III B-Projekten. Das Land Mecklenburg-Vorpommern stellt hierfür in der Regel keine Kofinanzierungsmittel zur Verfügung.

Projekte der 1. - 6. Antragsrunde werden hier nicht erneut aufgeführt und können den letztjährigen Ostseeberichten entnommen werden. Im Juni 2005 wurden in der 7. Runde von INTERREG III B (Ostsee) folgende Projekte genehmigt, an denen Partner aus Mecklenburg-Vorpommern teilnehmen (zum Projekt „BEEN“ siehe oben):

- AGORA - Network Sustainable Tourism Development in the Baltic Sea Region (<http://www.agora-tourism.net/>) unter Leitung der Universität Greifswald, beteiligt sind weitere Partner aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Universität Greifswald kooperiert bei dem im Dezember 2005 begonnenen Projekt auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeographie insbesondere mit Universitäten in Polen, Schweden und Finnland. Insgesamt wirken 44 Partner aus 10 Staaten der Ostseeregion an dem Projekt mit. Ziel ist es, in den durch gravierende ökonomische Probleme gekennzeichneten ländlichen Regionen der Staaten der Ostseeregion eine nachhaltige Förderung des Tourismus als Möglichkeit zur Unterstützung der Regionalentwicklung zu erreichen.
- ASTRA - Developing Policies & Adaptation Strategies to Climate Change in the Baltic Sea Region (<http://www.astra-project.org/cms/>) unter Beteiligung des Ostseeinstitutes Warnemünde und weiterer Partner aus Mecklenburg-Vorpommern.
- ReMiDo - Sustainable reintegration of post-soviet military residential areas as a challenge and opportunity for regional development, unter Beteiligung der Hochschule Wismar; das Projekt dient der nachhaltigen Reintegration von ehemals sowjetischen Militärwohngebieten als eine Herausforderung und Möglichkeit der regionalen Entwicklung.
- Baltic MaSTER - Maritime Safety - Transport and Environment in the South Baltic Sea Region (<http://www.balticmaster.org/>), unter Beteiligung der Hochschule Wismar.
- BALANCE – Baltic Sea management – Nature conservation and sustainable development in the marine ecosystem through marine spatial planning (<http://www.balance-eu.org/>), unter Beteiligung des WWF-Projektbüros Ostsee in Stralsund.
- Lagomar - Natural and cultural heritage in the southern baltic sea - challenges and perspectives for regional development (<http://www.lagomar.de/>), unter Leitung der Universität Rostock, beteiligt sind weitere Partner aus Mecklenburg-Vorpommern.

Im Dezember 2005 wurden in der 8. Antragsrunde die o. g. Projekte „SEBco“, „Baltic Gateway PLUS“, „A.S.A.P.“ und „LogOn Baltic“ genehmigt. Dazu kommen:

- InterBaltic - Intermodality and Interoperability in the Baltic Sea Region, unter Beteiligung der Hochschule Wismar. Inhalt des Projektes ist die Intermodalität und Interdurchführbarkeit im Ostseeraum – ein integriertes und nachhaltiges intermodales

- Transportsystem für Nordeuropa zu entwickeln. Es soll eine allgemeine Transportstrategie für den Ostseeraum entwickelt werden, eine gemeinsame Plattform zur Zusammenarbeit für bessere Durchführbarkeit zwischen Land- und Luftlogistik in Verbindung mit den Seekorridoren im Baltikum und im Atlantik.
- S-Man 2000 - Sustainable management of angling tourism in Natura 2000 and other sensitive areas unter Leitung des Amtes Rehna und Beteiligung von weiteren Partnern aus Mecklenburg-Vorpommern.
 - MARITOUR - Maritime Tourism Marketing in the Baltic Sea Region, unter Leitung des Amtes Klützer Winkel und mit Beteiligung zahlreicher weiterer Partner aus Mecklenburg-Vorpommern.
 - InWater - Exploiting Inland Waterways for Regional Development mit mehreren Partnern aus Westmecklenburg.

Wissenschaftler der Universitäten Greifswald und Rostock kooperieren mit weiteren elf Einrichtungen aus Litauen, Russland, Polen und Deutschland im Rahmen des vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit EU-Anschubmitteln geförderten Projekts „Kulturlandschaft intermedial: Haffgebiete in webbasierten Informationssystemen und Kommunikationsplattformen“. Das Projekt hat das Ziel, eine länderübergreifende kulturlandschaftlich determinierte Forschung zu befördern. Im Ergebnis soll ein öffentlich zugängliches Informationssystem als Dienstleistung etabliert werden.

Im Jahr 2006 setzt die Fachhochschule Stralsund ihre im November 2005 begonnene Teilnahme an dem EU-Forschungsprojekt „Baltic Rural Broadband“ mit Partnern aus Deutschland (5), Dänemark (2), Schweden (3), Norwegen (4), Estland (4), Polen (1), Finnland (1), Lettland (2) und Litauen (1), insgesamt 23 Partner, fort. Der Umfang des Projektes beträgt 3,4 Mio. EUR. Die Fachhochschule Stralsund (Fachbereich Elektrotechnik und Informatik) beteiligt sich mit ca. 200.000 EUR bei einem Eigenanteil von ca. 50.000 EUR. Die Projektlaufzeit ist von Juni 2005 bis Ende 2007.

Das Projekt „Baltic Business Development Network“ unter Beteiligung der Hochschule Wismar dient der nachhaltigen Entwicklung der transnationalen Wirtschaft und der Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen im Ostseeraum einschließlich dem Kaliningrader Gebiet. Hierzu soll eine Virtuelle Baltische Entwicklungsagentur basierend auf dem Baltischen Wirtschaftsnetzwerk aufgebaut werden, die die regionalen Triangel zu einer dreifachen Spirale der Baltischen Partnerländer verbindet. Aufgabe der Virtuellen Baltischen Entwicklungsagentur wird die Vermarktung des Ostseeraumes zu Institutionen außerhalb des Ostseeraumes sein, um ausländische Investoren zu gewinnen, aber hauptsächlich um die transnationale und transregionale Wirtschaft auch innerhalb des Ostseeraumes zu unterstützen und zu stimulieren, um so das Wachstum der kleinen und mittleren Unternehmen im Ostseeraum zu fördern.

3. INTERREG III C

INTERREG III C ist ein weiteres Instrument zur Förderung der interregionalen Zusammenarbeit. Zur Umsetzung des Programms wurden von den Mitgliedstaaten vier grenzübergreifende Programmzonen gebildet. Mecklenburg-Vorpommern gehört zusammen mit den norddeutschen Bundesländern Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein sowie Dänemark, Finnland und Schweden zur Nordzone.

Im Rahmen von INTERREG III C wurden im Programmjahr 2005 die im Vorjahr bereits vorgelegten und durch das Monitoring and Steering Committee des Programms genehmigten Projekte durchgeführt. Auf eine weitere Bewerbungsrunde wurde verzichtet, da die für den Programmraum noch zur Verfügung stehenden Mittel in der Nordzone nahezu verbraucht waren. Der Blick richtet sich insofern auf die kommende Förderperiode INTERREG IV C.

Das durch INTERREG III C geförderte BEPART-Vorhaben (Baltic Entrepreneurship Partners) will gemeinsam mit zwölf Partnern (Hochschulen und Bildungseinrichtungen) aus acht europäischen Ländern von Oktober 2004 bis 2007 das Wachstum einer innovationsorientierten Entrepreneurship-Kultur fördern. Das Vorhaben beinhaltet fünf Komponenten, die den Managementrahmen des Netzwerkes, das Qualitätsmanagement und die Schnittstelle zwischen der Wirtschaftsentwicklung einer Region und der Gründungsförderung (Gründerlehre, Training usw.) sichern sollen. Die Kernkomponente des Vorhabens setzt auf Aktivitäten zur Multiplikation und dient neben der Kontaktabahnung des wirtschaftlichen und öffentlichen Bereichs (z.B. Unternehmen, Städteplaner u.a.) dem wissenschaftlichen und praktischen Austausch der Projektpartner. Ein Förderantrag der Universität Rostock wurde im Juli 2004 bewilligt, insgesamt stehen 1,57 Mio EUR zur Verfügung, davon werden 578.950 EUR kofinanziert. Unterstützt wird das BEPART-Vorhaben durch das IBEC-Büro (IBEC = International Baltic Entrepreneurship Center). Im IBEC werden wissenschaftliche Analysen, Forschungsberichte, Evaluationen, Studien und Trainingsprogramme zur Entrepreneurship-Kultur durchgeführt (siehe www.ibec-rostock.de/projekte.html).

II. Nördliche Dimension

Das Konzept der „Nördlichen Dimension der EU“ stellt ein fachübergreifendes, geographisch begrenztes Politikfeld der EU dar, das einen speziellen Augenmerk auf den Ostseeraum wirft (siehe dazu auch den Europabericht der Landesregierung für den Zeitraum 2005/2006). Der Zweite Aktionsplan der Nördlichen Dimension (ND) läuft Ende 2006 aus, zum künftigen Rahmen der Nördlichen Dimension fand am 21. November 2005 ein ND-Ministertreffen statt. Die Vertreter der ND-Partner, neben allen EU-Ostseeanrainern u.a. auch die EU-Kommission und Russland, beschlossen die von der EU-Kommission entworfenen Leitlinien für eine Umgestaltung und Anpassung der Nördlichen Dimension an die aktuelle Entwicklung in Nordeuropa. Mit Vollzug des EU-Beitritts Polens und der baltischen Staaten sowie der Einbindung der neuen Mitgliedstaaten in die regulären EU-Strukturen entfällt einer der Schwerpunkte der bisherigen Nördlichen Dimension.

Nach dem Inhalt der im November 2005 beschlossenen Leitlinien wird die Nördliche Dimension im Grundsatz beibehalten, jedoch umgestaltet. Der inhaltliche Fokus liegt fast ausschließlich auf dem Thema Beziehung EU-Russland. Die ND-Politik soll in erster Linie als politischer und operativer Rahmen für die Umsetzung des Konzeptes der „Vier Gemeinsamen Räume“ zwischen EU und Russland auf regionaler/lokaler Ebene in Nordeuropa dienen. Die zahlreichen ND-Kooperationsbereiche werden an die Struktur der vier gemeinsamen Räume angenähert und zu Prioritätsbereichen zusammengefasst (Wirtschaft, Innere Sicherheit u. Justiz, Externe Sicherheit, Wissenschaft u. Kultur, Umwelt sowie Gesundheit u. Soziales). Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Cross-Border Cooperation, CBC) wird mehrfach als Priorität der neuen Nördlichen Dimension betont. Die Finanzierung seitens der EU soll vor allem, aber nicht ausschließlich, über das neue Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) laufen. Wie bisher werden keinerlei zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt, sondern ein Mehrwert durch verbesserte Koordinierung bestehender Finanzinstrumente unter dem Label Nördliche Dimension erwartet.

Zeitlich wird die ND nicht mehr durch befristete Aktionspläne ausgestaltet, sondern erhält eine permanente Natur. Dazu werden als Basisdokumente eine gemeinsame politische Erklärung und eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen. Die Basisdokumente sollen bis Sommer 2006 im Verhältnis EU-Kommission und Russland erarbeitet werden, in der zweiten Hälfte 2006 unter finnischer EU-Präsidentschaft verabschiedet und 2007 mit Auslaufen des zweiten ND-Aktionsplans in Kraft treten.

Als Beispiel für die erfolgreiche konkrete Umsetzung der ND-Idee wird allgemein die Einrichtung von ND-Partnerschaften angesehen. Die ND-Umweltpartnerschaft (NDEP)

hat für verschiedene Projektfinanzierungen bis Ende 2004 über 900 Mio. Euro an privaten und teilweise öffentlichen Investitionen für Umweltprojekte im Ostseeraum (insbesondere Nordwest-Russland) gewonnen. Das erste NDEP-Projekt, der Bau einer Abwasseranlage in St. Petersburg, wurde mit offizieller Einweihung der Anlage am 22. September 2005 erfolgreich abgeschlossen. Eine weitere ND-Partnerschaft existiert mit der „Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being“ (NDPHS) im Gesundheitsbereich. Zur grundsätzlichen Diskussion für künftige konkrete Ausgestaltungen der ND steht derzeit die Idee einer Einrichtung einer ND-Transport- und Logistik-Partnerschaft für die Unterstützung von öffentlichen Verkehrsmaßnahmen im Ostseeraum. Die Sachgebiete der bestehenden und künftigen ND-Partnerschaften werden voraussichtlich in Abgrenzung zu den genannten Prioritätenbereichen als „spezielle Prioritäten“ der ND gewertet werden, auf denen der eigentliche Fokus und das operative Wirken liegen soll.

Die drei norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern arbeiten beim Thema Nördliche Dimension weiterhin eng zusammen. Im Hinblick auf die derzeitige konzeptionelle Überarbeitung für die Nördliche Dimension ab 2007 tauschen sich die norddeutschen Länder kontinuierlich aus und bringen eigene Beiträge über den Bund und den Ostseerat in die Konsultationen durch die EU ein. Der Ostseerat hat im Oktober 2005 die verschiedenen Organisationen des Ostseeraums um Stellungnahme zu den Planungen zur Nördlichen Dimension gebeten. Während sich Schleswig-Holstein über die Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC) an einer Stellungnahme beteiligte, hat Mecklenburg-Vorpommern einige Anmerkungen aus Sicht des Landes über die Stellungnahme der Baltic Sea Commission (KPKR-BSC) in die Diskussion eingebracht. Der daraus entstandene Gesamtbericht „CBSS Survey on the Northern Dimension Beyond 2006“ vom 21. März 2006 wurde als Beitrag des Ostseerates der Europäischen Union zugeleitet (http://www.cbss.org/documents/euand_baltic_region/eund/cbssurveyonthendbeyond2006finalweb.pdf). Gegenwärtig werden Kommentare und Hinweise aus Deutschland zu dem von der EU-Kommission vorgelegten ersten Entwurf des künftigen permanenten ND-Rahmendokumentes zwischen dem Auswärtigen Amt und den norddeutschen Bundesländern abgestimmt.

Finanzielle Unterstützung erhält die Nördliche Dimension aus den verschiedenen regional verfügbaren Förderprogrammen. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland erfolgte bislang über das technische Hilfsprogramm der EU TACIS. Seit 1991 wurden daraus mehr als 2,6 Mrd. Euro an Russland zugewiesen, um den Übergang zur Marktwirtschaft und die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat voranzubringen. Ab 2007 wird TACIS durch das neue Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) ersetzt werden. Das für Projektbeteiligte aus Mecklenburg-Vorpommern interessante TACIS-Unterprogramm für Cross Border Cooperation (CBC) wird im ENPI-CBC-Programm mit einigen Änderungen weitergeführt. Die zum jetzigen Zeitpunkt noch andauernden Planungen der EU-Kommission zu ENPI sehen gegenwärtig die Programmierung eines eigenen Seebecken-CBC-Programms „Baltic Sea Basin“ innerhalb des ENPI vor. Dieses Programm wird anders als TACIS-CBC voraussichtlich in das INTERREG III B Ostsee - Nachfolgeprogramm integriert, hierdurch soll die kombinierte Förderung von Projekten beiderseits der Grenze von EU und Russland erleichtert werden.

Der Ansatz, die Nördliche Dimension als Konzept für regionale Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik zu gewichten, macht das Thema Nördliche Dimension für Mecklenburg-Vorpommern als regionalem Akteur weiterhin interessant. Die Entwicklungen werden in der norddeutschen Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein und Hamburg in Zukunft weiterverfolgt. Bereits abgeschlossene oder noch laufende konkrete Projekte mit ND-Bezug auch aus Mecklenburg-Vorpommern finden sich im Ende 2005 aktualisierten ND-Informationssystem der EU (siehe http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/nis/index.htm).

III. Grenzübergänge und Grenzübertrittsstellen

Mecklenburg-Vorpommern ist aufgrund seiner Grenze zur Republik Polen und der Lage im Ostseeraum durch die Erweiterung der Europäischen Union in besonderem Maße betroffen. Seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union sind wegen der Vorschriften über die Zollunion und den freien Warenverkehr die originären Aufgaben der Zollverwaltung an der Grenze zu Polen und damit die Kontrollen des Warenverkehrs entfallen. Weiterhin werden jedoch die Personenkontrollen durch die Bundespolizei durchgeführt. Die Personenkontrollen an der Deutsch-Polnischen Grenze können erst dann entfallen, wenn Polen die Voraussetzungen für eine Anwendung des Schengener Übereinkommens erfüllt und Kontrollen an seinen EU-Außengrenzen tatsächlich erfolgen. Eine solche Vollendung des Beitritts der neuen Mitgliedstaaten wird in naher Zukunft erwartet. Bis zur Aufnahme Polens in das Schengener Vertragswerk wird das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen vom 6. November 1992 über Grenzübergänge und Arten des grenzüberschreitenden Verkehrs wirksam bleiben. Die Grenzübergänge für den Personenverkehr erfüllen somit weiterhin eine wichtige Funktion für grenzüberschreitende Verbindungen.

Die Zufahrtstraße B 110 zum Grenzübergang Garz ist bereits 2004 in der vorhandenen Breite saniert worden. Mit der Fertigstellung der Torfgrabengrenzbrücke, die zu 100 % aus dem Bundeshaushalt finanziert wird, ist 2006 zu rechnen. Für den Bau der Abfertigungsanlage am Grenzübergang Garz-Swinemünde ist die polnische Seite zuständig. Bei den bilateralen deutsch-polnischen Verhandlungen zu grenzüberschreitenden Straßenverbindungen am 9. November 2005 in Warschau teilte die polnische Delegation mit, bei der Vergabe der Bauarbeiten an der Abfertigungsanlage Garz/Swinemünde hätten Vergaberechtsprobleme zu Verzögerungen geführt. Die polnische Seite hofft aber, dass die Bauarbeiten zum Ende des 3. Quartals 2006 abgeschlossen werden können. Beide Seiten sprachen sich für eine Nutzungserweiterung auf Pkw-Verkehre aus.

Bislang sollte die Öffnung des Grenzüberganges Hintersee-Entepöl auf Wunsch Polens zeitgleich mit Garz-Swinemünde erfolgen. Mittlerweile hat das Bundesministerium des Innern (BMI) vom Plan der Einrichtung eines Grenzüberganges Hintersee-Entepöl Abstand genommen, da Investitionen in Höhe von ca. 2 Mio. EUR vor dem Hintergrund des in naher Zukunft anstehenden vollständigen In-Kraft-Tretens des Schengen-Acquis für Polen und unter Berücksichtigung der Haushaltslage des Bundes nicht vertretbar seien. Diese Entscheidung hat das BMI dem Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern im Januar 2006 und der Hauptkommandantur des polnischen Grenzschutzes Anfang Februar 2006 mitgeteilt. Die Landesregierung hat den Chef des Bundeskanzleramtes um Überprüfung der Entscheidung gebeten. Der Bund hat seine Haltung inzwischen bekräftigt.

Das Projekt einer Weiterführung der Usedomer Bäderbahn (UBB) vom heutigen Endhaltepunkt Ahlbeck/Grenze bis in das westliche Stadtzentrum von Swinemünde wird seitens der Landesregierung mit Nachdruck verfolgt und sollte insbesondere im Interesse der vielen Urlauber auf der Insel und der Bewohner diesseits und jenseits der gemeinsamen Grenze vordringlich umgesetzt werden. Auf der o.g. Sitzung der Deutsch-Polnischen Expertenkommission bestand Einvernehmen beider Delegationen, die Schienenverbindung von Ahlbeck nach Swinemünde so rasch wie möglich fortzuführen. Zwischen der Stadt Swinemünde, der Kommunalgemeinschaft Europaregion Pomerania e.V. und der Usedomer Bäderbahn ist am 7. November 2005 eine Willenserklärung zur Anbindung der Stadt Swinemünde an das Eisenbahnnetz auf der Insel Usedom unterzeichnet worden. Die Projektierung und Bauausführung des Abschnittes Ahlbeck/Grenze-Swinemünde ist 2006 – 2007 vorgesehen. Der Grenzübergang Ahlbeck-Swinemünde (Bundesstraße B 111) ist derzeit für Fußgänger und Radfahrer (ohne Motor) geöffnet. Die Stadt Swinemünde wünscht eine Nutzungserweiterung des Grenzüberganges auch für den Linienbusverkehr der Europalinie zwischen den Kaiserbädern und Swinemünde. Aus deutscher Sicht kann diesem Wunsch nur zugestimmt werden, wenn die Verlängerung der Bahn dadurch nicht gefährdet

ist. Die Öffnung weiterer Übergänge, beispielsweise zwischen Kamminke und Friedrichsthal (Wydrzany) für Fußgänger und Fahrradfahrer, ist vorgesehen. Vorrangig werden Touristen diese Übergänge nutzen. Über die künftig an den Grenzübergängen auf Usedom möglichen Verkehrsarten soll ein vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (seit Ende 2005 BMVBS) in Auftrag gegebenes Integriertes Verkehrsentwicklungskonzept Usedom-Wollin Auskunft geben. Dieses Verkehrsentwicklungskonzept wird von einem deutschen Ingenieurbüro in Zusammenarbeit mit einem polnischen Ingenieurbüro erarbeitet. Die Fertigstellung ist im Sommer 2006 vorgesehen. Entscheidungen zu weiteren Verkehrsarten insbesondere auf der Insel Usedom werden erst nach Vorliegen der Erkenntnisse dieses Integrierten Verkehrsentwicklungskonzeptes getroffen.

Am Grenzübergang Linken-Neu Linken (Bundesstraße B 104) sind alle Verkehrsarten zugelassen. Es besteht zurzeit kein Handlungsbedarf. Gleiches gilt für den Grenzübergang Pomellen-Kolbitzow (Bundesautobahn A 11).

Nach dem Schengener Durchführungsübereinkommen ist die Aufhebung der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen nur durch einstimmigen Beschluss des Rates Justiz/Inneres und erst dann möglich, wenn zuvor eine Evaluierung ergeben hat, dass der jeweilige neue Mitgliedstaat alle EU-Sicherheitsstandards vollständig übernommen hat und auch dauerhaft praktisch anwenden kann. Die Entscheidung über die Aufhebung der EU-Binnengrenzkontrollen wird für jedes Beitrittsland einzeln getroffen. Wesentlicher Bestandteil des EU-Sicherheitssystems ist das der Personen- und Sachfahndung dienende Schengener Informationssystem (SIS). Da die Nutzerkapazität des aktuellen Systems SIS I gegenwärtig erschöpft ist, kommt eine Aufhebung der Binnengrenzkontrollen für die Beitrittsländer (auch Polen und Baltikum) erst zeitversetzt in Betracht. Erst das Nachfolgesystem SIS II, das ab 2007 betriebsbereit sein soll, ermöglicht den Anschluss der Beitrittsstaaten und die Teilnahme an der SIS-Fahndung. Die Vollendung des Beitritts der neuen Mitgliedstaaten wird also wesentlich in die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 fallen. Das Innenministerium beabsichtigt die Entsendung eines Polizei-Experten für die Evaluierung der baltischen Staaten innerhalb sog. Besucherteams der EU.

C. Bilateraler Bereich

I. Polen

1. Partnerschaften

Im Mittelpunkt der grenzüberschreitenden und regionalen Zusammenarbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern stehen die Partnerschaften mit den Wojewodschaften Westpommern und Pommern. Auf Landes- bzw. Wojewodschaftsebene finden regelmäßig zahlreiche Kontakte und Begegnungen auf politischer und Arbeitsebene statt. Informationen über die Partnerwojewodschaften können über die Homepage der Landesregierung auf der Seite der Staatskanzlei abgerufen werden. Derzeit wird das Internet-Landesportal Mecklenburg-Vorpommern neu erarbeitet. Ein Großteil der dort enthaltenen Informationen wird künftig auch in polnischer Sprache zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der Präsentation des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Wojewodschaft Westpommern besuchte der Ministerpräsident die Zentralveranstaltung am 14. September 2005 Stettin und am 15. September 2005 die Stadt Köslin. An der Zentralveranstaltung am 14. September 2005 in Stettin nahmen zahlreiche weitere Gäste aus Mecklenburg-Vorpommern teil. Der Marschall der Wojewodschaft Westpommern war am 10. August 2005 zu Gast bei der Hanse Sail in Rostock. Insgesamt wurden im Rahmen der Präsentation 2005 über 50 verschiedene Projekte durchgeführt, u.a. eine Barlach-Ausstellung in Stettin, Konzerte der Hochschule für Musik und Theater Rostock, Jugendbegegnungsmaßnahmen etc. Im Mittelpunkt der 5. Präsentation der Wojewodschaft Westpommern 2006 in

Mecklenburg-Vorpommern wird der Festakt am 25. Juni in der Konzertkirche Neubrandenburg stehen.

Mecklenburg-Vorpommern hat sich aktiv an der konzeptionellen, inhaltlichen und finanziellen Anlage und Ausstattung des Deutsch-Polnischen Jahres in Kooperation mit dem Bund (Auswärtiges Amt) beteiligt. Ein wichtiges Ergebnis dieses Engagements war die Schaffung eines Fonds für kleinere Projekte (bis 10.000 EUR) durch den Bund und die Teilnahme des Landes an der Jury, die über die Mittelvergabe entschied. Aus Mecklenburg-Vorpommern wurden neun Projekte bewilligt.

Auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung aus dem Jahr 2000 wurde zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern ein gemeinsamer Ausschuss gebildet, der die Zusammenarbeit koordiniert. Die Koordinierungsaufgabe wird auf polnischer Seite durch das Marschallamt und das Wojewodschaftsamt Westpommern und auf deutscher Seite durch die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen. Der Ausschuss setzt sich aus insgesamt elf Unterarbeitsgruppen zusammen, welche die wesentlichen Bereiche der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abdecken.

Mit der Wojewodschaft Pommern gibt es seit 2002 ebenfalls einen Gemeinsamen Ausschuss. Die Gesamtkoordinierung nehmen auf polnischer Seite das Marschallamt und auf deutscher Seite die Staatskanzlei wahr. Die letzte gemeinsame Ausschusssitzung fand im März 2006 in Danzig statt.

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommern e.V. (DPG) präsentierte vom 6. - 11. September 2005 im Rahmen der Polnischen Woche „Annäherungen – Zblizenia“ die Wojewodschaft Ermland-Masuren. Darüber hinaus hat die DPG mit finanzieller Unterstützung der Staatskanzlei im Dezember 2005 die Ausstellung „25 Jahre Solidarność“ in Neubrandenburg organisiert.

Der Kulturbund Mecklenburg-Vorpommern unterhält enge Kontakte zu Kaschubien in der Wojewodschaft Pommern. Eine Kaschubische Woche in Mecklenburg-Vorpommern fand im Herbst 2005 in Schwerin statt.

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Vorpommern e.V. organisierte vom 7. - 9. Oktober 2005 in Zinnowitz die Jahresversammlung der Deutsch-Polnischen Gesellschaften.

Aktuelle Projekte/Veranstaltungen (vgl. auch Homepage der Staatskanzlei):

- 17./18. Juni 2006 – Mecklenburg-Vorpommern-Tag in Ludwigslust – Vertreter aus der Wojewodschaft Westpommern und Pommern werden daran teilnehmen und die Wojewodschaft mit einem Infopavillon und Künstlern präsentieren.
- 23. Juni 2006 – Preisverleihung des Deutsch-Polnischen Journalistenpreises in Schwerin.
- Präsentation der Wojewodschaft Westpommern in Mecklenburg-Vorpommern 2006 mit der Zentralveranstaltung am 25. Juni 2006 in Neubrandenburg und weiteren Projekten im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jahres 2006.

2. Wirtschaft und Tourismus

In 2005 beliefen sich die Einfuhren aus Polen nach Mecklenburg-Vorpommern auf rund 154 Mio. EUR, die Ausfuhren von Mecklenburg-Vorpommern nach Polen auf rund 140 Mio. EUR. Damit bleibt Polen für Mecklenburg-Vorpommern einer der wichtigsten Wirtschaftspartner nach Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, Russland und Belgien.

Vom 14. bis 17. Juni 2005 unternahm der Wirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns in Begleitung von 15 einheimischen Unternehmensvertretern aus einem breitgefächerten Branchenspektrum eine Reise nach Warschau und Krakau. Ziel der Reise war vor allem, den

mitreisenden Unternehmern Geschäftskontakte in Polen zu vermitteln, politische Beziehungen zur nationalen Ebene in der Hauptstadt Warschau und der umliegenden Wojewodeschaft Mazowien (Mazowieckie) sowie der Wojewodeschaft Klempolen (Małopolskie) rund um Krakau aufzubauen. Im Vordergrund der Reise standen eine Kooperationsbörse in Warschau, an der auf deutscher Seite 15 und auf polnischer Seite 50 Unternehmen teilnahmen. Insgesamt fanden 75 bilaterale Gespräche statt. Des Weiteren gab es Informationsveranstaltungen zu Investitions- und Bankfragen sowie zum polnischen Rechts- und Steuersystem. Abgerundet wurde die Reise durch Besuche bei renommierten polnischen Unternehmen.

Am 22./23. November 2005 fand im Rahmen der wechselseitigen Präsentationen des Landes mit der Wojewodschaft Westpommern eine Wirtschaftspräsentation Mecklenburg-Vorpommerns in der westpommerschen Stadt Köslin statt. Bei der Präsentation standen die Themen Lebensmitteltechnologie, Plasmatechnologie, regenerative Medizintechnik, insbesondere Knochenersatzprodukte sowie Biomasse auf dem Programm. Die Wirtschaftspräsentation sollte dazu beitragen, die Netzwerkbildung zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen aus Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern zu intensivieren.

Mecklenburg-Vorpommern nimmt bereits seit längerem an Messen in Stettin teil. An der Baumesse BUD-Gryf 2005 beteiligten sich drei Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern. Trotz der relativ geringen Beteiligung war die Messe für die mecklenburg-vorpommerschen Aussteller im Vergleich zu den letzten Jahren sehr erfolgreich. Die Unternehmen sprachen von einer großen Resonanz auf der Messe. Ein Unternehmen aus Schwerin hat eine Vielzahl von Aufträgen im Bereich der Denkmalpflege (Sanierung) bekommen. Es bleibt zu hoffen, dass nach der Flaute in den letzten Jahren die Beteiligung an der Messe wieder zunimmt. Für die BUD-Gryf 2006 haben fünf Unternehmen Interesse an einer Teilnahme geäußert.

Auch über die oben genannten Präsentationen und Besuche hinaus hat sich die projektbezogene Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und seinen beiden polnischen Partnerregionen im Berichtszeitraum gut entwickelt.

Das Angebot des im Oktober 2000 in Stettin unter Federführung der IHK Neubrandenburg eingerichteten Hauses der Wirtschaft – Dom Gospodarki (weitere Partner: Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern, AG Deutsch-Polnische Sparkassenkooperation, IHK Rostock, Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern, Unternehmerverband Vorpommern, Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern und Westpommerscher Verband für Wirtschaftsentwicklung Stettin) erfreute sich im Berichtszeitraum einer regen Nachfrage. Im Jahr 2005 wurden durch das Haus der Wirtschaft mehr als 2.400 Vorgänge bearbeitet. Dieser Wert lag knapp unter dem des Vorjahres. Es zeigt sich insgesamt, dass der neue gemeinsame Binnenmarkt und die damit verbundene Freizügigkeiten für die EU-Bürger sowie Beseitigung vieler Markteintrittsbarrieren die deutschen und polnischen Unternehmen ermutigen, sich verstärkt für das Nachbarland und die dortigen Geschäftsmöglichkeiten zu interessieren und ihre Chance für einen wirtschaftlichen Erfolg zu suchen. Zum Leistungsspektrum des Hauses der Wirtschaft zählen u.a. Informationen zu den Rahmenbedingungen für ein wirtschaftliches Engagement und zu den Wirtschaftsstandorten entlang der Grenze, die Beratung zu Handelskontakten und Firmengründungen sowie die Vermittlung von Kontakten zu Unternehmen, Behörden und Institutionen.

Ein weiterer wichtiger Beratungspartner der Unternehmen sind mit Blick auf das Eingehen deutsch-polnischer Kooperationen die Service- und Beratungsstellen der Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania e.V.

Als Informationsbasis der bilateralen Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit Polen erarbeitet das Wirtschaftsministerium jährlich einen Veranstaltungskalender zu Polen, der

auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums eingestellt ist (www.wm.mv-regierung.de). Dort finden sich Hinweise zu wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen und Projekten verschiedenster Akteure aus Mecklenburg-Vorpommern. Ziel ist, besser über anstehende grenzüberschreitende Wirtschaftsaktivitäten zu informieren. Gleichzeitig soll sowohl die Qualität der Veranstaltungen durch vermehrte Kooperation untereinander erhöht, als auch die Arbeit für die einzelnen Akteure effizienter gestaltet werden. Das Internetportal des Wirtschaftsministeriums über den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern in polnischer Sprache (www.meklemburgia.pl) und das Wirtschaftsportal der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG (TWG) in Gorzow über den Wirtschaftsstandort Polen in deutscher Sprache (www.infopolen.de) werden fortgeführt. Damit wird dem Bedarf an kompetenter, umfassender und schneller Information über die Wirtschaftsbedingungen auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze und insbesondere in der Grenzregion Rechnung getragen. Außerdem steht die Web-Seite des Wirtschaftsministeriums in polnischer Sprache einschließlich Verlinkung zum polnischsprachigen Wirtschaftsportal www.meklemburgia.pl zur Verfügung.

Im Tourismusbereich konzentriert sich die Zusammenarbeit auf Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG sowie die kommunale Zusammenarbeit im Grenzraum. Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum konnten diese Kooperationen weiter ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit zwischen der Insel Usedom, Swinemünde und Wollin wurde im Rahmen des deutsch-polnischen Touristikerforums in den Arbeitsgruppen „Grenzüberschreitender Verkehr“, „Grenzüberschreitendes Marketing“ und „Zusammenarbeit der Touristinformationen“ fortgesetzt. So gibt es heute erste gemeinsame Messepräsentationen sowie gemeinsame Produktentwicklung und Vermarktung in der Grenzregion. Die Internet-Seite www.ostseeland.de konnte mehrsprachig ausgebaut werden und verweist auf grenzüberschreitende touristische Produkte vor allem zu den Themen Radfahren, Schiffstouren und Schwedenstraße. Das Erlebnisnetzwerk Odermündung präsentiert eine Vielzahl von Erlebnisbereichen der Region um das Stettiner Haff (über: www.tierpark-ueckermuende.de). Die Zahl der Übernachtungen polnischer Touristen in Mecklenburg-Vorpommern erreichte 2005 mit über 26.000 (+42,4%) einen Höchststand seit 1992. Auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt mit 3,9 Tagen sehr hoch.

3. Polizei und Justiz

Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen auf polizeilichem Gebiet existiert bereits seit 1995 eine Koordinierungsstelle bei der Polizeidirektion Anklam. Mittlerweile gibt es darüber hinaus u.a. mit den Nachbar-Wojewodschaften Westpommern (Stettin) und Pommern (Danzig) enge polizeiliche Arbeitsbeziehungen. Im vergangenen und im laufenden Jahr wurden in Kooperation mit der Wojewodschaftspolizei Westpommerns Konferenzen, Arbeitsbesuche im Zuge des Erfahrungsaustausches, gegenseitige Praktika, fachliche Fortbildungsmaßnahmen und Fremdsprachenschulungen sowie gemeinsame Übungen realisiert. Zur Vereinfachung der grenznahen Zusammenarbeit ist zusammen mit den Bundesländern Brandenburg und Sachsen sowie der Bundespolizei ein zweisprachiger Leitfaden erstellt worden. Die Kooperationsbemühungen umfassen auch die Zusammenarbeit im Bereich der Prävention.

Das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, die Kommandantur der Wojewodschaftspolizei Westpommern, das Bundespolizeiamt Rostock und die Polizeidirektion Anklam haben im Jahr 2005 das deutsch-polnische Tourismusprojekt „Sicherheit im Nachbarland – Bezpiecznie u sasiada“ mit der Einrichtung einer Hotline (Tel.: 01805/552597), Faltblättern in polnischer und deutscher Sprache sowie einem zweisprachigen Internetauftritt unter www.sicherheit-im-nachbarland.de fortgesetzt. Das Projekt soll dazu beitragen, Touristen und Besuchern in Polen und Deutschland Hilfe und Unterstützung für sicheres Verhalten zu geben und über gesetzliche Regelungen (Sicherheit im Straßenverkehr, Kfz-Sicherung, Gebrauchtwagenkauf, Drogenkriminalität, Wassersport, Bahnsicherheit sowie Kredit-

kartenkriminalität) zu informieren. Das Projektangebot wird im Rahmen von Präventionsveranstaltungen in Deutschland und Polen weiter bekannt gemacht.

Im vergangenen Jahr wurden darüber hinaus bereits zum sechsten Mal vom Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern und dem Wojewodschaftsamt Pommern die sog. „Danziger Gespräche“ durchgeführt, die sich über die Jahre hinweg mit unterschiedlichen Themen der Kriminalitätsbekämpfung befassen. An der von der EU finanziell geförderten Veranstaltung haben neben Polen und Deutschen insbesondere Vertreter aus den anderen Ostseeanrainerstaaten teilgenommen. Im Jahr 2005 stand die Sicherheitskonferenz unter dem Thema „Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus“. 140 Vertreter aus Politik, Polizei, Justiz und Medien aus insgesamt 16 Staaten diskutierten darüber vier Tage. Die siebten „Danziger Gespräche“ werden in diesem Jahr zu dem Thema: „Die Europäische Union - Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ durchgeführt.

Im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit wurden durch den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen im Herbst 2005 erste Kontakte mit der im Aufbau befindlichen Außenstelle Stettin des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) aufgenommen, denen sich ein Arbeitsbesuch in Stettin am 7./8. September 2005 anschloss. Am 14. Dezember 2005 führten Mitarbeiter des Landesbeauftragten mit den Kollegen des IPN in Stettin einen Workshop zu Fragen der Rehabilitation und Beratung von Opfern kommunistischer Diktaturen durch. Insgesamt sind ein kontinuierlicher Meinungsaustausch zwischen dem Landesbeauftragten und der Außenstelle Stettin des IPN, der Austausch von Ausstellungen sowie gemeinsame Forschungsprojekte zu regionalen Aspekten der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen 1945 und 1989 geplant; das IPN wird zu Workshops eingeladen.

Mit Polen wurde im Jahr 2005 zudem der Austausch von Staatsanwälten fortgeführt. So hospitierte ein Oberstaatsanwalt von der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg für die Dauer einer Woche (vom 13. bis 17. Juni 2005) bei der Bezirksstaatsanwaltschaft in Stettin. Im Gegenzug fand eine Hospitation eines Staatsanwalts von der Bezirksstaatsanwaltschaft Stettin in der Zeit vom 19. bis 23. September 2005 bei der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg statt. Für das Jahr 2006 ist ein weiterer Austausch zwischen der Bezirksstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg vorgesehen, konkrete Planungen liegen jedoch noch nicht vor. Vom 16. bis 20. Mai 2005 hospitierte ein Staatsanwalt von der Bezirksstaatsanwaltschaft Stettin bei der Staatsanwaltschaft Stralsund. Im Gegenzug führte eine Staatsanwältin von der Staatsanwaltschaft Stralsund im Zeitraum 27. Juni 2005 bis 1. Juli 2005 eine Hospitation bei der Staatsanwaltschaft in Stettin durch. Für das Jahr 2006 ist ein weiterer Austausch von zwei Staatsanwälten zwischen der Staatsanwaltschaft Stralsund und der Bezirksstaatsanwaltschaft Stettin vorgesehen. Zudem ist eine gemeinsame Begegnung dieser Staatsanwaltschaften unter Beteiligung der Abteilungsleiter für das Jahr 2006 geplant, ein konkreter Termin steht jedoch noch nicht fest.

Der Generalstaatsanwalt, der Leitende Oberstaatsanwalt von Neubrandenburg und drei weitere Staatsanwälte nahmen vom 13. bis 15. Juni 2005 an der deutsch-polnischen Arbeitstagung der Grenzstaatsanwaltschaften in Posen teil. Der Generalstaatsanwalt und zwei Beamte der Staatsanwaltschaft nahmen am deutsch-polnischen Eurojust-Seminar am 21. und 22. November 2005 in Cottbus teil.

Auch zwischen Justizvollzugsanstalten findet ein deutsch-polnischer Kontakt statt, bei der Vermittlung wirkte die Euroregion Pomerania e.V. mit. Im September 2005 besuchte der Leiter der Justizvollzugsanstalt Ueckermünde mit einer kleinen Delegation die Vollzugsanstalt Nowogard in der Nähe von Stettin, um mit den dortigen Verantwortlichen einen Erfahrungsaustausch aufzunehmen. Bereits im Dezember 2005 fand ein Gegenbesuch von Führungskräften der Vollzugsanstalt Nowogard in den Justizvollzugsanstalten Ueckermünde und Stralsund statt. Diese Besuche sind nach dem Wunsch aller Beteiligten ein erster Schritt zu der beabsichtigten Kooperation zwischen der

offenen Abteilung der Vollzugsanstalt Nowogard und der Justizvollzugsanstalt Ueckermünde sowie dem geschlossenen Vollzug in Nowogard und der Justizvollzugsanstalt Stralsund.

Polizei und Justiz sind in die organisatorischen Planungen bezüglich der Teilnahme von Polen an der anstehenden Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland einbezogen. An polnische Besucher wurden bislang 27.000 Eintrittskarten veräußert. Für die Vorrundenspiele der polnischen Nationalmannschaft in Gelsenkirchen, Dortmund und Hannover ist der Einsatz mehrerer Sonderzüge geplant (jeweils Direktverbindungen über Grenzübergang Frankfurt/Oder zu den Spielorten), die in der Nacht des Spieltages bereits wieder zurückgeführt werden. Alle Maßnahmen, u.a. auch die für den Pkw-Transit aus Polen über die Grenzübergänge in Mecklenburg-Vorpommern werden durch die Bundespolizei koordiniert und abgesichert. Die Länderpolizeien begleiten das Einsatzgeschehen vor Ort.

Im Hinblick auf Ausschreitungen durch gewaltbereite polnische Fans wurden im Zusammenwirken der Polizeien der Länder und den zuständigen Bundesbehörden gesonderte Einsatzkonzeptionen erarbeitet. Insbesondere zum Thema Hooliganismus und Abwehr von Gefahren in und um die Austragungsorte von Fußballspielen wurde von der Kommandantur der Wojewodschaftspolizei Westpommerns mit Blick auf die Vorbereitung deutscher Strafverfolgungsbehörden zur WM vom 12. bis 14. Mai 2006 ein Seminar in Stettin geplant, zu dem polizeiliche Beobachter aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin und Sachsen eingeladen wurden. Inhalte sind u.a. multimediale Präsentationen im Krisenführungsstab, Teilnahme an der Stadionabfertigung bei einem polnischen Erstligafußballspiel sowie die Begleitung von Fans auf den An- bzw. Abreiserouten im Stadtgebiet von Stettin.

4. Schulen und Hochschulen

Zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und dem Kuratorium in Stettin besteht ein bilateraler Vertrag über den Schulversuch „SpReg – Zwei Sprachen in einer Region – Grenzen überwinden“. Im deutsch-polnischen Jahr 2006 findet unter der Schirmherrschaft des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur und des Marschalls der Wojewodschaft Westpommern ein Schülerwettbewerb „Wie viel weiß ich über meinen Nachbarn?“ statt. Viele Schulen in der Grenzregion Vorpommern haben partnerschaftliche Beziehungen zu Schulen in Polen (67 Schulpartnerschaften, siehe zu weiteren Daten der schulischen Zusammenarbeit die Tabelle oben in Abschnitt A.III.6.). Zudem sind in Mecklenburg-Vorpommern zwei Gymnasien (Deutsch-Polnisches Gymnasium Löcknitz und Maxim-Gorki-Gymnasium Heringsdorf) an bilateraler schulischer Zusammenarbeit beteiligt.

Auf dem Gebiet der Hochschulzusammenarbeit veranstalteten Studierende und Lehrende der Hochschule für Musik und Theater Rostock zahlreiche Konzerte im Rahmen des im Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006 durchgeführten Projektes „Grajmy razem – Spielen wir zusammen“. Neben der bereits traditionellen Sommerakademie der Fachbereiche Agrarwirtschaft und Landschaftsarchitektur sowie Technologie der Hochschule Neubrandenburg im September 2005, die auch für 2006 wieder geplant ist, fand 2005 erstmals eine „Summer School of Traffic Engineering“ im Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen statt. Teilnehmer waren Studierende und Mitarbeiter der Politechnika Szczecinska. 2006 wird die Summer School vom 21. August bis 1. September in Stettin stattfinden.

Das Projekt IKZM–Oder-Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündung, das im April 2004 gestartet ist, läuft voraussichtlich noch bis März 2007. Das Projekt ist Teil eines Verbundprojektes mit zwölf deutschen Partnern sowie weiteren polnischen Partnern unter Leitung des Instituts für Ostseeforschung Warnemünde. Daraus hervor gegangen ist die Regionale Agenda 21 Stettiner Haff. Das Agenda-Büro

Rothenklempenow ist Außenstelle der Hochschule Neubrandenburg, die an der Umsetzung des Projektes mitwirkt.

Auf Initiative des Institutes für Energie und Umwelt e.V. (IFEU) an der Fachhochschule Stralsund wurde am 23. November 2005 in Koszalin im Rahmen einer zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern organisierten Wirtschaftstagung die Gründung von Baltic Bioenergy Net (BaBEt) durch feierliche Unterzeichnung des Letter of Intent realisiert. Gründungsunterzeichner waren neben dem IFEU e.V. die Fachhochschule Stralsund, die Innovations- und Gründerzentrum GmbH sowie von polnischer Seite die Technischen Universitäten Stettin und Koszalin mit deren lokalen Partnern, den Science & Technologieparks der beiden Städte. Als erster Partner aus dem weiteren Ostseeraum unterzeichnete die norwegische Partnerhochschule Høgskolen i Agder den Letter of Intent.

Die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns werden auf der 5th Poland International Educational Fair – Perspectives 2006, die in der Zeit vom 2. bis zum 4. März 2006 in Warschau stattfindet, mit einem Gemeinschaftsstand vertreten sein. Vertreterinnen der Fachhochschule Stralsund und der Universität Rostock werden polnische Studieninteressenten über die Studiemöglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern beraten. Die Hochschule Wismar und die Universität Stettin setzen das im Jahr 2003 initiierte und vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geförderte gemeinsame Studienprojekt „Deutsch-Polnischer Bachelor-Master- Studiengang Wirtschaftsinformatik“ mit Doppelhochschulabschluss und Doktorandenstudium fort. Zum Wintersemester 2006/2007 wird erstmalig in den binationalen Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik immatrikuliert.

5. Politische Bildung

Ein von der Landeszentrale für politische Bildung in Stettin am 11./12.03.2005 organisiertes polenkundliches Seminar für Multiplikatoren, speziell Lehrer, gab einen Überblick über die polnische Geschichte (Schwerpunkt dabei das wechselvolle deutsch-polnische Verhältnis), die Transformation vom Mitglied RGW/Warschauer Pakt zu EU/NATO, den Staats- und Verwaltungsaufbau und das Bildungswesen in Polen. Es wurde in den Arbeitskreisen Landeskunde, Geografie, Geschichte und Sozialkunde das Wissen erweitert. Abschließend wurden Beispiele vorgestellt, wie das Thema Polen im Unterricht oder in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung behandelt werden kann. Kooperationspartner waren die Fachschule für die öffentliche Verwaltung Stettin und die Euroregion Pomerania e.V..

In Greifswald wurde am 16./17. November 2005 von der Landeszentrale für politische Bildung das Seminar „Stasi im Ostseeraum“ im Rahmen der polnischen Kulturtage „polenmARkT 05“ in Kooperation mit der Universität Greifswald durchgeführt. Seminarteilnehmer waren deutsche und polnische Studenten (aus Greifswald und Stettin). Behandelt wurden Aufbau der deutschen und polnischen Staatssicherheit sowie ausgewählte Aktionen zur Unterdrückung von Opposition und Menschenrechts- und Umweltgruppen (u.a. auch Aktionen zur Verhinderung eines staatlich nicht kontrollierten deutsch-deutsch-polnischen Dialogs, z.B. Aktion Sühnezeichen und kirchliche Friedens- und Verständigungsarbeit). Abschließend wurde ein Überblick gegeben über die Aufarbeitung des Themas in der Öffentlichkeit und den Umgang mit den ehemaligen Mitarbeitern in Deutschland und Polen und die gesetzlichen Grundlagen für eine Rehabilitation.

In Pasewalk und Police fanden von September bis Dezember 2005 deutsch-polnische Schülerprojekte unter dem Motto „Perspektivwechsel“ zum gegenseitigen geschichtlichen Kennenlernen in Kooperation zwischen INEP (Institut für Deutschland und Nordeuropa), Robert-Bosch-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung statt. Schüler und Lehrer der Europaschule Pasewalk und des Gymnasiums Police behandelten die Themen „Flucht und Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg – deutsche und polnische Schicksale 1945“

und „Antikommunistischer Widerstand in der DDR und der PRL/VRP: polnische und ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen – geschichtliche Bedeutung und ihr Zusammenwirken“. Perspektivwechsel bedeutete hierbei, dass deutsche Schüler mit polnischen Zeitzeugen sprachen bzw. deren Berichte zur Grundlage ihrer Arbeiten wählten, ebenso polnische Schüler mit deutschen Zeitzeugen/Dokumenten. Das Projekt hat drei Zielebenen bearbeitet: Zum einen fachliche Bearbeitung der Themen "Vertreibung" und "Widerstand" unter den gesetzten Prämissen des Perspektivwechsels, zum anderen Kompetenzen der Lehrer für die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und drittens Interkulturelle Unterschiede in Lehr-Lern-Prozessen bei gemischten Schülergruppen. Die Ergebnisse des Projektes wurden im Rahmen von Feierlichkeiten anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Euroregion Pomerania e.V. und in einer Informationskampagne anlässlich des 35. Jahrestages des Stettiner Werftarbeiteraufstandes präsentiert.

6. Arbeit und Raumordnung

Auf dem Gebiet der Raumordnung und Landesplanung gibt es neben den gemeinsamen Projekten im Bereich INTERREG auch eine enge Zusammenarbeit bei Programmen, Plänen und fachlichen Einzelfragen. Dazu gab es kontinuierliche Sitzungen der gemeinsamen Expertengruppe „Raumordnung“. Im März 2006 findet in Neubrandenburg die nächste Sitzung der Gemeinsamen Raumordnungs- und Arbeitsmarktkommission statt, auf der aus beiden Fachbereichen aktuelle Themen beraten werden.

Im Bereich Arbeit wurde vereinbarungsgemäß der Austausch insbesondere mit der Partnerwojewodschaft Westpommern auch 2005 fortgesetzt. So tagte die Expertengruppe „Arbeitsmarktpolitik“ mit der Woiwodschaft Westpommern im Juni und Dezember 2005. Im Mittelpunkt standen u.a. die Situation der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt und weiterhin der Know-how-Transfer im Bereich der Strukturfondsförderung. Insbesondere bleibt in diesem Zusammenhang für die polnische Seite das Programm des Landes zur Förderung des Unternehmergeistes über die Gewährung von Mikrodarlehen von Interesse. Die hier bereits 2005 stattgefundenen Treffen und Austausche werden auch 2006 fortgesetzt.

Die Verbesserung der Situation der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt und die Initiierung grenzüberschreitender Vorhaben in diesem Zusammenhang bildete nicht nur einen Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit im Jahr 2005, sondern wird sich auch im Jahr 2006 fortsetzen. Durch Förderinstrumente, wie die bereits im letzten Bericht dargestellten Aktionsprogramme „Osterweiterung der Europäischen Union – Schaffung einer interkulturellen Gesellschaft im Ostseeraum“ und „Aktionsprogramm zur Erhöhung der Bildungsbereitschaft und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit durch Projekte des gemeinsamen Lernens und des arbeitsweltbezogenen Austausches von deutschen und polnischen jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern – Gemeinsam Europa Lernen“ können junge Menschen, über die eigentlichen Vermittlungsinhalte hinaus, Verständnis füreinander entwickeln sowie auf beiden Seiten noch immer vorhandene Ängste und Vorbehalte abbauen. Letztlich haben viele der gemeinsamen deutsch-polnischen Vorhaben der vergangenen Jahre gezeigt, dass gemeinsames Lernen auch das gegenseitige Vertrauen steigert und damit das Wissen voneinander wächst.

Mit Blick auf diese Erfahrungen und die Situation im Bereich der Berufsfrühorientierung hat die deutsch-polnische Expertengruppe „Arbeitsmarkt“ vereinbart, grenzüberschreitende Projekte der Berufsfrühorientierung zu initiieren. Nach Bestätigung des Vorhabens und der bisherigen Aktivitäten in der nächsten Sitzung der Gemeinsamen Kommission „Raumordnung und Arbeitsmarkt“ im März 2006 erfolgt die weitere Umsetzung dieses Vorhabens.

Die zweite Förderphase der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL bietet allen Mitgliedstaaten und damit auch Polen die Möglichkeit, innovative Modelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt unter Einbeziehung einer transnationalen

Zusammenarbeit zu entwickeln und umzusetzen. Um auch hier den grenzüberschreitenden Austausch zu fördern, hat das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung u. a. im Januar 2005 einen Workshop durchgeführt, an dem die vier in Mecklenburg-Vorpommern aus der EU-Gemeinschaftsinitiative geförderten Entwicklungspartnerschaften und ausgewählte polnische EQUAL-Projektträger teilnahmen. Im Ergebnis dieses Treffens haben drei der vier EQUAL-Entwicklungspartnerschaften des Landes Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit Einrichtungen auf der polnischen Seite abgeschlossen.

Das deutsch-polnische Projekt „Jugendbauhütte Stralsund/Szczecin“ hat sich nunmehr in der dritten Förderrunde als Ort des gemeinsamen Lernens und Arbeitens im Bereich der Denkmalpflege und des interkulturellen Austauschs ebenfalls etabliert.

7. Finanzverwaltung

Die Steuerverwaltung Mecklenburg-Vorpommern hat die Zusammenarbeit mit der polnischen Steuerverwaltung in der Wojewodschaft Westpommern im Jahr 2005 weiter fortgesetzt. So fand vom 9. bis 11. März 2005 in Stettin eine Fachtagung zur „Beitreibung/Vollstreckung“ statt. Der Schwerpunkt der Tagung lag darin, den polnischen Teilnehmern den Einsatz der EG-Beitreibungsrichtlinie in der Praxis näher zu bringen. Vom 6. bis 8. Juni 2005 wurde in Güstrow eine Veranstaltung „Organisation und Management in der Steuerverwaltung“ durchgeführt. Im zweiten Halbjahr 2005 wurde vom 21. bis 23. September 2005 in Stettin ein Fachseminar „Außenprüfung; Strukturveränderung und Prüfbarkeit von digitalen Unterlagen“ veranstaltet. In der Zeit vom 16. bis 18. November 2005 fand in Güstrow eine Fachtagung „Mehrwertsteuer; Umsetzung der 6. EG-Richtlinie“, an der auch die Vertreter der polnischen Zollverwaltung teilgenommen haben, statt. Darüber hinaus wurde auf Wunsch der polnischen Seite die Schulung „Finanzkontrolle bei EU-Strukturfonds; Erfahrungsaustausch“ fortgesetzt. Wie bereits im Jahr 2004 nahmen an der Veranstaltung Teilnehmer aus fünf Wojewodschaften und Vertreter des polnischen Ministeriums der Finanzen teil.

Für das Jahr 2006 haben Vertreter des Finanzministeriums und der Finanzkammer Stettin - IZBA SKARBOWA – vereinbart, die Zusammenarbeit der beiden Steuerverwaltungen mit den Schwerpunkten „Organisation und Management“ und „Mehrwertsteuer“ fortzusetzen. Zusätzlich wird versucht, in einer Veranstaltung der polnischen Steuerverwaltung unter Federführung des Ministeriums der Finanzen in Warschau die Überlegungen Deutschlands zum Systemwechsel bei der Umsatzsteuer (reserve-charge-Verfahren) vorzustellen. Außerdem ist erstmalig ein Workshop beider Verwaltungen zur „Bekämpfung des Steuerbetrugs und der Schwarzarbeit“ geplant.

Die Zusammenarbeit der grenznahen Finanzämter wird als Schwerpunkt die „Verbesserung der Außenkommunikation der grenznahen deutschen und polnischen Finanzämter unter besonderer Berücksichtigung von Existenzgründern“ haben. In den Erörterungen wird das Konzept des Finanzministeriums „Aspekte einer verbesserten Unternehmens- und Bürgerorientierung der Steuerverwaltung“ ein breites Feld einnehmen. Da das Interesse der Unternehmen, auf beiden Seiten der Grenze, an steuerlicher Unterstützung in nächster Zeit zunehmen wird, werden in den grenznahen Finanzämtern Anlaufstellen für die polnischen Unternehmen, die sich in Mecklenburg-Vorpommern ansiedeln wollen, organisiert werden. Das war auch einer der Gründe, die das Finanzministerium bewogen hat, zwei polnische Absolventen des deutsch-polnischen Gymnasiums in Löcknitz an der Fachhochschule in Güstrow auszubilden, um demnächst einen polnisch-sprachigen Service in zwei grenznahen Finanzämtern anzubieten. Allerdings darf der wachsende grenzüberschreitende Wirtschaftsverkehr nicht zum Steuerbetrug führen. Die beiden Steuerverwaltungen werden daher die rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel – des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Doppelbesteuerungsabkommens, aber auch der EG-Amtshilferichtlinie und der EG-Beitreibungsrichtlinie – zur Bekämpfung des Steuerbetrugs einsetzen. Das im Jahr 2005 begonnene Pilotprojekt der Finanzämter Wolgast und Swinemünde zur Vorbereitung des direkten Auskunftsaustausches in Steuersachen wird fortgesetzt, auch wenn die bilaterale

Vereinbarung zur Delegation des Auskunftsaustausches auf die grenznahen Finanzämter bisher nicht zum Abschluss gebracht werden konnte. Die Verhandlungen des Bundesministeriums der Finanzen mit dem polnischen Ministerium der Finanzen werden im Jahr 2006 mit dem Ziel fortgeführt, die Delegation des Informationsaustausches im grenznahen Bereich zu vereinbaren. Die bisherige Zusammenarbeit der Steuerverwaltung Mecklenburg-Vorpommern mit der polnischen Steuerverwaltung in der Wojewodschaft Westpommern hat dazu beigetragen, dass zum einen die Infrastruktur durch die persönlichen Kontakte und die Sprache für den Auskunftsaustausch in Steuersachen aufgebaut wurden, dass des Weiteren der Erfahrungsaustausch im Bereich der Umsatzsteuer zur Verbesserung der praktischen Arbeit in der Verwaltung u.a. durch Anpassung der polnischen Verwaltungsanweisungen führte, und dass im Bereich der Organisation die deutschen Organisationsmodelle z.T. übernommen wurden.

Im Verhältnis zur Steuerverwaltung der Wojewodschaft Pommern wurden im Jahr 2005 keine gemeinsamen Fachtagungen durchgeführt. Die Anfragen insbesondere im Bereich der Umsatzsteuer (6. EG-Richtlinie) wurden schriftlich beantwortet. Anlässlich der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Pommern vom 6. bis 8. März 2006 in Danzig wurden die bereits im Jahr 2004 geführten Gespräche wiederaufgenommen. Diese Gespräche dienten der Abstimmung über die Form von Veranstaltungen sowie der Festlegung der Themen für die möglichen Treffen auf der Fachebene.

8. Umwelt

Auf dem Gebiet der umweltpolitischen Zusammenarbeit fand am 3. und 4. Februar 2005 die erste Sitzung der Gemeinsamen Umweltkommission Wojewodschaft Westpommern/Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nach dem Beitritt der Republik Polen zur Europäischen Union in Barlinek/Polen statt. Neben der Berichterstattung der Arbeitsgruppen über die Zeitspanne seit der vorigen Sitzung im November 2003 wurden folgende Vorhaben bzw. Arbeitspläne beschlossen und inzwischen weitgehend durchgeführt:

Im Bereich Wasserwirtschaft erarbeitete das Team zum Projekt „Bewirtschaftung des Grundwassers im östlichen Teil der Insel Usedom“ 2005 ein Modell zur Bestimmung der Prognose für die Wasserentnahme und die Menge des Abwassers bis 2015 auf der deutschen und polnischen Seite. Im Frühjahr 2005 hatte in Swinemünde ein Treffen zwecks Festlegung der Modernisierung der Deichanlagen am Torfkanal stattgefunden. Des Weiteren wurde ein Treffen an den Wasseranlagen im Bezirk Stettin durchgeführt, um den Umfang an notwendigen Instandhaltungsarbeiten an den Grenzkanälen und -gräben festzustellen.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurde der Erfahrungsaustausch zur Umsetzung von Abfallwirtschaftsplänen auf verschiedenen Verwaltungsebenen fortgeführt. Hierzu gehörte auch die Entsorgung von gefährlichen Abfällen (Implementierung der IPPC-Richtlinie) sowie die Behandlung von Asbestabfällen. Weitere Beratungsthemen waren die Stilllegung von Abfalldeponien und Methoden der Prioritätensetzung, grenzüberschreitende Abfallverbringung sowie die Vorbereitung von gemeinsamen Kontrollen und die Entsorgung von Hafenaabfällen, hier die Umsetzung von Vorschriften und Richtlinien der Europäischen Union.

Die Arbeitsgruppe zum Immissionsschutz tauschte sich über Erfahrungen bei der Nutzung und Erzeugung erneuerbarer Energien aus und organisierte im Bereich der Luftreinhaltung den Austausch von Daten über Emissionen. Auch im Bezug auf den Lärmschutz soll der Erfahrungsaustausch fortgesetzt werden. Es wurde vereinbart, dass die Thematik der Erzeugung erneuerbarer Energien sowie des Emissionshandels Gegenstand einer gemeinsamen Beratung der Arbeitsgruppe „Abfallwirtschaft, Emissionsschutz“ mit der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz, Agenda 21“ sein wird. Ein Treffen hierzu hatte im Solarzentrum Mecklenburg-Vorpommern in Wietow bei Wismar stattgefunden.

Innerhalb der Arbeitsgruppe Naturschutz ist beabsichtigt, gemeinsame Antragstellungen an den Life-Fonds sowie INTERREG III anzustreben sowie die gemeinsame Berichterstattung an die Europäische Kommission fallweise zu organisieren. Daneben soll eine endgültige Regelung des Rechtsstatus eines grenzübergreifenden Naturreservates „Gottesheide – Swidwiesee“ angestrebt werden. Zu Fragen der Berichterstattung und des Monitorings im Zuge der Ausweisung von Natura 2000-Gebieten hatten Treffen zum Erfahrungsaustausch stattgefunden. Weiterhin sind einschlägige EU-Förderprogramme sowie die Geschichte des Naturschutzes in Pommern Gegenstand gemeinsamer Aktivitäten.

Es bestehen folgende Partnerschaften zwischen deutschen und polnischen Großschutzgebieten: Partnerschaft zwischen dem Müritz-Nationalpark und dem Wygri-Nationalpark sowie zwischen dem Naturpark Insel Usedom/Nationalpark Jasmund (Rügen) und dem Nationalpark Wolin.

Vereinbart wurde ferner eine Fortsetzung der von der Arbeitsgruppe „Wissenschaftliche Grundlagen und Zusammenarbeit“ realisierten Maßnahmen, hier insbesondere die Aktualisierung einer Liste von Institutionen und Personen, die sich mit Forschung auf dem Gebiet des Umweltschutzes beschäftigen sowie eine Zusammenstellung von Informationen über realisierte wie auch über beabsichtigte Forschungsprojekte im Bereich Umweltschutz in der Region der Gemeinsamen Umweltkommission.

Schließlich wenden sich beide Seiten der Gemeinsamen Umweltkommission verstärkt auch der ökonomischen Seite des Umwelt- und Naturschutzes in der Grenzregion zu. So sollen im Hinblick auf eine weitere fruchtbare Entwicklung der nachhaltigen, wirtschaftlichen und nachbarschaftlichen Beziehungen bisherige Verbindungen im Außenhandel zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern, insbesondere im Bereich der Umwelttechnik, einer Analyse unterzogen werden mit dem Ziel, die Handlungsbedarfe in Folge der stufenweisen Geltung von EU-Umweltstandards im Sinne eines beiderseitigen Nutzens zu entwickeln.

Die Arbeiten im Rahmen der regionalen Agenda 21 „Stettiner Haff – Region zweier Nationen“ (www.agenda21-oder.de) wurden planmäßig weitergeführt. Das durch Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierte Büro in Rothenklempenow steht derzeit mit über 200 in erster Linie zivilgesellschaftlichen Akteuren auf beiden Seiten der Grenze in Kontakt. Zu den Kommunikationsinstrumenten zählt der elektronische Newsletter (über 120 Abonnenten) ebenso wie die zweisprachige Zeitschrift Ziolna Arka/Grüne Arche, von der bislang drei Ausgaben erschienen sind. Bestehende lokale Agenda-Aktivitäten wurden in ihrer Arbeit unterstützt. So wurde beispielsweise gemeinsam mit der AG Stadtmarketing der lokalen Agenda Pasewalk das Projekt „Historischer Stadtrundgang“ realisiert. In diesem Zusammenhang wurden Stadtführer geschult und dreisprachige Beschilderungen und Beschreibungen der Sehenswürdigkeiten erarbeitet. Neue lokale Agenda-Initiativen konnten in Altwarp, Bugewitz, Zempin und Plöwen initiiert werden. Überregionale Seminarreihen wurden in Torgelow, Mölschow und Rothenklempenow durchgeführt (Themenbereiche waren u. a. Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung, Tourismus). Am 2. März 2006 wurde in Stolpe die Agenda 21-Konferenz zum Thema „Naturbezogener Tourismus als Chance für die grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Stettiner Haff“ unter Beteiligung des Umweltministers Prof. Dr. Methling und des stellvertretenden Marschalls der Wojewodschaft Westpommern, Krzysztof Modlinski, durchgeführt. Zu den Kooperationspartnern gehört u. a. der Tourismusverband Westpommern in Stettin.

Schwerpunkte des Jahres 2006 bestehen u. a. in der Durchführung des Projektes „Willkommen bei mir!“ im Rahmen des deutsch-polnischen Jahres und die Erarbeitung eines „Handbuches der Dorfvereine“. Zur Realisierung des Handbuches sind umfangreiche Konsultationen mit verschiedenen Dorfvereinen aus der Region vorgesehen. Erste

Veranstaltungen zeigten, dass ein großes Interesse seitens der Vereine existiert. Der Jugendaustausch im Rahmen des Freiwilligen ökologischen Jahres wird weitergeführt und erweitert werden.

9. Jugend, Gesundheit und Soziales

Die Arbeitsgruppe Jugend, Gesundheit und Soziales als eine der Arbeitsgruppen, die zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern auf der Grundlage der Gemeinsamen Vereinbarung zwischen beiden Regionen bestehen, führte im Berichtszeitraum mehrere Gespräche in Schwerin, Heringsdorf und Stettin. Die Gespräche wurden themenbezogen in speziellen Arbeitskreisen geführt. Sie betrafen im Berichtszeitraum die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Medizinischen Notfallrettungsdienstes sowie die Intensivierung und Strukturierung der Kontakte der Verwaltungen und Akteure der Jugend- und Jugendsozialarbeit.

- *Gesundheit:*

Im Bereich der Entwicklung eines grenzüberschreitenden Medizinischen Notfallrettungsdienstes haben das Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern, die grenznahen Landkreise sowie die für den Rettungsdienst Verantwortlichen der Hansestadt Greifswald Arbeitstreffen mit den für den Rettungsdienst verantwortlichen Mitarbeitern des Marschallamtes Westpommern und des Wojewodschafts-Rettungsdienstes Westpommern initiiert. Als Ziele der mittlerweile etablierten, regelmäßigen Beratungen wurden eine gegenseitige Unterstützung bei Großschadensereignissen und Katastrophen sowie der unterstützende Einsatz von Rettungsmitteln auf dem Gebiet des anderen Staates, sofern die jeweils eigenen Kräfte und Mittel im Einzelfall nicht verfügbar sind, definiert. Um diese Ziele zu verwirklichen und darüber hinaus direkte Transporte von Patienten mit Fahrzeugen des Rettungsdienstes in das jeweils andere Staatsgebiet zu ermöglichen, werden die regionalen Grenzschutzbehörden in die Verhandlungen einbezogen.

Die an den bilateralen Verhandlungen zwischen der Wojewodschaft Westpommern und der Landesregierung bzw. der Kommunalebene Mecklenburg-Vorpommern Beteiligten unterstützen darüber hinaus den Abschluss eines Rahmenabkommens für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Die zuständigen Ministerien der an die Republik Polen grenzenden Länder unter Leitung des brandenburgischen Sozialministeriums erarbeiten in gemeinsamen Beratungen seit dem 4. Quartal 2005 einen entsprechenden Vorschlag, der dem Auswärtigen Amt mit der Bitte um Abschluss eines zwischenstaatlichen Abkommens unterbreitet werden soll. Die Länder greifen damit auf Initiative Mecklenburg-Vorpommerns einen entsprechenden Vorschlag der Deutsch-Polnischen Regierungskommission auf. Aber auch ohne auf den Abschluss eines solchen Rahmenabkommens zu warten, sind Vorbereitungen für einen grenzüberschreitenden Rettungsdienst auf regionaler Ebene möglich und nötig, um z.B. Benachrichtigungs- und Hilfeinsatzroutinen zu erarbeiten und zu diesem Zweck die personellen und technischen Gegebenheiten beiderseits der Grenze kennen zu lernen. Die regionalen Aktivitäten werden fortgesetzt.

Mit 1,9 Mio EUR wird das INTERREG III A - Projekt „Telemedizinisches Netzwerk zur Unterstützung der Tumorversorgung in der Euroregion Pomerania“ gefördert. Die Zielstellung lautet, durch Schaffung innovativer, effizienter Versorgungsstrukturen die medizinische Behandlung insbesondere krebserkrankter Patienten in der Region entscheidend zu verbessern und flächendeckend – auch wohnortnah - qualitativ hochwertig aufrecht zu erhalten. Träger des Vorhabens ist das Tumorzentrum Vorpommern e. V. am Klinikum der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Die technische Realisierung des Projektes wird vom Institut für Angewandte Informatik e.V. an der Fachhochschule Stralsund wahrgenommen, wobei die Koordination zu den medizinischen Details durch eine gemeinsame Steuerungsgruppe erfolgt. In den Jahren 2002 bis 2004 wurde für 913.600 EUR Fördermittel der EU und des

Landes auf den Arbeitsfeldern Telepathologie, Teleradiologie und Telekonferenz mittels Vernetzung von 5 Kliniken in Vorpommern (Greifswald, Stralsund, Bergen, Pasewalk, Ueckermünde) eine innovative Kommunikationsinfrastruktur geschaffen. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erfolgt mit dem Pathologischen Institut der Universität in Posen, welches im Rahmen des Projektes ebenfalls mit einem Pathologenarbeitsplatz ausgestattet wurde. Nach dem Leitgedanken „Lasst Daten wandern und nicht Patienten“ können u.a. Gewebeschnitte sowie Röntgenbilder digital zwischen den Standorten ausgetauscht und die Befunde von Spezialisten wesentlich schneller erstellt werden. Der klinische Einsatz der in der ersten Förderphase installierten Technik ist erfolgreich und wird stufenweise ausgebaut. Seit dem 1. Juli 2004 läuft die zweite Förderphase, die 2006 abgeschlossen wird. Das Nachfolgeprojekt wird mit einem vorgesehenen Volumen von 994.800 EUR gefördert. Neben der Einbindung von weiteren Kliniken in Karlsburg, Grimmen, Anklam, Wolgast und Demmin wird eine grenzüberschreitende Verbindung zu dem polnischen Krankenhaus in Koszalin entstehen. Das bestehende Netzwerk wird ausgebaut und um die Komponenten Tele-EKG und Telekonferenz-Managementsystem erweitert. Im Jahr 2006 beginnt die Ausreichung der Fördermittel bei unseren polnischen Nachbarn, die bestrebt sind, von Stettin aus eine ähnliche, kompatible telemedizinische Struktur zu schaffen.

Das Projekt „BORDERNET“ zielt auf die Entwicklung von gemeinsamen Standards im Bereich HIV/AIDS und STD (sexually transmitted diseases) bei Prävention, Diagnostik und Therapie in grenznahen Regionen entlang der ehemaligen und der neuen östlichen EU-Außergrenzen. Dabei werden Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zunächst an den ehemaligen östlichen EU-Außergrenzen entwickelt und auf die neuen östlichen Außergrenzen der EU übertragen. Das Projekt wird aus EU-Mitteln des Aktionsprogramms im Bereich öffentliche Gesundheit (2003 – 2008) gefördert. Im Projekt sind 13 Partner aus sechs Ländern (Österreich, Deutschland, Italien, Polen, Slowakei und Slowenien) beteiligt, die wiederum in vier Modellregionen zusammengefasst sind. Von den für das Gesamtprojekt vorgesehenen 1 Million Euro Fördervolumen der EU werden ca. 145.000 Euro an die beteiligten Träger in Mecklenburg-Vorpommern fließen. Die Modellregion 1 umfasst die Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern (Zachodniopomorskie). Das Mobile Aufklärungs-Team zu Sexualität und AIDS (MAT) und das Projekt „Streetwork“ zur AIDS-Prävention im grenzüberschreitenden Raum“ (Streetwork) wurden vom Sozialministerium beauftragt, im BORDERNET-Projekt mitzuarbeiten. Das MAT fungiert als Koordinator und hat über das Projekt „Streetwork“ Kontakte nach Stettin geknüpft. Darüber hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Universität Rostock, Med. Fakultät/Klinikum, Klinik und Poliklinik für Innere Medizin, Abt. Tropenmedizin und Infektionskrankheiten und der entsprechenden Fachabteilung an der Universität in Stettin. Die Universität Rostock hat u. a. die Aufgabe übernommen, Ärzte fortzubilden und Veröffentlichungen in Fachzeitschriften zu übernehmen. In das Projekt einbezogen sind der Landkreis Ostvorpommern, die Stadt Swinemünde und Projekträger in Stettin.

In Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit und einem Krankenhausträger in Vorpommern wurde 2005 ein Verein „Internationale Akademie für medizinische Berufe“ gegründet. Erfahrungen verschiedener Gesundheitseinrichtungen zeigen, dass die polnischen Ärztinnen und Ärzte, die an einer Tätigkeit in Deutschland interessiert sind, häufig unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache und des deutschen Gesundheitssystems und Klinikalltags haben. Durch die Errichtung einer Internationalen Berufsakademie sollen interessierte polnische Ärztinnen und Ärzte gezielt auf eine Berufstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet werden. Daneben soll die Akademie den Wissenstransfer zwischen deutschen und polnischen Gesundheitseinrichtungen (Workshops, Erfahrungsaustausch und Fortbildung) ermöglichen. Die Akademie dient den Anliegen des Masterplans zur künftigen Sicherung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern (Landtags-Drucksache 4/1774 vom 30.06.2005).

- Jugend:

In der jugendpolitischen Zusammenarbeit fand zu Beginn des Deutsch-Polnischen Jahres am 18. und 19. Mai 2005 eine gemeinsame Veranstaltung der Abteilungsleiter für Jugend- und Jugendsozialarbeit der Kreise und kreisfreien Städte aus Mecklenburg-Vorpommern mit polnischen Kollegen statt. Es wurde vereinbart, die bisherigen Kontakte zu intensivieren und im Rahmen der Arbeitsgruppe Jugend, Gesundheit und Soziales einen Arbeitskreis „Jugend- und Jugendsozialarbeit“ zu gründen. Der Arbeitskreis hat sich im Januar 2006 konstituiert. Vertreten sind das Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern, das Marschallamt Westpommern, das Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern (LAGuS) – Abteilung Jugend und Familie/Landesjugendamt, der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern, die Euroregion Pomerania e.V. mit Vertretern der deutschen und der polnischen Seite, sowie die Stadt Stettin. Aufgaben des Arbeitskreises sind die Abstimmung beiderseitigen Interesses und gemeinsamen Vorgehens in der Jugend- und Jugendsozialarbeit, der Aufbau von Netzwerken der Jugend- und Jugendsozialarbeit, gemeinsame Weiterbildung von Fachkräften der Jugend- und Jugendsozialarbeit sowie Unterstützung von Bemühungen des Jugendaustausches und der außerschulischen Aktivitäten.

Neben der Förderung aus Landesmitteln (siehe oben unter Abschnitt A. III. 9.) durch das Sozialministerium werden Sportkontakte auch aus EU-Mitteln (INTERREG IIIA) über die Euroregion Pomerania gefördert.

Internationale Projekte im Bereich Sport 2005, die durch die Europäische Union im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A unterstützt wurden (Small Project Fund der Euroregion POMERANIA)		
Antragsteller	Projektbezeichnung	Datum
SV Medizin Stralsund 1953 e.V., Stralsund	Deutsch-polnische Begegnung anlässlich des Jubiläums 30 Jahre Tischtennis im SV Medizin Stralsund; Pomerania-Cup im Tischtennis	1.4.-1.8.2005
FC Pommern Stralsund e.V., Stralsund	Partnerschaftliche Zusammenarbeit FC Pommern Stralsund und KS Stal Stettin; 15. Pommern-Städteturnier	5.-6.2.2005
SV Medizin Pasewalk Pasewalk	Volleyballturnier in Insko	4.-5.6.2005
Pasewalker Pferdesportverein e.V., Pasewalk	Einladung polnischer Reitvereine zum 46. Pfingstturnier in Pasewalk	14.-16.5.2005
HSG Universität Greifswald Abt. Kanu, Greifswald	Greifswalder Drachenbootfest	24.-26.6.2005
SV Einheit Löcknitz e.V. Sektion „Tanz“, Löcknitz	5. Löcknitzer Dance Cup	2.10.2005
Ueckermünder Judoclub e.V., Ueckermünde	VI. Deutsch-Polnisches Kampfsportfestival in Ueckermünde	28.-30.10.2005

Bei der Förderung von grenzüberschreitenden Projekten mit Partnern im Ostseeraum (siehe auch die Darstellungen oben unter A.III.9.) spielen deutsch-polnische Veranstaltungen eine herausragende Rolle. Zahlreiche Maßnahmen wurden aus Landesmitteln oder aus Mitteln des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes unterstützt. 2005 wurden durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk 170.235 EUR und durch das Land Mecklenburg-Vorpommern 9.010,89 EUR für die Unterstützung des Jugend- und Schüleraustausches zur Verfügung gestellt. An diesen Begegnungen nahmen 2.296 Jugendliche des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 2.686 polnische Jugendliche und 174 Jugendliche aus Drittländern teil. Ein Grund für das weiterhin steigende Interesse an deutsch-polnischen Begegnungen ist aus jetziger Sicht der Beitritt Polens in die EU. Das Deutsch-Polnische Jahr 2005 hat eine nochmalige Steigerung des Interesses bewirkt.

Unterstützung des deutsch-polnischen Jugend- und Schüleraustausches aus dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) und aus Landesmitteln, Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern bzw. mit Beteiligten aus Mecklenburg-Vorpommern				
Finanzielle Unterstützung des Jugendbereiches				
Maßnahmen/Jahr	beantragte Maßnahmen	bewilligte Maßnahmen	Zuwendung DPJW In €	
1997	77	50	107.581,44	
1998	66	42	104.814,84	
1999	71	47	106.257,19	
2000	71	58	109.927,75	
2001	73	51	106.446,88	
2002	66	38	87.000,00	
2003	66	40	95.121,41	
2004	71	46	103.756,00	
2005	104	68	147.044,00	
Finanzielle Unterstützung des Schulbereiches				
Maßnahmen/Jahr	beantragte Maßnahmen	bewilligte Maßnahmen	Zuwendung In €	HH-Stelle
1997	22	10	9.461,46	DPJW-Mittel
1998	17	16	16.244,16	DPJW-Mittel
1999	17	17	14.346,12	DPJW-Mittel
1999	15	16	11.131,20	Landesmittel
2000	17	18	17.944,81	DPJW-Mittel
2000	17	14	12.875,48	Landesmittel
2001	30	19	15.837,27	DPJW-Mittel
2001	26	16	7.291,73	Landesmittel
2002	29	13	20.069,00	DPJW-Mittel
2002	24	21	10.066,91	Landesmittel
2003	32	22	20.695,11	DPJW-Mittel
2003	19	13	8.192,12	Landesmittel
2004	35	22	20.873,00	DPJW-Mittel
2004	24	18	9.030,12	Landesmittel
2005	38	25	23.191,00	DPJW-Mittel
2005	17	13	9.010,89	Landesmittel

Das Sozialministerium unterstützt Ansätze zur Entwicklung von Projekten zweisprachiger Bildung, beginnend bereits im Vorschulalter. Seit Oktober 2005 wird das Modellprojekt des Elternforums Usedom – Wollin „Förderung der zweisprachigen Kinder- und Jugenderziehung und Ausbildung in der Grenzregion Wollin/Usedom“ im Rahmen der Förderung von Projekten und Maßnahmen gemäß Landesverordnung über die Finanzmittel nach § 18 Abs. 3 KiföG MV aus Landesmitteln gefördert. Die Durchführung des Projektes erfolgt in der Kindertagesstätte „Uns lüßt Puppenstuw“, Seebad Ahlbeck, in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Ostvorpommern e.V. Im Vorschulalter soll das zweisprachige Aufwachsen in der Kindertagesstätte „Uns lüßt Puppenstuw“ durch eine polnische Erzieherin ermöglicht werden. Hervorzuheben ist die Ganzheitlichkeit des Konzepts. Beginnend im Vorschulalter über die Schule bis hin zur Ausbildung/Studium ist eine durchgängig bilinguale Bildung vorgesehen. Weiterführend wird das bereits erfolgreich praktizierte bilinguale Unterrichtsmodell des Heringsdorfer Gymnasiums von der Realschule übernommen. Damit wird die Basis für eine umfassende deutsch-polnische Bildungsarbeit in dieser europäischen Grenzregion gelegt.

10. Forst- und Agrarbereich

Unter dem Motto „Grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen im Agrarbereich“ fand am 16. Oktober 2005 auf dem 2. Deutsch-Polnischen Bauerntag in Löcknitz ein Unternehmerforum statt. Auf dieser von der Euroregion Pomerania e.V. und dem Landesbauernverband getragenen Vortragsveranstaltung wurden die Chancen der Marktöffnung, aber auch die Risiken und Probleme in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit mit Vertretern des Berufstandes intensiv diskutiert. Im Interesse der überregionalen Zusammenarbeit waren auch 30 Mitglieder des Bauernverbandes der schwedischen Nachbarregion Skåne der Einladung gefolgt. Alle Beteiligten bewerteten die Veranstaltung als einen wichtigen Beitrag, mehr über die Verhältnisse der Agrarwirtschaft und die Möglichkeiten grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen zu erfahren.

Unter Federführung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei arbeiten insbesondere die grenznahen Forstämter Neu Pudagla, Torgelow, Pasewalk und Rothemühl intensiv mit der polnischen Forstverwaltung zusammen. Eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern und der Forstdirektion Stettin wird vorbereitet, sie soll im „Jahr des Waldes“ (300 Jahre Forstverwaltung Mecklenburg-Vorpommern) unterzeichnet werden.

Die Zusammenarbeit mit der Wojewodschaft Westpommern und dem Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich durch die zielgerichtete Projektarbeit weiter vertieft. Dabei ist es gelungen, die Kooperationen der einzelnen Einrichtungen wie beispielsweise der Landwirtschaftsberatung und der agrarwissenschaftlichen Forschung voranzubringen. Auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Agrarforschung, insbesondere auf den Gebieten der Pflanzen- und Tierproduktion mit der Universität Stettin wurde intensiviert. Praktikantenaufenthalte für Studenten und Doktoranden haben dazu geführt, dass Forschungsthemen auf dem Gebiet der Jungrinderaufzucht gemeinsam bearbeitet und zum erfolgreichen Abschluss gebracht werden konnten. Auf dem Gebiet der Pflanzenproduktion steht das Thema der erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffe im Focus der gemeinsamen Kooperation. Die Partnerschaften sollen sich in den kommenden Jahren verstärkt weiterentwickeln.

Der Landfrauenverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. hat seit einigen Jahren lose Kontakte zur deutschstämmigen masurischen Landfrauen-Region Ermland-Masuren, die etwa alle zwei Jahre mit Unterstützung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft erneuert werden. Der Kreislandfrauenverein Uecker-Randow e.V. pflegt seit etwa zwei Jahren regelmäßige Kontakte zu Landfrauen aus der Region Stargard-Szczecinski, Raum Marianowo. Landfrauen aus beiden Regionen wurden zum 1. Landeslandfrauentag am 29. April 2006 nach Trinwillershagen eingeladen und haben mit jeweils fünf Frauen ihr Kommen zugesagt. Zu den geplanten bzw. gestarteten Aktionen gehört neben dem Ausbau der Beziehungen der Landfrauen ein am 15. Januar 2006 gestartetes Projekt. Inhaltlich werden hier jeweils zehn Jugendliche aus der Region Uecker-Randow und Stargard-Szczecinski gemeinsam einen Sprachkurs belegen, eine Exkursion in beide Regionen starten und jeweils im Nachbarland in den verschiedensten landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten. Es handelt sich hierbei um ein Projekt im Rahmen des Aktionsprogramms "Europa Lernen" und wird bis 31. Dezember 2006 aus Mitteln der EU und des Landes gefördert.

11. Kultur

Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege, ist Partner bei der Ausrichtung der Denkmaltagung ANTIKON, die in Zusammenarbeit der Wojewodschaft Westpommern, der Gesellschaft zur Entwicklungsförderung der Region Westpommern Szeccin-Expo und dem Land Mecklenburg-Vorpommern stattfindet. Ziel ist es, die Kenntnisse über die gemeinsamen baulichen und historischen Wurzeln der Regionen Vorpommern und Westpommern zu

bündeln und zu popularisieren. Die Konferenz soll das Bewusstsein für den Wert und für die Notwendigkeit der Erhaltung der Fachwerk- und Holzarchitektur dieser Region wecken. Sie soll Wege und Strategien der Denkmalerhaltung zeigen und anhand der positiven Beispiele für die politische Umsetzung werben. Zielgruppe sind Konservatoren, Restauratoren, Mitarbeiter kommunaler Bauämter, Architekten, Kunsthistoriker, Denkmaleigentümer, Denkmalverwalter, Vertreter aus der Baubranche, Investoren und weitere interessierte Bürger aus Deutschland, Polen und Schweden. Informationen zu ANTIKON sind unter www.szczecin-expo.org/antikon abrufbar. Die Tagung hat 2005 in Wismar stattgefunden und soll im September 2006 in Rothenklempenow stattfinden.

Im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Forschungsprojektes zu einem frühslawischen Seehandelsplatz bei Groß Strömkendorf, Kreis Nordwestmecklenburg fertigt der polnische Wissenschaftler Wojciech Adam Mazurek seine Dissertation an der Universität Posen über die frühmittelalterliche Knochen- und Geweihverarbeitung vom Handelsplatz Groß Strömkendorf.

Das Landesamt für Bodendenkmalpflege, seit 1. Januar 2006 Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege, berät seit 2004 das Nationale Schifffahrtsmuseum in Danzig bei der Inventarisierung und der Einrichtung einer digitalen Denkmalkartei sowie bei der Frage des submarinen Denkmalschutzes in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ).

Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege, bereitet zusammen mit der Schlossleitung des Stettiner Schlosses, der Wojewodschaftsdenkmalpflege Stettin, dem Stettiner Archiv, dem Landesarchiv Greifswald und der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Parks im BBL-MV eine Ausstellung zum Themenkomplex Schlösser und Herrenhäuser in Pommern vor. Parallel dazu ist eine wissenschaftliche Tagung in Stettin in Vorbereitung, die zusammen mit der Universität Greifswald (Historisches Institut und Caspar David Friedrich Institut für Kunstgeschichte der Universität Greifswald) vorbereitet wird.

Erstmals übergab das Staatsarchiv Stettin im Rahmen der gemeinsamen Sicherungsverfilmung Stettiner Bestände aus der Zeit vor 1945 dem Landesarchiv 170 Filme (Bestand Reichskammergericht), die in Greifswald technisch überprüft wurden. Zur Zeit werden diese Filme dupliziert. In 2006 kehren die Originale nach Stettin zurück, Kopien werden auf der deutschen Seite gesichert und im Landesarchiv der Benutzung zur Verfügung stehen. Die Verfilmungsarbeiten werden auch 2006 fortgesetzt. Das gemeinsame deutsch-polnische Verfilmungsprojekt für Archivgut ist einmalig und stellt für die beiden Partner in Greifswald und Stettin eine Möglichkeit dar, auf diesem Weg die zerrissenen Bestände auf beiden Seiten der Grenze zumindest auf reprographischem Weg zusammenzuführen.

II. Dänemark

Die Einfuhren aus Dänemark wiesen im Jahr 2005 einen Wert von rund 314 Mio. EUR auf. Die Ausfuhren nach Dänemark beliefen sich im Jahr 2005 auf rund 122 Mio. EUR. Dänemark ist nicht nur im Ostseeraum, sondern weltweit der bedeutendste Außenhandelspartner Mecklenburg-Vorpommerns neben Russland.

Auf der Grundlage des deutsch-dänischen Grenzgebietsabkommens wurde 2001 eine „Rahmenkonzeption für die Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsbehörden der Hansestadt Rostock und des Landkreises Rügen sowie den Polizeikreisen auf Lolland, Falster und Bornholm“ geschlossen. Seit Mai 2002 werden gemeinsame monatliche Lagebilder erstellt. Vorrangiges Ziel ist die zukünftige Intensivierung der Zusammenarbeit auf operativer Arbeitsebene. Das Abkommen wird gegenwärtig zunächst von deutscher Seite evaluiert, um im laufenden Jahr gemeinsam mit dem Bund und Schleswig-Holstein in

entsprechende Vorverhandlungen mit der dänischen Seite treten zu können. Zur Koordinierung der Zusammenarbeit wurden durch die Polizeidirektionen Stralsund und Rostock, die Wasserschutzpolizeidirektion Mecklenburg-Vorpommern und das LKA Mecklenburg-Vorpommern sowie das Bundespolizeiamt Rostock eine Steuerungsgruppe gebildet. Zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses für die jeweiligen nationalen bzw. behördeninternen Erfordernisse und Besonderheiten fand auch im Jahr 2005, unter organisatorischer Federführung der Polizeidirektion Stralsund, eine dreitägige Fortbildungsveranstaltung unter Beteiligung der o.g. Behörden an der „Europäischen Akademie Waren“ statt. Die o.g. Steuerungsgruppe sieht derzeit ihre Schwerpunkte in der Vorbereitung und Bewältigung der Einsatzanlässe Fußball-WM und G-8-Gipfel 2007, da mit einer noch nicht konkret eingrenzbarer Anzahl von ausländischen Veranstaltungsteilnehmern gerechnet werden muss. Angestrebt wird daher die Prüfung der Einrichtung einer Verbindungsstelle (ähnlich Pilotprojekt „Grenzpolizeiliche Verbindungsstelle“) mit Ausrichtung in den skandinavischen Raum.

Im Ergebnis von Arbeitstreffen mit Führungskräften der dänischen Polizei wurde eine intensive Abstimmung über den Informationsaustausch in Katastrophen- oder Unglücksfällen (z.B. bei einem Fährunglück auf der Ostsee) und über die Meldewege/Ansprechpartner abgestimmt. Ziel soll es sein, bei einer entsprechenden Einsatzlage schnell und umfassend die erforderlichen – insbesondere auch die personenbezogenen – Erkenntnisse auszutauschen.

Aufgrund einer bestehenden Städtepartnerschaft zwischen dem dänischen Odense und der Landeshauptstadt Schwerin wurde im November 2004 eine Polizeipartnerschaft aufgenommen, die partner- und freundschaftliche Kooperationsmöglichkeiten über Erfahrungsaustausche bei der Kriminalitätsbekämpfung sowie gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen vorsieht.

Die Gebietsreform in Dänemark wird am 1. Januar 2007 in Kraft treten. An die Stelle der bisherigen Ämter, die in etwa den Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern vergleichbar sind, treten dann deutlich größere Einheiten. Die Nachbarregion Storstrøms Amt wird mit den Ämtern Westseeland und Roskilde zur Großregion Seeland/Sjaelland zusammengelegt, die dann über 800.000 Einwohner umfasst und bis Køge bzw. Roskilde in den Kopenhagener Raum reicht. Aufgrund der neuen Möglichkeit zur seegrenzenübergreifenden Zusammenarbeit (vgl. Abschnitt B.I.1) hat die Region wiederholt ihr Interesse an einer intensiveren grenzübergreifenden Zusammenarbeit geäußert. Bisher besteht eine gute und institutionell gefestigte Partnerschaft zwischen der Amtsverwaltung von Storstrøms Amt und dem Planungsverband Mittleres Mecklenburg/Rostock. Ein Schwerpunkt der Kooperation ist der Erfahrungsaustausch über das Konzept von Naturparks.

Die Hochschule Wismar beteiligt sich an dem unter Leitung der Aalborg University durchgeführten SOCRATES-ERASMUS-CD-Projekt: „European Master in Problem Based Learning in Engineering and Science (MPBL)“. Eine weitere Partnereinrichtung ist die russische Lucian Blaga University of Sibiu. Die Erstimmatrikulation in dieses Studienprogramm findet zum Sommersemester 2006 statt.

Zwischen dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege, und den dänischen Partnern Museum Langeland, Nationalmuseum Kopenhagen und marinearchäologisches Forschungsinstitut Roskilde ist ein fester Kooperationsverbund bei Forschungsprojekten zur Unterwasserarchäologie entstanden.

Das Archäologische Landesmuseum Mecklenburg-Vorpommern war mit dem bronzezeitlichen Horn von Wismar und dem Tanzring von Roga Leihgeber zu der Sonderausstellung mit der Mondscheibe von Nebra im Nationalmuseum Kopenhagen (Juli – November 2005), die anschließend nach Wien und Mannheim ging.

Der Ministerpräsidenten wird am 31. Mai 2006 Dänemark besuchen und dort Gespräche mit Schwerpunkt Verkehr führen.

III. Schweden

1. Partnerschaft

Auf Einladung des Ministerpräsidenten weilte im Rahmen der Partnerschaft des Landes mit der Region Südschweden (SydSam) eine südschwedische Delegation am 30./31. März 2005 in Schwerin. Die Delegation wurde geleitet vom Vorsitzenden des Regionenverbundes SydSam. Er wurde begleitet von Vertretern der Einzelregionen Skåne und Halland sowie zwei Wissenschaftlern. Am 30. März 2005 fanden Gespräche der schwedischen Delegation mit dem Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei statt; am 31. März 2005 wurde im Innenministerium eine Seminarveranstaltung zum Thema: „Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern und Südschweden“ durchgeführt. Zu den Redebeiträgen wurde eine gemeinsame Dokumentation in deutscher und schwedischer Sprache erstellt. Ein weiterführendes Seminar ist in 2006 geplant.

Vom 31. Mai bis 2. Juni 2006 ist ein Besuch des Ministerpräsidenten in Schweden geplant. Zudem wird sich SydSam auf Einladung des Ministerpräsidenten und vor Ort repräsentiert durch die südschwedische Region Skåne im Rahmen des Mecklenburg-Vorpommern-Tages am 17./18. Juni 2006 in Ludwigslust zusammen mit den anderen Partnerregionen des Landes im Ostseeraum präsentieren.

2. Wirtschaft und Tourismus

Im Jahr 2004 wurden Waren im Wert von rund 102 Mio. EUR aus Schweden nach Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Gleichzeitig beliefen sich die Ausfuhren von Mecklenburg-Vorpommern nach Schweden auf einen Wert von rund 132 Mio. EUR. Schweden zählt damit – nach Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, Russland, Belgien und Polen – zu den wichtigsten Handelspartnern Mecklenburg-Vorpommerns.

Ungeachtet des Rückgangs der Ankünfte und Übernachtungen schwedischer Gäste im zweiten Jahr hintereinander bilden diese immer noch die mit Abstand größte ausländische Gästegruppe in Mecklenburg-Vorpommern.

Ankünfte, Übernachtungen und Aufenthaltsdauer der Gäste aus Schweden in Mecklenburg-Vorpommern (gesamt incl. Camping)					
Jahr	Ankünfte		Übernachtungen		durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in %	Tage
1992	30.665		48.311		1,6
1993	19.925	-35,0	36.241	-25,0	1,8
1994	20.360	+2,2	37.578	+3,7	1,8
1995	18.488	-9,2	37.024	-1,5	2,0
1996	22.052	+19,3	40.021	+8,1	1,8
1997	26.461	+20,0	43.720	+9,2	1,7
1998	33.883	+28,0	57.603	+31,8	1,7
1999	36.228	+6,9	64.587	+12,1	1,8
2000	51.849	+43,1	89.162	+38,0	1,7
2001	60.517	+16,7	101.573	+13,9	1,7

2002	72.338	+19,5	116.391	+14,6	1,6
2003	88.920	+22,9	150.944	+29,7	1,7
2004	83.798	-5,8	144.695	-4,1	1,7
2005	77.227	-7,8	140.844	-2,7	1,8

Die Förderung von Messeteilnahmen hiesiger Unternehmen durch das Wirtschaftsministerium hat sich in den vergangenen drei Jahren in Schweden als wirksam für die Markterschließung ausgewirkt. Auf der vom 8. bis 11. März 2005 stattgefundenen Messe ScanBygg (Messe für das Bauhaupt- und Baunebengewerbe) in Göteborg nahmen im Rahmen eines Firmengemeinschaftsstandes insgesamt sechs Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern teil. Auf der vom 8. bis 11. November 2005 stattgefundenen Messe ELMIA Subcontractor (Messe für Zulieferer im Schiffbau) in Jönköping nahmen im Rahmen eines Firmengemeinschaftsstandes insgesamt drei Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern teil.

Vom 12. bis 14. April 2005 nahm der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium an einer Delegationsreise nach Schweden unter Leitung der Industrie- und Handelskammer Rostock teil. An der Reise nahmen 36 Unternehmer aus der hiesigen Bauwirtschaft teil, davon mit einem Anteil von ca. 2/3 sehr viele Handwerker. Auf einem Workshop zum schwedischen Baumarkt sowie in Gesprächen mit einem großen Bauträger, einer Wohnungsbaugesellschaft und dem schwedischen Bauindustrieverband (SBI) wurde von schwedischer Seite großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit ausländischen Baufirmen signalisiert. Der Besuch der Messe „Sydbygg“ diente der Orientierung der Delegation über das Angebot auf dem schwedischen Markt. In der Auswertung der Reise wurde ein deutliches Interesse einiger (insbesondere größerer) Unternehmen erkennbar, die Chancen des schwedischen Marktes künftig verstärkt zu nutzen.

Seitens der IHK Rostock wurde die Bitte an die schwedische Seite herangetragen, konkrete Angebote für eine Zusammenarbeit zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang wurde ein Pilotprojekt vorgeschlagen, bei dem einheimische Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern den schwedischen Kunden ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen können. Unter der Federführung eines schwedischen Bauunternehmens in Mecklenburg-Vorpommern wurde ein Projektentwurf für einen solchen Pilotauftrag erstellt. Im Rahmen dieses Projekts hat sich eine schwedische Wohnungsbaugesellschaft bereit erklärt, Ausschreibungsunterlagen für Bauprojekte zur Verfügung zu stellen. Diese werden anschließend ins Deutsche übersetzt und an die deutschen Interessenten weitergegeben. Auf dieser Grundlage sollen die Planungsunterlagen von deutschen Planern in Kooperation mit den jeweiligen schwedischen Fachingenieuren erarbeitet werden. Die daraufhin ausgearbeiteten Angebote der hiesigen Firmen werden dann über die IHKs bzw. Handwerkskammern an die schwedische Wohnungsbaugesellschaft weitergeleitet. Es wurde vereinbart, dass die deutschen Unternehmen während der Bauphase die erforderliche sprachliche und technische Unterstützung erhalten, um im Kontakt mit dem Auftraggeber, den Projektbeteiligten sowie den zuständigen schwedischen Behörden einen reibungsfreien Ablauf zu gewährleisten. Am 20. Juni 2005 tagte in Malmö die entsprechende Projektgruppe unter Teilnahme des Wirtschaftsministeriums.

Um die Unternehmen unseres Landes auf den schwedischen Markt vorzubereiten, werden ferner Weiterbildungsmaßnahmen zur Sprachausbildung, zu interkulturellem Management, Ausschreibungsverfahren und Arbeitsrecht sowie zu rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Themen für Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt.

Von einer Firma, die als Regionalbüro Nord der Deutsch-Schwedischen Handelskammer fungiert, wurde ein Internetportal für deutsche Bauunternehmer und Handwerker erarbeitet (www.schwedenbau.de). Darin findet sich ein umfangreiches Dienstleistungsangebot, u.a. eine selbständige Akquise von Aufträgen in der Internetdatenbank des größten

schwedischen Bauinformationsdienstes. Das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern hat dieses Projekt mitfinanziert.

Im Oktober 2005 fand in Halmstad (Region Halland) ein Treffen zum Thema „Kooperation im Bereich Gesundheitswirtschaft“ statt. Ein weiterführendes Gespräch ist in Mecklenburg-Vorpommern geplant. Südschwedische Vertreter nahmen ebenfalls an der vom Land Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung am 7./8. Dezember 2005 in Rostock-Warnemünde ausgerichteten Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft teil, an der insgesamt ca. 600 nationale und internationale Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik teilnahmen.

Vom 24. bis 26. Januar 2006 besuchte eine Delegation von mehr als 20 Handwerkern aus Mecklenburg-Vorpommern unter Leitung der Handwerkskammer Schwerin und unter Begleitung des Wirtschaftsministeriums die schwedische Hauptstadt Stockholm. Ein wichtiger Programmpunkt war der Besuch der größten Baumesse Schwedens, die „Nordbygg“. Das Land Mecklenburg-Vorpommern war auf der Messe Nordbygg mit einem Firmengemeinschaftsstand vertreten, an dem sich fünf Unternehmen beteiligten. Das Programm der Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern beinhaltete weiterhin Informationsveranstaltungen mit der Deutsch-Schwedischen Außenhandelskammer, dem Bauindustrieverband und schwedischen Bauunternehmern. Diese boten vielfältige Unterstützung für die Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern bzw. bekundeten ihr Interesse an einer Zusammenarbeit. Positive Effekte zeigte beispielsweise auch die seit September 2005 von den Handwerkskammern durchgeführte Sprachausbildung, als ein Unternehmer aufgrund seiner neu erworbenen Sprachkenntnisse sein Unternehmen in schwedischer Sprache präsentierte. Am letzten Tag des Besuches der Delegation in Schweden stand der Besuch einer Baustelle für einen Frachtterminal der schwedischen Post auf dem Programm. Der Auftragnehmer, ein Ingenieurbüro mit ca. 200 Mitarbeitern, hat ebenfalls Interesse an einer Zusammenarbeit mit mecklenburg-vorpommerschen Unternehmen signalisiert.

3. Weitere Kooperationsbereiche

Die polizeiliche Zusammenarbeit mit Schweden wurde ebenfalls in den letzten Jahren insbesondere mit der südschwedischen Region Skåne/Malmö kontinuierlich ausgebaut. Dies geschah auch vor dem Hintergrund der vorhandenen Fährverbindungen. Seit 2001 führen die Spezialeinheiten Mecklenburg-Vorpommerns und Südschwedens regelmäßig gemeinsame Übungen und Fortbildungen durch. Zuletzt waren am 7./8. September 2005 der Landespolizeipräsident sowie der Chef der Kriminalpolizei von Skåne zu Arbeitsgesprächen in Mecklenburg-Vorpommern, um weitere Zusammenarbeitsmaßnahmen zu besprechen. Polizeiliche Planungen laufen auch mit Bezug zu Schweden als Teilnehmer der anstehenden Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland. Bislang sind 42.000 Eintrittskarten an Schweden verkauft worden. Spielorte der schwedischen Nationalmannschaft in Deutschland sind in der Vorrunde Dortmund, Berlin und Köln. Es wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass ein Großteil schwedischer Fans Direktflüge bucht. Daneben wird der Haupttransit mit Pkw über Schleswig-Holstein bzw. in Mecklenburg-Vorpommern über Rostock-Warnemünde erfolgen. Bei der Bundespolizei in Rostock wurde eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) eingerichtet. Darüber hinaus sind die Wasserschutzpolizeidirektion Mecklenburg-Vorpommern und die Polizeidirektion Rostock in die Einsatzplanung einbezogen.

2006 sollen im Bereich Arbeit 300 junge arbeitslose Fachkräfte (insb. aus Handwerksberufen) im Alter bis zu 25 Jahren, unter Einsatz des Europäischen Sozialfonds und mit finanzieller Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit, fachlich und sprachlich über verschiedene Bildungsträger so für den schwedischen bzw. norwegischen Arbeitsmarkt qualifiziert werden, dass sie dort einen dauerhaften Arbeitsplatz erhalten können. Gerade im Baunebengewerbe und in der Mechanikerbranche besteht in Schweden ein großer Arbeitskräftebedarf, während diese Branchen in Mecklenburg-Vorpommern von hoher

Arbeitslosigkeit betroffen sind und den jungen Fachkräften langfristig keine Arbeitsplätze werden bieten können. Die Qualifizierungsmodule bestehen aus einer fachlichen Anpassung, die auf die speziellen Anforderungen in Skandinavien ausgerichtet ist, aus einer zweimonatigen Sprachausbildung sowie einer Vermittlung landesspezifischer Gegebenheiten und einer ca. zehntägigen (Sprach-)Exkursion ins entsprechende Zielland. Als Abschluss dieser Qualifizierung ist ein mehrwöchiges Betriebspraktikum im jeweiligen Zielland vorgesehen, an das sich das nachfolgende dauerhafte Arbeitsverhältnis in diesem Betrieb anschließen soll. Bis zum Beginn des Jahres 2006 konnten bereits 42 junge Menschen ein Arbeitsverhältnis in einem skandinavischen Land aufnehmen.

Im Rahmen des schwedischen Jahres des Designs fand am 4. Oktober 2005 an der Fachhochschule Stralsund ein Kolloquium zum Thema „Design und Motorsport“ statt, welches durch das schwedische Generalkonsulat, die Fachhochschule Stralsund, das Royal Institut of Technology KTH Stockholm und die Hansestadt Stralsund organisiert wurde. Teilnehmende Gäste waren u.a. der schwedische Generalkonsul, der Rektor der Fachhochschule Stralsund und der stellvertretende Bürgermeister der Hansestadt Stralsund.

Im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Forschungsprojektes zu einem frühslawischen Seehandelsplatz bei Groß Strömkendorf, Kreis Nordwestmecklenburg wertet ein schwedischer Archäologe vom Quartärgeologischen Institut der Universität Lund die Funde aus Mecklenburg-Vorpommern (Groß Strömkendorf) aus.

Zusammen mit dem schwedischen nationalen Schifffahrtmuseum in Stockholm arbeitet das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Fachbereich Archäologie und Denkmalpflege, in einem Projekt zur In-Wertsetzung von submarinem Kulturerbe.

Im Rahmen der Partnerschaft mit Südschweden wurde im Sozialministerium in der Zeit vom 7. April bis 15. Juli 2005 eine Ausstellung unter dem Motto „Lebens-Art“ gezeigt. Enthalten waren etwa 60 künstlerische Arbeiten von Seniorinnen und Senioren aus Südschweden und Mecklenburg-Vorpommern, die in gemeinsamen Workshops seit dem Jahr 2002 entstanden sind. Die Ausstellung wurde aus Landesmitteln gefördert.

Es besteht eine Partnerschaft zwischen dem Biosphärenreservat Schaalsee und dem Biosphärenreservat Kristianstadt/Vattenrikke in Südschweden.

IV. Finnland

1. Partnerschaft

Am 14./15. Dezember 2005 fand im Rahmen der regionalen Partnerschaft zwischen Südwestfinnland und Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses beider Regionen statt, an der das Wirtschaftsministerium maßgeblich beteiligt war. Wirtschaftsthemen waren die Kooperation im Rahmen von ScanBalt, Motorways of the Sea und die Zusammenarbeit in der Hafenwirtschaft. Weitere Themenschwerpunkte waren u.a. gemeinsame INTERREG III B-Projekte, die Zusammenarbeit im Bildungsbereich sowie die Städtepartnerschaft Rostock-Turku.

Auf Einladung des Ministerpräsidenten wird sich die Region Südwestfinnland im Rahmen des Mecklenburg-Vorpommern-Tages am 17./18. Juni 2006 in Ludwigslust zusammen mit den anderen Partnerregionen des Landes im Ostseeraum präsentieren.

2. Wirtschaft

Aus Finnland wurden in 2005 Waren im Wert von rund 191 Mio. EUR eingeführt. Die Ausfuhren von Mecklenburg-Vorpommern nach Finnland hatten im gleichen Zeitraum einen Wert von rund 57 Mio. EUR.

Am 7. November 2005 fand in Rostock die Herbsttagung der Deutsch-Finnischen Handelskammer statt, auf der der Wirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns ein Grußwort hielt. Er betonte die hohe Bedeutung der Auslandshandelskammern insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen für den Aufbau von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im Ausland.

Im Rahmen der Herbsttagung fand eine Präsentation der südwestfinnischen Häfen im Seehafen Rostock statt, an der auch der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium teilnahm.

3. Weitere Kooperationsbereiche

Eine bilaterale Zusammenarbeit entwickelt sich zwischen der Region Südwestfinnland und dem Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung im Hinblick auf die Planung von Eignungsgebieten für Windenergie.

Vom 4. bis 8. April 2005 fand im Fachbereich Maschinenbau der Fachhochschule Stralsund der Deutsch-Finnische Workshop zum Thema "Chancen für die Wirtschaft in den Regionen Kotka und Stralsund" statt. Teilnehmer waren Studierende von der Kymenlaakso University of Applied Sciences (Finnland) und der Fachhochschule Stralsund.

Es bestehen Partnerschaften zwischen dem Biosphärenreservat Südost-Rügen und dem Metsähallitus, Naturschutzservice in Südfinnland Korpoström (im Rahmen des INTERREG IIIB-Projektes „Küstenentwicklung als Herausforderung für Biosphärenreservate und Nationalparke in baltischen Staaten und Deutschland“) sowie zwischen dem Biosphärenreservat Schaalsee und der Region Lahti. Dort ist ein Biosphärenreservat in Gründung.

V. Norwegen

2005 wurden Waren im Wert von rund 56 Mio. EUR aus Norwegen nach Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Im gleichen Zeitraum wurden Waren im Wert von rund 46 Mio. EUR von Mecklenburg-Vorpommern nach Norwegen ausgeführt.

Norwegische Firmen stellen mit etwa 3.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von rund 500 Mio. EUR die größte Gruppe von ausländischen Investoren in Mecklenburg-Vorpommern.

Das Königreich Norwegen feierte im Jahr 2005 das 100-jährige Jubiläum der Erlangung seiner vollen Souveränität. Aus diesem Anlass veranstaltete die Bundesregierung (Auswärtiges Amt) in 2005 in Norwegen Deutsche Kulturtage. Im Rahmen der Deutschen Kulturtage in Norwegen 2005 fanden mehrere Projekte aus Mecklenburg-Vorpommern statt. Im Vordergrund der Landespräsentation Mecklenburg-Vorpommerns in Oslo standen:

- Ein Investitionsseminar der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Mecklenburg-Vorpommern am 3. Oktober, an dem ca. 40 norwegische Unternehmer bzw. Vertreter von Wirtschaftsorganisationen und Privatpersonen teilgenommen haben.
- Ein Empfang anlässlich des deutschen Nationalfeiertages auf Einladung des Ministerpräsidenten und des deutschen Botschafters am 3. Oktober, an dem ca. 500 hochrangige Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft Norwegens und des Diplomatischen Korps in Oslo teilgenommen haben. Den musikalischen Rahmen gestaltete die Hochschule für Musik und Theater Rostock (Trio Allegra).

Kulinarisch begleitet wurde die Veranstaltung von sechs Köchen der Arkona-Gruppe, die eigens dafür nach Oslo entsandt wurden. Die benötigten Lebensmittel und Getränke wurden aus Mecklenburg-Vorpommern angeliefert und teilweise gesponsert.

- Ein Workshop des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. „Herzlich willkommen im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern“ am 4. Oktober, an dem ca. 20 norwegische Gäste teilgenommen haben. Nach der Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten wurde ein kurzer Film über Mecklenburg-Vorpommern gezeigt und anschließend eine Präsentation Mecklenburg-Vorpommerns als Urlaubsland durch einen Vertreter der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. in Oslo vorgenommen.
- Ein Workshop Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern am 4. Oktober.

Weitere Projekte, die in diesem Zusammenhang stattgefunden haben, waren:

- „Treffpunkt - Møtested 2005“. – ein großes Projekt des Gymnasiums Carolinum Neustrelitz (unter Schirmherrschaft des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und des norwegischen Botschafters), welches Veranstaltungen und Begegnungen vom 6. Januar bis 27. November 2005 zwischen deutschen und norwegischen Schülern sowie Lehrern beinhaltete;
- ein Literatur-Workshop über den Schriftsteller Uwe Johnson;
- ein Workshop zum Thema „Filmkommunikation und Film“;
- ein Konzert der Tanzkompanie Neustrelitz.

Aktuelle Projekte/Veranstaltungen:

- 21./22. April 2006 – Jugendaustauschprojekt - deutsch-norwegische Konferenz am Gymnasium Carolinum Neustrelitz.

Ein wichtiger Träger der Zusammenarbeit mit Norwegen ist der Edvard-Munch-Haus e.V. in Rostock-Warnemünde, der die Beteiligung des Landes an den Deutschen Kulturtagen in Norwegen aktiv unterstützt hat.

VI. Russland

1. Partnerschaft

Auf Einladung des Gouverneurs des partnerschaftlich mit Mecklenburg-Vorpommern verbundenen Leningrader Gebiets reiste der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns vom 13. bis 15. Juni 2005 nach St. Petersburg. Hier haben der Ministerpräsident und seine Delegation an der feierlichen Eröffnung des 9. St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums teilgenommen, bei dem ebenfalls mehrere Staatspräsidenten, Parlamentspräsidenten und hochrangige Vertreter internationaler Organisationen zugegen waren. Im Anschluss daran fand in der Regionalverwaltung und unter der Leitung des Gouverneurs des Leningrader Gebiets ein Runder Tisch zum Thema „Regionale Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU-Erfahrung und Perspektiven“ statt. An dem Treffen nahmen hochrangige Delegationen von Regionen teil, die mit dem Leningrader Gebiet partnerschaftlich verbunden sind. In einem zusätzlichen bilateralen Arbeitsgespräch wurde u.a. die weitere partnerschaftliche Zusammenarbeit besprochen.

Der Ministerpräsident nahm auf Einladung der beteiligten Firmen am 9. Dezember 2005 an der Festveranstaltung anlässlich des 1. Spatenstiches (Schweißnaht) für die Ostsee-Gaspipeline in Babajewo (Oblast Vologda, Russland) teil. Die russische Delegation setzte sich u.a. zusammen aus dem russischen Ministerpräsidenten, dem Chef von Gazprom, dem Minister für Industrie und Energie sowie einigen Vertretern der regionalen Ebene, u.a. auch der Gouverneur des Leningrader Gebiets. Der Ministerpräsident hat mehrfach die Bedeutung des Projektes für den Energiestandort Greifswald-Lubmin hervorgehoben.

Auf Einladung des Ministerpräsidenten wird sich das Leningrader Gebiet im Rahmen des Mecklenburg-Vorpommern-Tages am 17./18. Juni 2006 in Ludwigslust zusammen mit den anderen Partnerregionen des Landes im Ostseeraum präsentieren.

2. Wirtschaft

Für Mecklenburg-Vorpommern spielt der Außenhandel mit Russland weiterhin eine herausragende Rolle. Die Einfuhren aus Russland nach Mecklenburg-Vorpommern beliefen sich im Jahr 2005 auf einen Wert von rund 342 Mio. EUR, die Ausfuhren auf einen Wert von 114 Mio. EUR war. Damit ist Russland für Mecklenburg-Vorpommern der bedeutendste Außenhandelspartner neben Dänemark.

Im Jahr 2005 erhielten Fach- und Führungskräfte aus Kaliningrad und St. Petersburg die Möglichkeit einer betriebswirtschaftlichen Fortbildung und eines Praktikums in mecklenburg-vorpommerschen Unternehmen. Die Maßnahmen beinhalteten in erster Linie die Einführung moderner Managementmethoden sowie die Vermittlung von Kenntnissen zur marktwirtschaftlich orientierten Betriebsführung. Die Koordinierung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen erfolgt im Auftrag des Wirtschaftsministeriums durch das Regionalzentrum Mecklenburg-Vorpommern der InWEnt gGmbH (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH). Neben dem Know-how-Transfer sollen die Fortbildungsmaßnahmen dazu dienen, Brücken zu bauen und die Wirtschaftsbeziehungen mit Mecklenburg-Vorpommern im beiderseitigen Interesse zu verstärken.

Auf der vom 22. bis 25. März 2005 stattgefundenen Messe Trans-Russia (Internationale Fachmesse für Transport & Logistik) in Moskau nahmen im Rahmen eines Firmengemeinschaftsstandes insgesamt drei Hafenerunternehmen sowie ein Logistikunternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern teil.

Am 13./14. Juli 2005 hielt sich der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu Wirtschaftsgesprächen in Russland auf. Bei einem Besuch des Lkw-Herstellers Kamaz in der russischen Republik Tatarstan warb der Wirtschaftsminister für Mecklenburg-Vorpommern als deutschen Montagestandort für Kamaz. Das Unternehmen plant, die Fahrzeuge vom Ural über den Fährhafen Sassnitz nach Westeuropa zu bringen und in Deutschland Motoren, Getriebe und Kupplungen zu montieren.

Vom 25. bis 27. September 2005 reiste der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit einer Delegation maritim ausgerichteter Unternehmen nach St. Petersburg. Dort besuchte er die Internationale Ausstellung für Schifffahrt, Schiffbau, Hafen und Offshore-Industrie (NEVA), auf der vier Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen eines Firmengemeinschaftsstandes vertreten waren. Neben dem Messebesuch führte er Gespräche mit dem Vizegouverneur des Leningrader Oblast sowie mit Vertretern der russischen Hafenwirtschaft.

Der Ausbau russischer Hafenkapazitäten im Ostseeraum ist für die russische Regierung sowie für das Leningrader und Kaliningrader Gebiet von herausragender politischer, strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Im Auftrag der russischen Regierung wird in Ust-Luga ein Universalhafen mit zehn Umschlagterminals und einer Jahresumschlagskapazität von rund 35 Mio. Tonnen gebaut, darunter ein Fährterminal. Aufgrund von Zuständigkeitsänderungen auf russischer Seite für das Fährterminalprojekt sowie von Planungsänderungen hinsichtlich der konstruktiven Auslegung der Fährbrücke für nunmehr zwei verschiedene Schiffstypen, ist es in 2005 zu zeitlichen Verzögerungen gekommen. Statt Ende 2005 wird deshalb voraussichtlich erst Ende 2006 der Fährverkehr aufgenommen werden. Dieser soll zunächst als innerrussischer Dienst Ust-Luga – Baltijsk starten. Im Fährhafen Sassnitz/Mukran sind die Voraussetzungen für eine sofortige Einbindung in diesen speziellen Fährdienst vorhanden (Abfertigungsfazilitäten für russische Breitspurwaggons und langjährige praktische Erfahrungen bei der Abfertigung von

Breitspurwaggons). Die Landesregierung unterstützt den Fährhafen Sassnitz/Mukran bei dem Bemühen, ihn in den Liniendienst Ust-Luga – Baltijsk einzubinden. Der Wirtschaftsminister führte diesbezüglich am 26. September 2005 Gespräche in St. Petersburg. Neben Sassnitz/Mukran hat auch der Seehafen Rostock starkes Interesse an Linienverkehren mit Ust-Luga. Der Seehafen Rostock verfügt über sehr leistungsfähige Abfertigungsanlagen für Fähr-/RoRo-, Massengut- und Massenstückgut-Verkehre.

3. Weitere Kooperationsbereiche

In einem Gemeinschaftsprojekt 2004/2005 der deutschen Partnerstädte von Kaliningrad (Kiel, Bremerhaven, Berlin-Lichtenberg) sowie der befreundeten Stadt Rostock erfolgte auf Wunsch der Kaliningrader Stadtverwaltung zum 750-jährigen Stadtjubiläum die Neugestaltung eines Parks mit Kinderspielplatz. Für diesen Wohngebietspark an der Straße „Leutnant Rotko“ und den Kinderspielplatz haben diese vier Städte sowie die Landsmannschaft Ostpreußen rund 38.000 EUR und Sachspenden, zum großen Teil über Sponsoring, gesammelt. Von einer 13.000 EUR-Spende eines Hamburger Bürgers wurde ein Teil der Spielgeräte gekauft; finanzielle Unterstützung kam auch aus Kaliningrad. Die Koordination dieser Aufgabe hatte die Hansestadt Rostock übernommen. Pünktlich zum „Tag der Stadt“ und den offiziellen Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum Kaliningrad wurde dann am 2. Juli 2005 der Park und der Spielplatz an die Stadt Kaliningrad und ihre Bürgerinnen und Bürger übergeben. Seit 1992 pflegt die Hansestadt Rostock offizielle Beziehungen zu Kaliningrad, die durch eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Jahre 1999 besiegelt wurden. Kaliningrad ist eine der sogenannten befreundeten Städte Rostocks neben den zwölf ausländischen Partnerstädten. Regelmäßig weilen Vertreter beider Städte in der befreundeten Stadt, z.B. am „Tag der Stadt“ in Kaliningrad oder etwa zur Hanse Sail oder zur Ostsee Messe in Rostock. Auch gab es in der Vergangenheit mehrere Hilfsaktionen Rostocks für die Kaliningrader. So führte die Hanse-Tour „Sonnenschein“ über Kaliningrad, verbunden mit der Übergabe medizinischer Geräte. 2004 wurden mehreren Kaliningrader Ärzten die Gelegenheit gegeben, an Rostocker Symposien, Praktika und Erfahrungsaustauschen teilzunehmen. Im Jahr 2005 wurden mehrmals Medikamente und Pflegemittel an das Kinderheim „Gavroche“ in Kaliningrad übergeben.

Anfang September 2005 wurde bei einem Besuch in Podolsk ein Kooperationsvertrag zwischen dem Institute of Economics Podolsk und der Fachhochschule Stralsund von den Rektoren unterzeichnet.

VII. Estland

Im Außenhandel mit Estland wurden im Jahr 2005 Waren im Wert von rund 14 Mio. EUR nach Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Dem standen im gleichen Zeitraum Ausfuhren nach Estland im Wert von etwa 7 Mio. EUR gegenüber.

Seit Oktober 2004 besteht eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Deutsch-Baltischen Handelskammer (AHK) in Estland, Lettland und Litauen in Tallinn. Im Rahmen dieser Vereinbarung werden die Geschäftsinteressen und -aktivitäten von Firmen aus Mecklenburg-Vorpommern in Estland, Lettland und Litauen im Rahmen des AHK-Dienstleistungsangebotes operativ unterstützt. Des Weiteren steht das Kooperationsbüro des Landes bei der AHK für die Vorbereitung und operative Umsetzung von Einzelprojekten in den baltischen Staaten zur Verfügung. Außerdem sollen Informationen über Mecklenburg-Vorpommern bereitgestellt und verbreitet werden. Entsprechend der Rahmenvereinbarung hat die AHK inzwischen bereits vielseitige Kontakte zwischen Stellen in Mecklenburg-Vorpommern und den Ländern Estland, Lettland und Litauen hergestellt. Bei der jährlich stattfindenden Bildungsmesse in Tallinn wurden Broschüren und Werbeunterlagen aus Mecklenburg-Vorpommern präsentiert. Die AHK vertrat drei Hochschulen aus Mecklenburg-Vorpommern bei der Akademischen Woche 2005 in Tartu. Soweit Projekte bzw. Veranstaltungen durch Stellen aus Mecklenburg-Vorpommern

in den drei baltischen Staaten initiiert wurden, unterstützte die AHK diese organisatorisch und logistisch (z.B. Organisation und Bereitstellung der Simultanübersetzung auf der Konferenz „Die Rolle der Landwirtschaft im Energiesektor“ im Oktober 2005 in Tallinn, Veranstalter u.a. das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern). Die AHK steht in engem Kontakt mit der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern und berichtet quartalsweise über Aktivitäten und Tätigkeiten. Auch die IHK's in Mecklenburg-Vorpommern werden regelmäßig über Veranstaltungen der AHK informiert.

Die Partnerschaft des Oberlandesgerichts Rostock mit dem Staatsgerichtshof in Tartu in Estland wird weiter gepflegt. Im Rahmen des Hospitationsprogramms für Zivil- und Handelsrichter hat eine Richterin des Landgerichts Schwerin die Betreuung einer Hospitantin aus Estland übernommen (7. - 16. November 2005). Ein vergleichbares, jährliches Hospitationsprogramm findet auch für jüngere Notare aus osteuropäischen Staaten statt. So wurde im Jahr 2005 ein Notar aus Estland im Zeitraum vom 16. - 25. Mai 2005 von einem Notar aus Wismar betreut.

In Fortsetzung der bereits in den vergangenen Jahren stark intensivierten Zusammenarbeit im Agrarbereich wurden auf der Grundlage des im November 2005 unterzeichneten Jahresprogramms weitere Projekte verwirklicht. So wurde die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Aus-, Fort- und Weiterbildung fortgeführt (z.B. durch Expertenaustausch und Fachseminare). Die beiden Landwirtschaftsschulen – die Fachschule für Agrarwirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern und die Landwirtschaftsschule in Olustvere – haben ihre Zusammenarbeit vertieft; es wurden Lehrpläne für die Berufsausbildung ausgetauscht. Für die kommenden Jahre sind ein Schüleraustausch, die Teilnahme an den Regionalausscheiden im Berufswettbewerb im Leistungspflügen sowie ein Praktikum für die Fachschüler auf dem Gebiet der Hauswirtschaft vorgesehen.

Ein wichtiges Kernstück der gartenbaulichen Zusammenarbeit zwischen Estland und Mecklenburg-Vorpommern ist das gemeinsame Kooperationsvorhaben zur Optimierung des Produktionsverfahrens für Sanddorn, welches zwischen dem Gartenbauverband Estlands und der LMS Landwirtschaftsberatung Mecklenburg-Vorpommern, dem Verband „Mecklenburger Obst und Gemüse Mecklenburg-Vorpommern“, der Erzeugerorganisation „Mecklenburger Ernte“ sowie der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern vereinbart wurde. Eine Fortführung des Projektes ist bis zum Jahr 2010 vorgesehen.

Der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. hat die begonnene Kooperation vertieft. Ein unter Beteiligung von Experten des Landesbauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern veranstaltetes Mediaseminar für Produzenten in Estland fand großen Anklang. Die Bauernverbände beider Länder haben auf der Grundlage der gemeinsamen Vereinbarung weitere gemeinsame Projekte durchgeführt. Der Besuch von Landwirten aus dem Landkreis Tartu im Landkreis Ludwigslust und die Durchführung eines gemeinsamen EU-Projektes haben dazu beigetragen, die Partnerschaft weiter zu intensivieren. Anlässlich der MELA 2005 stellten die Estnischen Verbände ihre Produkte und Ergebnisse vor; es fanden Gespräche zur weiteren Ausgestaltung der Kooperation auf ministerieller Ebene statt.

Im November 2005 gab es unter der Schirmherrschaft des Landesjugendringes einen Multiplikatoren-austausch mit Estland, an dem auch Vertreter der Landjugend aus Mecklenburg-Vorpommern teilnahmen. Bei diesem Treffen ging es hauptsächlich um das Vorstellen der Landjugend und deren Angebote im Jugendbereich. Da der Estlandaustausch für unsere Landjugend sehr erfolgreich war, ist geplant, für das Jahr 2007 mit den gewonnenen Kontakten einen Jugendaustausch bzw. eine Bildungsfahrt durchzuführen.

Es besteht eine Partnerschaft zwischen dem Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft und dem Nationalpark Lahema in Estland.

VIII. Lettland

Die Einfuhren aus Lettland beliefen sich im Jahr 2005 auf rund 4 Mio. EUR, die Ausfuhren nach Lettland hatten einen Wert von rund 7 Mio. EUR.

Vom 27. bis 30. Oktober 2005 war ein Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums im Rahmen einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit unterstützten Delegationsreise des Technologiezentrums Warnemünde in Lettland. Das Ziel bestand in der Erkundung von Geschäftsmöglichkeiten. Aus Mecklenburg-Vorpommern haben 19 Unternehmen und Organisationen an der Reise teilgenommen. Sie repräsentierten die Bereiche Lebensmittel, Bau, Software, Tourismus, Logistik, Maschinenbau und Beratung.

Am 8. November 2005 hielt der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern auf der Jahrestagung des Ostseeinstituts für Marketing, Verkehr und Tourismus an der Universität Rostock einen Vortrag zum Thema „Wirtschaftskooperation Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum nach der EU-Erweiterung“. In einem am Rande der Konferenz stattgefundenen Gespräch mit dem Staatssekretär im lettischen Wirtschaftsministerium wurden Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit im Bereich Häfen und Logistik erörtert.

Vom 28. November bis 3. Dezember 2005 fanden die von der Hansestadt Rostock und den Städten Riga und Liepaja ausgerichteten Lettlandtage in Rostock statt. Die Stadt Rostock pflegt seit 44 Jahren partnerschaftliche Beziehungen zu Riga. Die Staatskanzlei hat das Projekt finanziell gefördert. Im Rahmen der Lettlandtage wurden vor allem die lettische Kultur und die lettischen Traditionen vorgestellt. Der Ministerpräsident nahm am 28. November 2005 am feierlichen Empfang im Festsaal des Rostocker Rathauses teil. Am 30. November 2005 hielt der Wirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommern anlässlich des Deutsch-Lettischen Wirtschaftstages der IHK Rostock im Rahmen der Lettland-Tage eine Rede zum Thema „Wachstumsbranchen in Mecklenburg-Vorpommern: Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit im Ostseeraum“. Der Wirtschaftsminister nutzte die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit dem ebenfalls anwesenden lettischen Verkehrsminister. Gesprächsthemen waren u.a. die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen Häfen in Mecklenburg-Vorpommern und Lettland sowie Wettbewerbsbenachteiligungen des Seeweges im Baltikum/Russland-Verkehr.

IX. Litauen

Im Jahr 2005 wurden Waren im Wert von rund 27 Mio. EUR aus Litauen nach Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Im gleichen Zeitraum hat Mecklenburg-Vorpommern Waren im Umfang von rund 8 Mio. EUR nach Litauen ausgeführt.

Vom 24. – 27. Mai 2005 fand in Vilnius die internationale Industriefachmesse Balttechnika mit einem begleitenden Kongress für Maschinenbau, Elektronik, Mess- und Regeltechnik, Energieversorgung und Umweltschutz statt. Sie ist die größte technische Messe in den baltischen Ländern und zieht neben einheimischen auch eine Vielzahl von ausländischen Ausstellern an. Aus Mecklenburg-Vorpommern waren drei Unternehmen im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes auf dieser Messe vertreten.

Mit Litauen bestehen im polizeilichen Bereich ähnlich enge Arbeitsbeziehungen wie mit Polen. Die seit 1992 entstandenen Kontakte führten u.a. zu unkomplizierten Arbeitsbeziehungen der Ermittlungsdienststellen. Neben der Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Kriminalität wird die litauische Polizei insbesondere auch bei ihren Bemühungen im Bereich der polizeilichen Präventionsarbeit unterstützt. Die Polizeidirektion Stralsund strebt wegen der Fährverbindungen eine Partnerschaft mit der Polizei in Klaipeda an.

Mitte Oktober 2005 hat der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen eines Arbeitsbesuches in Vilnius Fragen der Zusammenarbeit mit dem litauischen Innenminister der dortigen Polizeiführung und dem litauischen Grenzschutz erörtert. Voraussichtlich im Sommer 2006 wird der Innenminister der Republik Litauen Mecklenburg-Vorpommern besuchen, um die Gespräche aus dem Vorjahr fortzuführen.

Zudem ist es seit Jahren Tradition, gemeinsam mit Schleswig-Holstein jährlich Seminare für Führungskräfte der litauischen Polizei zu veranstalten. Die litauische Delegation nahm im Oktober 2005 u.a. auch als Beobachter an der bislang größten Katastrophenschutzübung „Arche 05“ an der deutschen Ostseeküste teil, die gemeinsam durch eine Vielzahl beteiligter Organisationen und Behörden in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein vor dem Szenario einer Ostsee-Sturmflut durchgeführt wurde.

Der Landkreis Rügen ist in mehrere internationale Kooperationen eingebunden. Von den zahlreichen Städtepartnerschaften ist besonders die Partnerschaft des Landkreises mit der Stadt Klaipeda als strategisch bedeutsam hervorzuheben. Diese auch im Hinblick auf Landesinteressen wichtige Partnerschaft berührt u.a. die Entwicklung der Fährhafen Sassnitz GmbH.

Mit Litauen wurde im Jahre 2005 die Zusammenarbeit im Agrarbereich auf der Grundlage einer im September 2004 abgeschlossenen bilateralen Vereinbarung fortgesetzt. Die Arbeitskontakte haben sich besonders auf den Gebieten der Agrarforschung und -bildung, des ökologischen Landbaus sowie der neuen Anforderungen im Rahmen von Cross Compliance vertieft.

Am 30. und 31. Januar 2006 wurde in Vilnius durch Experten des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine Vortragsveranstaltung zu Cross Compliance durchgeführt. Es ist geplant, die Implementation des diesbezüglichen Kontrollsystems in Litauen von Seiten unseres Landes im Rahmen eines gemeinschaftsfinanzierten Projektes zu begleiten. Ein Arbeitsprogramm wird hierzu derzeit erarbeitet. Die ersten Besuche von litauischen Mitarbeitern der Agrarverwaltung, die dem Kennenlernen des Kontrollsystems in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort dienen sollen, wurden bereits für Mai 2006 vereinbart. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei nahm zudem an der internationalen Bildungskonferenz der Agrarwirtschaft in Vilnius teil. Ein Expertenaustausch ist für 2006 vorgesehen. Für die folgenden Jahre ist die Vertiefung der Kooperation auf dem Gebiet der Fischwirtschaft erwünscht.

Vom 12. bis 13. Oktober 2005 fand an der Fachhochschule Stralsund das International Baltic Forum zum Thema der EU-Erweiterung am Beispiel der Landwirtschaft in der Region Vorpommern und Pommern) mit Gästen aus Litauen und Polen, die auch als Redner auftraten, statt.

TEIL 2: MARITIME SICHERHEIT

A. Ausgangslage

Auf das generell hohe Verkehrsaufkommen in der Ostsee, verbunden mit der Spezifik regionaler Konzentrationen als ein maßgeblicher Risikofaktor, wurde in den zurückliegenden Berichten immer wieder hingewiesen. Diese Situation besteht nicht nur weiterhin fort, sondern es ist ein permanenter Anstieg der Schiffstransporte zu verzeichnen, insbesondere auch durch den bereits erwähnten weiteren Ausbau der russischen Ölhäfen. Einige Untersuchungen gehen darüber hinaus von einer unvollständigen Datenlage aus, die bisher lediglich 50 - 60% des Verkehrsaufkommens erfasst habe (Ostseeinstitut für Marketing, Verkehr und Tourismus an der Universität Rostock). Auch die fortschreitende Nutzung des Offshore-Bereiches zur Windenergieerzeugung trägt in der Gesamtbetrachtung zur Verschärfung der Risikosituation bei. Die Auswertung des Unfallgeschehens (s.u.) zeigt, dass nach wie vor ca. 80% der Ereignisse auf menschliches Fehlverhalten zurückzuführen sind.

Dass diese Relationen durchaus bekannt sind, zeigt auch das Beratungsergebnis der Internationalen Maritimen Arbeitskonferenz bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Zu dem in Genf am 23. Februar 2006 verabschiedeten Seearbeitsübereinkommen erklären das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (*Pressemitteilung des BMVBS Nr. 063/2006 v. 24. 2.2006*):

„Das durch die Konferenz der IAO in Genf verabschiedete Seearbeitsübereinkommen ist ein Meilenstein auf dem Weg zu besseren Beschäftigungsbedingungen, mehr Gesundheitsschutz und umfassenderen Sozialrechten für Seeleute in der internationalen Seeschifffahrt. International einheitliche Mindestanforderungen insbesondere in den Bereichen Arbeits- und Ruhezeiten, medizinische Betreuung sowie Ausbildung und Befähigungen sollen zudem die Sicherheit auf Schiffen und in Häfen deutlich erhöhen.

Die Internationale Arbeitsorganisation ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Im Unterschied zu anderen internationalen Organisationen werden Entscheidungen hier jedoch nicht nur durch die Regierungen der vertretenden Staaten getroffen. An der Stimmabgabe eines jeden Staates sind neben Regierungsvertretern auch jeweils ein Vertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern beteiligt (in diesem Fall der Gewerkschaft Verdi und des Verbandes deutscher Reeder). Die Verabschiedung des Seearbeitsübereinkommens erfolgte ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung durch lediglich zwei Staaten. Das ist angesichts der in dem Abkommen niedergelegten besonders umfassenden und detaillierten Standards für die Arbeit und das Leben von Seeleuten in der Geschichte der Genfer Organisation ohne Beispiel.

Gemeinsame, allgemeinverbindliche Normen bei Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und sozialer Absicherung sollen verhindern, dass sich "schwarze Schafe" unter den Reedern durch Nichtbeachtung von Schutzrechten für Seeleute Wettbewerbsvorteile, auch auf Kosten der maritimen Sicherheit verschaffen. Die Konvention ist so gefasst, dass auch solche Flaggenstaaten die Bestimmungen einhalten werden müssen, die das Abkommen nicht ratifiziert haben. Denn die Behörden der Ratifikationsländer haben das Recht, unter der Flagge von Drittstaaten fahrende Schiffe in ihren Häfen zu kontrollieren und die Einhaltung der beschlossenen Standards zu verlangen.

Nach erfolgter Verabschiedung des Übereinkommens beginnt nun die Phase der Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen in nationales Recht. Das internationale Seearbeitsübereinkommen tritt in Kraft, wenn mindestens 30 Länder, deren Schiffe zudem mindestens 33 Prozent der Welt-Bruttoregistertonnage repräsentieren, ihre Ratifikationsurkunden bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf hinterlegt haben.“

B. Entwicklungen bei HELCOM / Andere Ostseegremien

In den vorhergehenden Jahresberichten der Landesregierung zur maritimen Sicherheit und in Teil 1 dieses Berichts (siehe oben unter A. II. 1.) sind bereits die vielfältigen Aktivitäten der HELCOM, die sich u.a. in den Arbeitsprogrammen 2004 – 2006 der HELCOM-Gruppen wiederfinden, benannt. Um aktuelle Schwerpunkte zu verdeutlichen, seien beispielhaft die Schiffsemissionen erwähnt:

Bestandteil des HELCOM-Arbeitsprogramms ist die Berücksichtigung von Möglichkeiten der weiteren Reduzierung von Schiffsemissionen. Gerade für den räumlich eng umgrenzten Bereich der Ostsee; darüber hinaus mit hochfrequentierten, vorgeschriebenen Schifffahrtsrouten sowie in den Häfen wirken sich Emissionen von Schiffen negativ aus. Hier gilt es, Verminderungspotentiale, die sich durch den Einsatz schwefelreduzierter Kraftstoffe einer verbrauchsreduzierten und verbrennungsoptimierten modernen Motorentechnik sowie verbesserter Umschlagtechnologien (FCKW, VOC) ergeben würden, umzusetzen.

Daten der IMO zu Emissionen:

- *Schwefelemissionen* (SO₂) aus Schiffsabgasen werden auf 4,5 bis 6,5 Millionen Tonnen pro Jahr geschätzt. Das sind ca. 4% der weltweit gesamten Schwefelemissionen. Wegen der Verdünnungseffekte auf hoher See bleiben die Wirkungen hier in einem „moderaten“ Rahmen anders jedoch innerhalb festgelegter Schifffahrtsrouten und somit dicht befahrener Gebiete. Hier sind die Umweltauswirkungen durchaus spürbar. Das gilt im besonderen Maß auch für Häfen.
- *Stickoxidemissionen* (NO_x) belaufen sich auf ca. 5 Millionen Tonnen pro Jahr; das sind rund 7% der globalen Emissionen.
- *FCKW-Emissionen* werden auf 3000 bis 6000 t/a geschätzt; ca. 3% der weltweiten Emissionen. Die Freisetzung *halogener Kohlenwasserstoffe* wird mit 300 bis 400 t/a angenommen, das sind rund 10% der Totalemissionen.

Im Bemühen um die weitere Verbesserung der maritimen Sicherheit werden die bisher getroffenen internationalen Vereinbarungen permanent weiter entwickelt und aktuellen Erfordernissen angepasst, wie z.B. die Vereinbarung über die transnationale Zusammenarbeit bei Schiffsunfällen. Hier wurden die RESPONSE MANUALS „OIL“ und „CHEMICALS“ weitgehend überarbeitet, um einen möglichst einheitlich hohen Standard bei der Schadstoffunfallbekämpfung auf See und an den Küsten zu gewährleisten.

Maritimer Transport ist einer der vier Bereiche, die HELCOM im Entwurf einer thematischen Bewertung für das Jahr 2006 umfassend analysiert und als Teilgebiet des künftigen HELCOM Baltic Sea Action Plans weiterhin intensiv diskutieren will. Die Bewertung im Entwurf ist abrufbar unter <http://helcom.navigo.fi/stc/files/BSAP/FINAL%20Maritime.pdf>.

In den allgemeinpolitischen Ostseegremien wie Ostseerat, Ostseeparlamentarierkonferenz und regionalen Ostseeverbänden (BSSSC, CPMR-BSC, B7, UBC) wird die fachspezifische Arbeit von HELCOM bei den sich bietenden Gelegenheiten unterstützt. HELCOM erfährt hier höchste Wertschätzung als zentrale Institution für Strategien und Aktivitäten in der Meeresumwelt der Ostsee. Auch die EU-Kommission (DG Umwelt) wies bei einem Treffen mit Vertretern des Ostseerates im Februar 2006 darauf hin, dass sie die Strategien von HELCOM als regionales Konzept für die Ostsee als Europäisches Binnenmeer übernimmt und einige der Inhalte darüber hinaus in ihre europaweite Meeresumweltstrategie überträgt. Gleichzeitig machte die EU-Kommission klar, dass sie beim Thema Schifffsicherheit wegen der erheblichen regionalspezifischen Zunahme von Schiffsverkehren insbesondere Entwicklungen und Erfordernisse im Ostseeraum besonders intensiv beobachtet.

C. Entwicklungen auf EU-Ebene

Die Bemühungen der Europäischen Kommission um die Verbesserung der maritimen Sicherheit werden kontinuierlich weitergeführt. Beispielhaft sei hier die nunmehr forcierte Entwicklung der EUROPEAN MARITIME SAFETY AGENCY (EMSA) und die Entwicklung des ERIKA III-Paketes benannt.

Durch die Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates wurde die Rechtsgrundlage für die Errichtung der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs geschaffen. Die EMSA hatte Anfang 2003 ihre Arbeit aufgenommen.

Die Agentur, die als Reaktion auf die Havarie des Öltankers "Erika" eingerichtet wurde, soll einen Beitrag zur Verbesserung der Seeverkehrssicherheit in den Gewässern der Gemeinschaft insgesamt leisten, um das Risiko von Unfällen, der Meeresverschmutzung durch Schiffe und des Verlusts von Menschenleben auf See zu verringern.

Die EMSA berät die Kommission technisch und wissenschaftlich in Fragen der Seeverkehrssicherheit sowie im Bereich Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe und unterstützt sie somit bei der fortlaufenden Erarbeitung und Aktualisierung von Rechtsakten, bei der Überwachung ihrer Umsetzung und bei der Evaluierung der Effizienz bestehender Maßnahmen. Um das ordnungsgemäße Funktionieren des Sicherheitssystems der Gemeinschaft im Seeverkehr und die Verhütung der Verschmutzung durch Schiffe zu überprüfen, führen Vertreter der Agentur Inspektionen in den Mitgliedstaaten durch.

Auch für eine gesamtgemeinschaftliche Schadstoffunfallbekämpfung auf See und an den Küsten wurden Konzepte entwickelt, die zusätzlich zu den bereits national geschaffenen Kapazitäten weitere, durch die EMSA verwaltete und betriebene Einheiten vorsehen.

Die Agentur ist vorläufig in Brüssel untergebracht, wird z.Zt. personell erheblich erweitert und wird ab 2006 ihren endgültigen Sitz in Lissabon haben.

Mit dem im November 2005 vorgelegten dritten („ERIKA III“) Paket legislativer Maßnahmen zur Seeverkehrssicherheit verfolgt die Kommission eine offensivere Politik mit dem Ziel der dauerhaften Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen, die sich an die internationalen Regeln halten. Aus der Presseinformation dazu heißt es weiter (*Presseinformation IP/05/1457, v. 23. November 2005*):

„Die Qualität der von den Seeverkehrsbetreibern angebotenen Dienste ist einer der wesentlichen Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors - und die Fähigkeit, dabei die Sicherheit und den Umweltschutz zu garantieren, ist unabdingbar“, erklärte Jacques Barrot, Vizepräsident der Europäischen Kommission. „Ein in jeder Hinsicht leistungsfähiger Seeverkehr hängt auch von strengeren Maßnahmen gegenüber denjenigen ab, die mit ihrem Verhalten einen fairen Wettbewerb unterlaufen, sowie von leistungsfähigen Seebehörden und Klassifikationsgesellschaften.“

Das dritte Paket legislativer Maßnahmen zur Seeverkehrssicherheit enthält 7 Vorschläge zu zwei großen Themenbereichen:

1. Verstärkte Prävention zur Vermeidung von Unfällen und Umweltverschmutzung

Durch die neue Situation der Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten wurde die EU zu einer wichtigen Seemacht: der erste Kommissionsvorschlag beinhaltet strengere Bedingungen für die Erteilung des Rechts, unter der Flagge eines Mitgliedstaates fahren zu können. Deshalb möchte die Kommission die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, die Einhaltung der internationalen Vorschriften durch die unter ihrer Flagge fahrenden Schiffe wirksam zu kontrollieren und zu diesem Zweck eine nach hohen Qualitätsmaßstäben agierende Seeverkehrsverwaltung zu unterhalten. Diese Verpflichtung ist der erste Schritt in der Entwicklung hin zu einer künftigen europäischen Flagge.

Mit zwei weiteren Vorschlägen wird das Ziel verfolgt, die bestehenden Rechtsvorschriften in Bezug auf die Klassifikationsgesellschaften und die Kontrolle durch den Hafenstaat zu stärken. Darüber hinaus ist vorgesehen, diese beiden Instrumente zusammenzufassen, um

mit nur einer einzigen, jedoch eindeutigeren, verständlicheren Rechtsvorschrift agieren zu können.

Die Verbesserung der Arbeitsqualität der Klassifikationsgesellschaften hängt von der Einrichtung eines unabhängigen Qualitätskontrollsystems und von der Einführung finanzieller Sanktionen ab, die in ihrer Abstufung und Verhältnismäßigkeit besser differenzieren als bisher.

In Bezug auf die Kontrolle durch den Hafenstaat wird die derzeitige Praxis bei unternormigen Schiffen verschärft und zwar insbesondere durch strengere Bestimmungen hinsichtlich der Zugangsverweigerung. In dem Vorschlag ist die Einführung von Grundsätzen für eine tief greifende Reform vorgesehen, mit der die derzeitige Praxis (Überprüfung von 25% der Schiffe durch jeden Mitgliedstaat, die einen seiner Häfen anlaufen) durch eine gemeinschaftliche Zielsetzung ersetzt werden soll. Danach wäre die Gesamtheit der Gemeinschaftshäfen anlaufenden Schiffe zu überprüfen, zugleich jedoch der mit den Überprüfungen verbundene Aufwand für Schiffe mit hohen Qualitätsstandards abzufedern.

Außerdem schlägt die Kommission eine Änderung der Richtlinie über die Überwachung des Schiffsverkehrs vor. Unter anderem wird eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf die Notliegeplätze für Schiffe in Seenot angestrebt. Die Verpflichtung, eine unabhängige Behörde einzurichten und die Vorab-Festlegung aller möglichen Notliegeplätze werden die Wirksamkeit und Schnelligkeit der Entscheidungen erhöhen, die bei Unfällen auf See zu treffen sind. Darüber hinaus schlägt die Kommission vor, dass Fischereifahrzeuge allgemein mit automatischen Schiffsidentifizierungssystemen (AIS-Systeme) auszustatten sind, um die Gefahr von Zusammenstößen zu verringern.

2. Das Verfahren im Anschluss an Unfälle

Die Qualität der Sicherheitsnormen für den Seeverkehr hängt von der Fähigkeit ab, die Unfallursachen analysieren und daraus Schlussfolgerungen für künftiges Handeln ziehen zu können. Mit einem neuen Vorschlag für eine Richtlinie wird die Schaffung eines einheitlichen europäischen Rahmens für die Durchführung von Untersuchungen nach Unfällen sowie die Unabhängigkeit der mit der Untersuchung betrauten Organe angestrebt.

Die letzten beiden Vorschläge des Pakets beinhalten Maßnahmen zur Verbesserung des allgemeinen Rahmens in Bezug auf die Haftung und Entschädigung nach Unfällen. Dabei sollen einerseits die Bestimmungen des Athener Übereinkommens aus dem Jahr 2002 in europäisches Recht aufgenommen werden, um den Schutzcharakter dieses Übereinkommens auf alle Seereisenden in der Union, einschließlich des innereuropäischen Seeverkehrs und der Binnenschifffahrt, auszuweiten. Andererseits sollen die Reeder stärker in die Pflicht genommen und zum Abschluss einer Versicherung oder anderweitigen finanziellen Sicherheitsleistung zur Deckung der Schädigung Dritter und zur Deckung der Kosten für die Rückführung zurückgelassener Seeleute verpflichtet werden.

Weitere, detailliertere Informationen über das dritte Paket legislativer Maßnahmen zur Seeverkehrssicherheit finden Sie im Anhang. Die Texte des dritten Pakets sind auf der Internetseite der Generaldirektion Energie und Verkehr verfügbar:

http://europa.eu.int/comm/transport/maritime/safety/2005_package_3_en.htm“.

D. Aktivitäten auf nationaler Ebene

I. Havariekommando / Maritimes Lagezentrum

Am 06. September 2005 wurde in Cuxhaven die Verwaltungsvereinbarung für ein „Maritimes Sicherheitszentrum“, eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Errichtung eines Maritimen Sicherheitszentrums geschlossen.

Ziel dieser Vereinbarung ist die Verbesserung der Zusammenarbeit auf Nord- und Ostsee in Fragen der besonderen Maßnahmen zur Verbesserung der Gefahrenabwehr in der

Schifffahrt, der allgemein-polizeilichen Gefahrenabwehr, des Unfallmanagements und der Notfallvorsorge, des schifffahrtspolizeilichen Vollzuges, des Grenzschutzes und der zoll- und fischereirechtlichen Aufgabenwahrnehmung sowie damit im Zusammenhang stehender Überwachungsaufgaben. Durch die verbesserte Zusammenarbeit der maritimen Sicherheitsbehörden und die gemeinsame räumliche Unterbringung mit dem Havariekommando (HK) und dem Internationalen Kontaktpunkt (Point of Contact) nach dem Internationalen Code für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ISPS – Code) im Maritimen Sicherheitszentrum soll der hohe Sicherheitsstandard auf See weiter ausgebaut werden. Der Informationsaustausch aller beteiligten Behörden soll intensiviert werden. Durch umfassende Koordinierung, Kooperation und gegenseitige Unterstützung sollen die Präsenz auf See erhöht sowie die Abwehr von Gefahren und das schnelle Reagieren auf unvorhergesehene Ereignisse (Gefahrenmanagement) verbessert werden. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wurde noch im Jahr 2005 in Cuxhaven eine entsprechende Liegenschaft mit Dienstgebäude erworben.

Die personelle Besetzung des Havariekommandos, die 2004/2005 zeitweise angespannt bis kritisch einzuschätzen war, hat sich verbessert. Entsprechend haben sich Leistungsfähigkeit, Aufgabenerfüllung und Öffentlichkeitsarbeit erhöht.

Dieses spiegelt sich auch in den Ergebnissen des „Alltagsbetriebes“ des Maritimen Lagezentrums (MLZ) wieder. Das maritime Lagebild für die Nord- und Ostsee wird einmal täglich mit einer Übersicht der Einsatzfahrzeuge sowie den besonderen Vorkommnissen veröffentlicht. Es wird abgerundet durch Wetterinformationen und wichtige maritime Ereignisse aus dem Verantwortungsbereich der Bundesrepublik und des HK. So wurden im vergangenen Jahr die etwa 120 Empfänger in Bund und Küstenländern über 363 Ereignisse¹ informiert. Die folgende Übersicht zeigt die rasante Entwicklung des maritimen Lagebildes, das sich immer größeren Zuspruchs erfreut.

Maritimes Lagebild 2003-2005			
Ereignisart	2003	2004	2005
Gesamtzahl der Ereignisse	288	255	363
Empfänger des Lagebildes	80	100	120
Kollision von Schiffen	55	41	38
Kollision mit Bauwerken (neu)			33
Schiffsbrände	12	5	8
Kenterungen	10	6	16
Festkommer / Grundsitzer	31	39	69
Gefahrgutunfälle	3	3	5
Maschinenausfälle / Notankerungen	30	28	46
Seenotfälle	9	6	17
Gewässerverunreinigungen größeren Ausmaßes	43	25	18
Ankerverluste	2	7	4
Nautische Warnnachrichten	32	42	60
Verkehrsinformationen	40	26	27
Einlaufverbote in dt. Häfen	21	27	16
Sonstige (neu)			6

¹ Die Ereignisse im maritimen Lagebild werden auf der Basis der von den Partnern der HKV (Vereinbarung über die Errichtung des Havariekommandos) zur Verfügung gestellten Informationen erfasst. Sie unterliegen der fachlichen Bewertung der Mitarbeiter des MLZ, daher findet auch nicht jedes gemeldete Ereignis Eingang in das maritime Lagebild. Die aufgeführten Ereignisse spiegeln somit auch keine absoluten Unfallzahlen wieder. Diese werden von der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung Hamburg und den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen erhoben.

Darüber hinaus erhielt das MLZ als National Contact Point (NCP) für die Bundesrepublik Deutschland Kenntnis von 184 Gewässerverunreinigungen im nationalen sowie 65 im internationalen Bereich. In 12 Fällen wurden Bekämpfungsmaßnahmen eingeleitet. Aus dem Bereich der Satellitenüberwachung gingen im vergangenen Jahr 54 Meldungen über mögliche Gewässerverunreinigungen ein, die dann durch die Flugzeuge der Ölüberwachung verifiziert wurden. Schließlich runden 17 Meldungen über Algenvorkommen das Bild zu den Gewässerbeeinträchtigungen ab.

II. Abwehr von Terrorismus auf Schiffen / in Hafenanlagen

Mit dem Inkrafttreten der Änderungen des Internationalen Schiffssicherheitsvertrages (SOLAS) als notwendige unabdingbare Konsequenz auf die Ereignisse des 11. September 2001 sind weitere umfangreiche Aufgaben auf die Wasserschutzpolizei übertragen worden. „Maritime Security“ dient der Schiffssicherheit auf See und in den Häfen. Sie ist schwerpunktmäßig ausgerichtet auf präventive Antiterrormaßnahmen auf der Basis

- der Information und Kommunikation,
- der Präsenz durch Objekt- und Raumschutzmaßnahmen auf der Grundlage realistischer Beurteilung der Lage sowie
- der zielgerichteten Kontrolle in den Häfen und auf den Schiffen.

Die Wasserschutzpolizei leistet in den Hoheitsgewässern (Deutsches Küstenmeer), auf den Wasserstraßen und in den Häfen einen konkreten Beitrag zu den geplanten Gefahrenabwehrmaßnahmen im Seeverkehr und zur Sicherheit in den Häfen.

In Vorbereitung stehen die Abschlüsse zwischen dem Bund und dem Land für die SOLAS-Ausführungsvereinbarung und die SOLAS-Kostenvereinbarung.

III. Weitere Maßnahmen

Die Vermeidung von Schiffshavarien und die Abwehr von Angriffen auf Schiffe und deren Infrastruktur ist Teil allgemeiner und besonderer Sicherheitskonzeptionen in globaler und regionaler Hinsicht.

Im Verantwortungsbereich der Wasserschutzpolizei Mecklenburg-Vorpommern ereigneten sich in den vergangenen Jahren jeweils ca. 30 bis 40 Seeunfälle. Katastrophenfälle wie das „Pallas“-Unglück im Jahre 1999 waren dank umfangreicher Sicherheitsmaßnahmen in den letzten Jahren nicht mehr zu verzeichnen.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist die ca. 60 km lange, jedoch nur ca. 1 km breite und 17 m tiefe „Kadetrinne“ zwischen Fischland/Darß und Dänemark besonders bedeutsam. Sie ist eine der meistbefahrenen Schifffahrtsstraßen der Welt und es ist davon auszugehen, dass das Verkehrsaufkommen auch bei Öltankern aufgrund der erhöhten russischen Ölförderung weiter anwachsen wird.

Weiterhin verkehren in der Ostsee zahlreiche Fähren zu den verschiedensten Häfen, die in der Regel ebenfalls die Kadetrinne passieren müssen. Eine Havarie zwischen Tanker und Fähre ist daher durchaus denkbar.

- **Schwerpunktkontrollen „Aquapol“:**

Die Wasserschutzpolizei Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich seit 2003 an dem Projekt Aquapol bei einer Vielzahl von multilateralen und grenzüberschreitenden Schwerpunktkontrollen der belgischen, niederländischen, französischen und deutschen Wasserschutzpolizeien.

In Deutschland wurden die diesbezüglichen Ermittlungen zu schiffahrtspolizeilichen Verstößen durch die Wasserschutzpolizeien der norddeutschen Küstenländer (Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern) geführt. Auch für das Jahr 2006 sind weitere 3 grenzüberschreitende Schwerpunktkontrollen (jeweils 1 Kontrollwoche) geplant.

- SafeSeaNet:

Mit dem SafeSeaNet wurde ein europäisches Kommunikationsnetzwerk geschaffen, das auf der Richtlinie 2002/59/EG basiert und insbesondere die elektronische Anmeldepflicht von Gefahrgütern auf den Wasserstraßen der Mitgliedsstaaten regelt. Die Richtlinie 2002/59/EG in das deutsche Recht umsetzend, schreibt der Bund mit der Anlaufbedingungsverordnung die elektronische Gefahrgutanmeldung seit 2004 vor. Damit müssen Gefahrgüter im Transport über See beim Verlassen des letzten Hafens (Import nach Deutschland oder Transit) bzw. beim Auslaufen aus einem deutschen Hafen bei der Zentralen Meldestelle des Bundes elektronisch angemeldet werden. Hierzu wurde das zentrale Meldesystem für den Transport gefährlicher und umweltschädlicher Güter auf See (ZMGS) entwickelt. Das ZMGS ist somit Datenbasis für das Havariekommando bei Gefahrgutunfällen in deutschen Gewässern sowie auch gleichzeitig Datenlieferant für EU- Mitgliedsstaaten, in deren Gewässer Schiffe havariert sind, die aus einem deutschen Hafen kommen.

Da Gefahrgutmeldungen nach dem Hafenrecht der Küstenländer gleichfalls vorgeschrieben sind, bedarf es einer Regelung, mit der die Schifffahrt von der Pflicht zur Doppelmeldung (sowohl nach Bundes- als auch nach Landesrecht) entbunden wird. Für Mecklenburg-Vorpommern wird dieses mit der Einrichtung eines Hafeninformationssystems erreicht werden, dass auch die nach Bundesrecht erforderlichen Gefahrgutmeldungen entgegennimmt und über eine Schnittstelle an das ZMGS des Bundes weiterleitet.

Gemäß der Anlaufbedingungsverordnung fungiert das MLZ als NCP für die Meldung von Gefahrguttransporten auf Schiffen in und aus deutschen Häfen oder durch deutsche Gewässer (einschl. NOK). Die Anzahl der eingegangenen Gefahrgutmeldungen bei der Zentralen Meldestelle belief sich auf 9330 Anmeldungen. Zum Jahreswechsel wurde das seit 1994 betriebene System eingestellt und durch ein neues Portalsystem abgelöst, das u.a. eine Online- Anmeldung über das Internet ermöglicht. Dieses System setzt die Vorgaben der EU in erforderlicher Weise um und ermöglicht jederzeit eine umfangreiche Datenabfrage zu jedem Schiff, das Gefahrgut geladen hat und sich in deutschen Gewässern befindet. Eine Abfrage auf europäischer Ebene über das Projekt SafeSeaNet ist durch das MLZ als NCP möglich. Mit Aktivierung des 1. Bausteins dieses Portalsystems wurde ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der maritimen Sicherheit geleistet, an dem das MLZ wesentlich beteiligt ist.

Nachdem sich das neue Portalsystem zur Anmeldung von Gefahrguttransporten auf See ZMGS bewährt hat, wurde es im Oktober 2005 entsprechend den EU-Anforderungen in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres 2006 kommen hier weitere Bausteine hinzu, da über dieses System die Anbindung an des Europäische SafeSeaNet erfolgt. Hierfür ist das MLZ als National Competent Authority (NCA) benannt.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 4 Komplexe Schadenslagen durch das HK abgearbeitet. Darüber hinaus begleitete das MLZ 64 Sonderlagen unterhalb der Schwelle zur Komplexen Schadenslage und unterstützte somit die zuständigen Behörden bei der Bewältigung der Ereignisse. Dazu gehörten u.a. Fälle wie die Grundberührung des CMS „ALIANCA SAO PAULO“ im Januar in der Elbmündung, die Gewässerverunreinigung vor Borkum oder das Auflaufen des MS „Lerrix“ vor dem Fischland/Darß.

- Neue Wegeführung in der westlichen Ostsee:

Mit den Verkehrstrennungsgebieten „Bornholmsgat“ und „North of Rügen“ wurde am 1. Dezember 2005 von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation IMO ein neues Einbahnwegesystem für die westliche Ostsee angenommen. Die neue Wegeführung wurde gleichzeitig als zusätzliche Schutzmaßnahme für besonders schützenswerte Gebiete (Particularly Sensitive Sea Areas, PSSA) verabschiedet. Damit ist die Ostsee als anerkanntes PSSA anzusehen.

Die von Deutschland gemeinsam mit den Ostseeanrainerstaaten erarbeiteten Wegeführungsmaßnahmen werden ab Juli 2006 in Kraft treten und zur weiteren Verbesserung der Sicherheit der Seefahrt in der westlichen Ostsee beitragen. Dabei werden insbesondere nachstehende Ziele verfolgt:

- die gefahrenträchtigen Situationen bei der Begegnung der Schiffe untereinander werden verringert,
- die ost- und westgehenden Verkehre im westlichen Bereich der Ostsee werden voneinander getrennt,
- der Transitverkehr wird in möglichst großem Abstand zu den Flachwassergebieten (insbesondere vor der deutschen Küste um den Darß) geführt.

Darüber hinaus wird zusätzlich eine Küstenverkehrszone vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns auf der deutschen Seite eingerichtet. Sie soll sicherstellen, dass der Transitverkehr das Verkehrstrennungsgebiet „Südlich von Gedser“ benutzt und in sicherer Entfernung vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns verläuft.

Die Verkehrswegeführungsmaßnahmen sind auf eine deutsche Initiative aus dem Jahr 2001 zurückzuführen, die darauf gerichtet war, gemeinsam mit den Ostseeanrainerstaaten zum Schutz der Ostsee eine Lösung zur Frage der Transitwege für tiefgehende Tanker zu herbeizuführen. Für die Festlegung der Wegeführung waren Simulationsversuche des Fachbereichs Seefahrt der Hochschule Wismar in Warnemünde zielführend. Aus den Untersuchungen am Schiffsführungssimulator konnte auf eine nachweisliche Verbesserung der Verkehrssituation geschlossen werden. Die Wegeführung zwischen dem Tiefwasserweg nordöstlich der Kadettrinne und dem Bornholmsegat bewirkt einen hinreichenden Abstand zwischen dem Schifffahrtsweg und dem besonderen Eignungsgebiet für den Windpark „Kriegers Flak“, so dass die Errichtung des Windparks auch im Hinblick auf die Sicherheit der Seefahrt als akzeptabel angesehen werden kann.

- AIS:

Das auf dem HELCOM „Agreement on Access to AIS-Information“ basierende AIS- Netz für die Ostsee ist seit November 2005 in Betrieb. Die auf den in Kopenhagen stationierten Server zulaufenden AIS-Informationen können von den Ostseeanrainern abgerufen werden.

- Schutz- und Sicherheitskonzept für Offshore-Windparksanlagen:

Die Anträge für Offshore-Windenergieanlagen führten in der Vergangenheit zu weiteren konkurrierenden Nutzungsansprüchen auf Meeresflächen. Eine IMAG beim BMVBS hat den Entwurf eines „Schutz- und Sicherheitskonzeptes für Offshore-Windparksanlagen“ vorgelegt. Die darin dargelegten Schutz- und Sicherheitsanforderungen sind ein Aufgabenkatalog für Antragsteller von Offshore-Windenergieparks in der Ostsee. Der Nachweis der Erfüllung der in diesem Katalog niedergelegten Schutzanforderungen führt zu einer weiteren Reduktion des Schadensrisikos bei wirtschaftlichen Aktivitäten gegenüber dem Lebensraum Ostsee.

E. Initiativen / Aktivitäten Mecklenburg-Vorpommerns

Am 16. März 2005 veranstaltete das Land Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit Hamburg und Schleswig-Holstein sowie mit den Regionen Pommern, Westpommern, Südwest-Finnland, Sydsam, Poitou-Charentes und der Baltic Sea Commission of the CPMR in Brüssel eine Konferenz mit dem Titel; „Erika, Prestige, Baltic Carrier – Is Maritime Safety under Control? The Example of the Baltic Sea Region“. Auf dieser Konferenz war gut zwei Jahre nach dem Tankerunglück der „Prestige“ die Lage der maritimen Sicherheit mit besonderer Würdigung der Ostsee mit hochrangigen Vertretern diskutiert worden. Begrüßt wurde die Entscheidung der EU und der Internationalen Schiffsorganisation (IMO), dass der Transport größerer Ölmengen mit Einhüllentankern verboten werden soll und diese Schiffstypen generell als Auslaufmodell qualifiziert werden. Betont wurde, dass der Ausbildung und dem ständigen Training der Seeleute eine besondere Aufmerksamkeit zukommen soll vor dem Hintergrund, dass acht von zehn Unfällen auf menschliches Versagen zurückzuführen sind.

Mecklenburg-Vorpommern hat zudem an dem mit den anderen norddeutschen Ländern abgestimmten Positionspapier „Für eine integrative Europäische Meerespolitik“ mitgearbeitet. Es ist im Hinblick auf das Grünbuch der Europäischen Kommission erarbeitet worden. Drei vorrangige Ziele sind formuliert worden. Durch Forschung und Innovation soll eine nachhaltige Beschäftigung gesichert werden. Die Häfen und Schifffahrtswege sind den Erfordernissen der Globalisierung anzupassen und die Schiffssicherheit ist zu erhöhen. Des Weiteren ist die Meeresumwelt zu schützen. (siehe zur Europäischen Meerespolitik auch den Europabericht der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2005/2006).

In das aus mehreren Schiffsicherheitskonferenzen hervorgegangenen Projekt „Baltic Master“, das im Juli 2005 startete, ist Mecklenburg-Vorpommern als Beobachter einbezogen. Baltic Master zielt darauf ab, Schiffssicherheit durch Maßnahmen für Prävention und Vorbereitung auf lokaler/regionaler Ebene zu verbessern. In Arbeitspaketen werden insbesondere vier Themen näher untersucht: Vorkehrungen und Verantwortungsaufteilung, Sicherheit des Seetransports, regionale und räumliche Nachhaltigkeit sowie Kommunikation und Verbreitung. In Danzig fand am 7./8. November 2005 die Startkonferenz des Projektes unter dem Motto „Can we control the Baltic Sea?“ statt.

F. Neue Anknüpfungspunkte zur maritimen Sicherheit

Der Fachbereich Seefahrt der Hochschule Wismar entwickelt sich zu einem nationalen und internationalen Aus- und Fortbildungszentrum für die maritime Wirtschaft, speziell auf dem Gebiet „Maritime Safety and Security“.

Ausgehend von einem geschlossenen Bildungsangebot werden zum Wintersemester 2006/07 die bestehenden Diplomstudiengänge Nautik/Verkehrsbetrieb sowie Schiffsbetriebs-/Anlagen- und Versorgungstechnik als Bachelor-Studiengänge weiter geführt. Der geplante Masterstudiengang „Operation- and Management of Maritime Systems“ ist geprägt von einem ganzheitlichen Ansatz der Störungserkennung und –bewältigung. Er richtet sich insbesondere an Führungspersonal der maritimen Industrie und Verwaltungen.

Der Fachbereich Seefahrt lässt seine Entwicklung zu einem nationalen und internationalen Aus- und Fortbildungszentrum deutlich erkennen. Mit der Umsetzung einer zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und der Hochschule Wismar geschlossenen Zielvereinbarung konnten im Mai 2005 1,5 Stellen befristet besetzt werden. Mit dieser personellen Aufstockung konnte das Weiterbildungsangebot deutlich erweitert und die Anzahl der durchgeführten Kurse erheblich gesteigert werden. Dabei wird das Ziel einer deutlich international orientierten Ausrichtung konsequent weiter verfolgt.

Lehrgänge zu ECDIS und AIS sind bereits fester Bestandteil von Trainingskursen für verschiedene Reedereien. Sie werden sowohl als integrierte Bestandteile von Managementkursen als auch in Einzelmodulen angeboten. Vorgesehen ist die Entwicklung eines integrierten Bridge Ressource Management Kurses mit den Bestandteilen ECDIS, AIS und VDR. Für die „Lotsenbrüderschaft WIROST“ wurde in enger Zusammenarbeit ein Aus- und Fortbildungskonzept entwickelt. Seine Umsetzung beginnt im Jahr 2006.

Gemeinsam mit dem Havariekommando wurden Kurse zum Notschleppen entwickelt und durchgeführt. Das Maritime Simulationszentrum wurde im Jahr 2005 auch für die Untersuchung zur Befahrbarkeit von gegenwärtigen und zukünftigen Trassen eingesetzt.

Für das indonesische Ausbildungszentrum „Semarang Growing Centre“ wurde im Jahr 2005 ein weiterer umfangreicher Ausbildungskomplex erfolgreich angeboten und durchgeführt. Weitere internationale Kurse sind in Vorbereitung.

Zudem ist die Integration des maritimen Simulationszentrums (MSCW) in multilaterale Aufgaben vorgesehen:

- Zusammenarbeit mit dem Havariekommando; Gemeinsame Aus- und Fortbildung des Personals der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zur komplexen Schadensbekämpfung,
- Umsetzung des ISPS-Code (Point of Contact): Unterstützung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zur Aus- und Fortbildung von Personal des „Point of Contact“,
- Simulationsuntersuchungen für Partner der maritimen Wirtschaft zur Erhöhung der maritimen Verkehrssicherheit.

Als Institut der Juristischen Fakultät der Universität Rostock ist das Ostseeinstitut für Seerecht, Umweltrecht und Infrastrukturrecht gegründet worden. Den Gegenstand der Arbeit des Ostseeinstituts bilden zum einen Grundlagenforschungen auf dem Gebiet des Seerechts und des Umweltrechts, zum anderen Serviceleistungen (Beratung, Gutachten u.a.m.) für Wirtschaft und Verwaltung. Obwohl zunächst als rein rechtswissenschaftliche Forschungseinrichtung gegründet, sieht das Ostseeinstitut seine Ausrichtung verstärkt im interdisziplinären Bereich.

Fazit und Ausblick

Mit dem vorliegenden Bericht wird die Vielfalt des Engagements Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum deutlich. Die Zusammenarbeit im Ostseeraum baut wie keine andere grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem sogenannten „Bottom Up“-Prinzip auf. Das Engagement des Landes bezieht sich nicht nur auf Aktivitäten der Landesregierung, sondern ebenso auf die Tätigkeiten des Landtags, der Gebietskörperschaften, von Nichtregierungsorganisationen bis hin zu einzelnen Privatpersonen.

Die Landesregierung hat sich aktiv in das existierende Netz der Zusammenarbeit eingebracht. Sie beteiligt sich in vielen politischen Bereichen an den Rahmengestaltungen und fördert auf verschiedene Weise die Umsetzung konkreter Projekte. Damit nimmt Mecklenburg-Vorpommern auf die künftigen Entwicklungen und den weiteren Fortschritt in der Region Einfluss.



Die Zusammenarbeit im Ostseeraum vollzieht sich außerhalb des bilateralen Bereichs durch Mitwirkung der lokalen, regionalen und nationalen Akteure in multilateralen Strukturen. Innerhalb der verschiedenen Gremien werden die für Mecklenburg-Vorpommern bedeutsamen Entwicklungen im Ostseeraum analysiert sowie im Bedarfsfall eine Mitwirkung organisiert. Nach der Erweiterung der Europäischen Union werden zahlreiche ostseebezogene Anliegen in verstärktem Maße EU-Themen. In der organisierten multilateralen Zusammenarbeit lassen sich die Interessen der Ostseeanrainer auch auf der europäischen Ebene leichter durchsetzen.

Aus diesen Gründen ist die Beteiligung des Landes an der multilateralen Kooperation sinnvoll. Neben der Mitarbeit in substaatlichen Ostseegremien wie KPKR-BSC und BSSSC koordinierte die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern im Berichtszeitraum die norddeutsche Zusammenarbeit zur Ostseekooperation der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern mit dem Bund. Die laufenden Arbeiten des Ostseerates wurden durch die Länder begleitet, ebenso die Weiterführung der Nördlichen Dimension ab 2007 als wesentliche Entwicklung auf EU-Ebene. EU-geförderte interregionale Projekte mit unterschiedlichen Fachausrichtungen wurden und werden auch 2005/2006 durchgeführt. Gleichzeitig beteiligte sich die Landesregierung intensiv bei der Ausgestaltung der neuen Förderprogramme für interregionale Zusammenarbeit in der kommenden Förderperiode ab 2007.

Geographisch verbindet Mecklenburg-Vorpommern den Ostseeraum mit Zentraleuropa. Einer der Schwerpunkte der ostseebezogenen Tätigkeiten des Landes liegt daher im Ausbau der Häfen als Knotenpunkte der multimodalen Verkehrsströme zwischen diesen Regionen. Zur Förderung der Häfen und der Transportwirtschaft wurde im Berichtszeitraum u.a. die Anpassung der seewärtigen Hafenzufahrten an die nautischen und wirtschaftlichen Erfordernisse weiterbetrieben. Bei den landseitigen Hafenanbindungen war die Fertigstellung der A 20 im Dezember 2005 der wichtigste Schritt zur Verbesserung der Hinterlandanbindung. Die Planungen der Häfen Rostock und Sassnitz/Mukran zum Aufbau von neuen Fährverbindungen mit zwei finnischen Häfen greifen das Konzept der Motorways of the Sea für multimodalen Gütertransport auf und sollen in dieses eingebunden werden. Die Landesregierung setzt sich für faire und transparente Wettbewerbsbedingungen ein und lehnt u.a. die Einführung von Port Package II ab.

Die Ausrichtung auf den Ostseeraum wurde in anderen Wirtschaftszweigen des Landes ebenfalls weiterverfolgt oder intensiviert. Touristen aus den skandinavischen Ländern standen 2005 wieder zahlenmäßig an der Spitze der ausländischen Gäste in Mecklenburg-Vorpommern. Im Bereich der modernen Technologien wurden beispielsweise durch BioCon Valley im ScanBalt-Verbund neue Ideen entwickelt und Projektplanungen verwirklicht. Im Holz- und im Agrarsektor dienten verschiedene Konferenzen und Treffen dem gegenseitigen Informationsaustausch und der Kontakthanbahnung.

Außerhalb der ökonomischen Zusammenarbeit bestehen zahlreiche interkulturelle Kooperationen mit multilateralen Partnern im Ostseeraum. Kontakte und gemeinsame Projekte fanden beispielsweise zwischen den jeweiligen Polizei- und Justizbehörden, in den Bereichen Bildung, Forschung und Kultur oder auch auf kommunaler Ebene statt. Insbesondere auf dem Gebiet der Jugendkooperationen wurden im Ostseeraum viele Möglichkeiten angeboten und eine Beteiligung durch das Land unterstützt. Internationale Jugend- und Schüleraustausche fördern die Mobilität junger Leute aus Mecklenburg-Vorpommern und tragen gleichzeitig zu interkultureller Erfahrung und Toleranz bei.



Die bilateralen Kontakte und Partnerschaften spielen im System der auswärtigen Beziehungen Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum eine herausragende Rolle. Das Gesamtbild der bilateralen Beziehungen ist durch langfristige Kooperationen geprägt, die durch punktuelle Aktivitäten und Projekte ergänzt werden. Dabei lassen sich regionale und inhaltliche Schwerpunktsetzungen und Akzente differenzieren.

Der Berichtszeitraum 2005/2006 war in regionaler Hinsicht durch die Fortsetzung des Ausbaus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Polen und den skandinavischen Ländern sowie Russland gekennzeichnet. Neben der Pflege und Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaften mit den Wojewodschaften Westpommern und Pommern, dem südschwedischen Regionenverbund Sydsam, der Region Südwestfinnland und dem Leningrader Gebiet auf Arbeits- und Projektebene spielte die politische Kontaktpflege der Landesregierung zu diesen Regionen und Ländern eine wichtige Rolle.

Die inhaltlichen Aspekte der bilateralen Zusammenarbeit zeichneten sich durch eine große Vielfalt und wachsende Intensität aus. Dabei wurden einerseits komplexe Projekte durchgeführt wie z.B. die Präsentationen des Landes in der Wojewodschaft Westpommern und in Norwegen, die sich aus Dutzenden von Einzelmaßnahmen und Veranstaltungen zusammensetzten. Die Länder Dänemark, Russland und Polen sind wichtige Handelspartner Mecklenburg-Vorpommerns in der Ostseeregion. Insgesamt wurde mit diesen drei Ländern in 2005 über eine Milliarde Euro im Außenhandel umgesetzt. Im Verhältnis zu Finnland und Dänemark spielte auch im vergangenen Jahr der maritime Verkehr eine herausragende Rolle. Ein umfassender Erfahrungs- und Informationsaustausch wurde auf dem Gebiet der Verwaltungsreform in 2005 mit Schweden angebahnt.

Der skandinavische Arbeitsmarkt ist zunehmend interessant für junge, gut ausgebildete Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, deren Berufe Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit zuzuordnen sind. Dafür wurden bestimmte Programme entwickelt und z.B. in Schweden oder Norwegen umgesetzt. Immer mehr Handwerksbetriebe aus Mecklenburg-Vorpommern finden zudem Beschäftigung auf skandinavischen Märkten und Baustellen. Zur Unterstützung dieser Entwicklung wurden und werden die bestehenden guten Kontakte zu diesen Ländern genutzt.

Mit Blick auf die Zusammenarbeit innerhalb der EU nach der Erweiterung war die Fortsetzung der Kooperation beispielsweise in den Bereichen Polizei und Justiz sowie der Steuerverwaltung mit Polen und einigen skandinavischen Nachbarländern ebenso erfolgreich wie die Umsetzung der EU-Förderprogramme zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.



Die Ostsee besitzt ein besonders sensibles Umweltsystem. Für die Ostseeanrainer wird die gemeinsame und koordinierte Arbeit zur Erhaltung der Meeresumwelt immer wichtiger. Zwei umweltpolitische Themen wurden von Mecklenburg-Vorpommern im Berichtszeitraum besonders in den Fokus genommen. Das sich ausweitende Problem der Eutrophierung wird im Rahmen der HELCOM-Arbeit nunmehr auch durch Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz unter Mitarbeit aus dem Land verstärkt angegangen. Das zweite Thema, das im bereichsübergreifenden Interesse des Landes liegt, ist die Sicherstellung und Verbesserung der maritimen Sicherheit. Neben der kontinuierlichen Zusammenarbeit der Fachebenen wurde dieses Anliegen des Ostseeraums von Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den regionalen Partnern auf europäischer Ebene dokumentiert.



Auch in Zukunft wird die Zusammenarbeit im Ostseeraum nicht nur die besondere politische Aufmerksamkeit der Landesregierung finden, sondern im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und der externen Finanzierungsmöglichkeiten gefördert werden.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt wird in den nächsten Jahren voraussichtlich die integrierte Meerespolitik der EU sein. Die EU-Meerespolitik erfasst zahlreiche meeresbezogene Politikbereiche, die von hohem Interesse für Mecklenburg-Vorpommern sind. Dazu gehören etwa die Fischerei, der maritime Umweltschutz und die industrielle, maritime Wirtschaft.

Energiefragen werden auch und gerade im Ostseeraum in den Vordergrund rücken. Das Land wird hier nicht zuletzt auf Grund der geplanten Ostseegaspipeline und der Möglichkeiten, die sich mit der Offshore-Windenergie und anderen regenerativen Energien verbinden, seine Interessen deutlich machen.

Der Verkehr als Grundlage für die Verbesserung des Zugangs zum Ostseeraum und des wirtschaftlichen Wachstums innerhalb der Region wird weiterhin einen wesentlichen Teilbereich für Kooperationen bilden. Mecklenburg-Vorpommern muss den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen weiterhin offensiv verfolgen, um seine Drehscheibenfunktion für Ostseeverkehre zu festigen. Gleichzeitig sind die Belange der maritimen Sicherheit und anderer Schnittstellen zur Umweltpolitik zu beachten.

Eine Herausforderung für den Ostseeraum bleibt die Einbeziehung Russlands in die Zusammenarbeit auf praktisch allen Gebieten. In enger Abstimmung mit dem Bund werden die norddeutschen Länder im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzeptes der Nördlichen Dimension ab 2007 mitwirken. In die Realisierung der geplanten deutsch-russischen Ostseegaspipeline ist Mecklenburg-Vorpommern miteinbezogen. Die bilaterale Partnerschaft zum Leningrad Oblast wird weiter vertieft werden. Auch mit Hilfe der geplanten Förderprogramme der EU für grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Russland werden sich Möglichkeiten zur Ausgestaltung konkreter Projekte bieten.

Im Bereich Wirtschaft ist es erforderlich, die Vorteile des Standortes Mecklenburg-Vorpommern im Ostseeraum kontinuierlich zu vermitteln. Das gilt nicht nur für Seeverkehr und den maritimen Tourismus, sondern vor allem für Ansiedlungen, bei denen die Küstenlage wie auch die Lage des Landes im Dreieck Hamburg – Berlin/Stettin – Malmö/Kopenhagen von entscheidender Bedeutung ist. Auch in der kommenden EU-Förderperiode ist Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland nach wie vor die einzige Region, die eine Küstenlage und eine EU-Höchstförderung aufweisen kann. In kaum einem anderen Raum Europas ist das strategische Wachstum und die wirtschaftliche Dynamik so ausgeprägt wie in der Ostseeregion. Es muss verstärkt darum gehen, die Effekte der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Ostseeraum auch nach Mecklenburg-Vorpommern zu leiten. Dafür ist intern eine abgestimmte Vorgehensweise aller relevanten Akteure im Land notwendig.

Insgesamt werden sich für Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche neue Chancen auf den genannten und auf weiteren Gebieten bieten, die es zu nutzen gilt.

Anlage: Tabelle zum Außenhandel Mecklenburg-Vorpommerns mit den Ostseeanrainern

Angaben in Mio. € (Quelle: Statistisches Landesamt M-V)

Land	1995		1996		1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2004		2005	
	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A
Dänemark	166	69	155	49	171	51	147	63	132	53	257	259	268	412	250	217	234	501	303	111	314	122
Russland	57	138	41	108	65	204	129	94	126	147	337	64	349	46	243	56	295	80	259	94	342	114
Polen	118	40	116	76	151	67	141	72	126	62	163	109	177	112	179	82	176	126	136	164	154	140
Schweden	105	52	185	48	154	40	149	49	153	44	219	63	162	82	141	96	129	99	102	124	143	129
Norwegen	52	16	58	20	49	17	43	19	71	19	179	26	51	277	42	29	50	94	63	96	56	46
Finnland	12	16	14	24	16	12	23	33	23	27	49	21	42	18	93	35	77	28	77	37	191	57
Litauen	18	9	21	9	19	10	30	10	27	8	14	9	46	13	27	14	36	18	36	13	27	8
Estland	13	3	10	4	44	5	8	6	19	5	17	10	29	7	34	4	36	16	20	5	14	7
Lettland	9	8	10	5	34	4	10	4	14	7	16	4	22	3	21	6	25	5	11	5	4	7
Summe	551	350	610	343	704	408	680	349	691	372	1.251	565	1.146	970	1.030	539	1.058	967	1.007	649	1.245	630
MV insges.	1.024	1.388	1.161	1.087	1.370	1.331	1.406	1.314	1.464	1.460	2.205	2.396	2.052	2.894	2.006	2.267	2.116	2.925	2.053	2.993	2.562	2.792
% Anteil	53,8	25,2	52,6	31,5	51,4	30,6	48,3	26,6	47,2	25,5	56,7	23,6	55,8	33,5	51,3	23,8	50,0	33,1	49,0	21,7	48,6	22,6

E = Einfuhren; A = Ausfuhren

Bei den Angaben zu 2004 handelt es sich um endgültige Ergebnisse; die Angaben zu 2005 sind - ebenso wie im Textteil des Berichts - vorläufige Ergebnisse.